BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

September 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage: Die Bundesrepublik am Wendepunkt S. 787
- Appell an die deutsche Öffentlichkeit S. 801
- Dr. Hermann Rauschning: der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (I) S. 802
- Prof. Dr. Geoffrey Barraclough (London): Das Ende einer Illusionspolitik S. 811
- Stephen Swingler, M. P.: Gedanken zu Wahlen S. 817
- Hans W. Goldschmidt: Berlin und die alliierten Vereinbarungen über Deutschland S. 820
- Lorenz Knorr: Der Kalte Krieg und der entpersonifizierte Mensch S. 831
- Peter Loewenberg (Berkeley): Oppositionelle Tendenzen in den USA S. 838
- Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel: Weltwirtschaft zwischen Rüstung und Frieden S. 847
- Chigozie Njoku: Yomo Kenyatta und der Unabhängigkeitskampf Kenias S. 850
- Dr. Horst Lademacher: Der Friede von Brest-Litowsk 1918 S. 856
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 868
- Buchbesprechungen (Zwei politische Deutschlandbücher) S. 870
- Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a. James Warburg: Memorandum zum Berlin-Problem) S. 873

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 9

In Vorbereitung sind u. a. folgende Aufsätze:

Dr. Achim v. Borries:
Kuba — Herausforderung und Beispiel (II)

Stuart Hall (London):
Neutralismus oder Krieg

Dr. Rudolf Hilf:
Weder Sicherheit noch Wiedervereinigung

Gerd Lauschke:
England und die EWG

Dr. Hermann Rauschning:
Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (II)

Julius Silverman, M. P.:
Englands Wirtschaftslage

Peter Hartmut Wittke:
Liberalismus, Kommunismus und wir.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

Berichtigung!

Bei der Drucklegung von Heft 8/61 ist ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. In dem Aufsatz von A. Zouari „Der Bizerta-Konflikt" muß es auf Seite 728 oben, erste Zeile, heißen: „Seit 40 Jahren gibt sich die Türkei (nicht: Tunesien) allen erdenklichen Anstrengungen hin . . . D. Red.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | September 1961 | Heft 9

Das Verfahren Dr. W. Dollinger, MdB, — K. Graf v. Westphalen endete vor dem Landgericht Köln mit einem Vergleich. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir den folgenden

Widerruf:

Nach durchgeführter Berufungsverhandlung, in der ich nicht einmal den Versuch des Wahrheitsbeweises unternehmen konnte, erkläre ich folgendes:

Die Behauptung in Heft 11/59 des Dr. Josef Peters in seinem Artikel „Über Korruption und ähnliches": „der CSU-Abgeordnete Dr. Walter Dollinger habe vom bayrischen Landesverband der Lebensmittelgroßhändler für die Vermittlung eines größeren Konservenauftrages an die Bundeswehr 38 000 DM Provision eingestrichen" entbehrt, wie meine Nachprüfung ergeben hat, jeder Grundlage.

Ich nehme den Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Karl Graf von Westphalen

Die Lage:

Die Bundesrepublik am Wendepunkt

Gespenstischer Wahlkampf

Der Bundestagswahl vom 17. September 1961 ist ein Wahlkampf vorausgegangen, wie er fragwürdiger in der zwölfjährigen Geschichte dieser Bundesrepublik nicht geführt worden ist. Einmal in vier Jahren hat in unserer parlamentarischen Demokratie der Bürger die Möglichkeit, durch seine Stimmabgabe unmittelbar in die Geschicke dieses Staates einzugreifen. Man vergegenwärtige sich die außenpolitische Situation der Bundesrepublik und man wird sogleich erkennen, vor welchen Entscheidungen in diesem Herbste das deutsche Volk steht. Von dieser außenpolitischen Wirklichkeit aber war in dem Wahlkampf des Jahres 1961 nahezu nichts zu hören; wo aber auf sie Bezug genommen wurde, da geschah es durchweg in der Form der Bagatellisierung oder gar Verschleierung. Zwischen der

politischen Realität und der Wahlkampf-Argumentation bestand ein groteskunheimliches Mißverhältnis; dieser Wahlkampf hatte etwas Chimärisches!

Man wurde in diesen letzten Monaten oft an ein Stück erinnert, das auf zwei Bühnen gespielt wird. Die großen Parteien haben alles getan, die wirklich entscheidenden Fragen auszusparen und sie sind darum verantwortlich für die Folgen dieser Wahlkampf-Taktik. Diese Folgen sind von zweierlei Art. Auf der einen Seite haben es die großen Parteien an jeder Aufklärung der Bevölkerung über die wirklichen Probleme fehlen lassen und bedenkenlos die Fortsetzung einer Politik proklamiert, deren eklatanter Zusammenbruch schon jetzt zu einer Katastrophe für die ganze Nation zu werden droht. Darüber hinaus aber ist durch einen solchen Wahlkampf die parlamentarische Demokratie selbst pervertiert worden. Ist sie schon durch die Regierungspraxis der Mehrheitspartei in den letzten Jahren immer mehr zu einer Fiktion geworden, so haben die Wahlkampfmethoden von Regierungspartei und Opposition diese Tendenz zur Entwirklichung der Demokratie in der Bundesrepublik noch weiter gefördert.

Es fehlt nicht an in- und ausländischen Stimmen, die besorgt fragen, was angesichts solcher Entwicklungen aus der Bundesrepublik werden soll, ist doch die parlamentarische Demokratie in Deutschland ohnehin noch wenig verwurzelt! Es zeigte sich in den letzten Wochen mehr und mehr, daß die großen Parteien völlig bedenkenlos fragwürdige wahltaktische Überlegungen vor ganz elementare staatspolitische Interessen stellen. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb schon am 29. 7. 61 über die Manipulationen der Wahlkampfbüros in der Bundesrepublik: „Als eine weltfremde, naive und sehr ferne Figur erscheint hier der Politiker, der meint, es gelte vor allem, nach alter Väter Sitte mit einer Überzeugung vor die Wähler hinzustehen und sie mit Argumenten zu gewinnen. Argumente wiegen unter Wahl-Managern bei weitem nicht so schwer wie gute Schlagworte." Und in der Tat, auf ernsthafte, sachliche, konkrete Argumentation verzichten die großen Parteien ganz bewußt zugunsten solch leerer Schlagworte, zugunsten billigster und oft gehässiger persönlicher Polemik. Nicht minder besorgt als die NZZ zeigte sich am 5. August die ebenfalls in Zürich erscheinende TAT: „ ... daß der Stil des Wahlkampfes — dieser sehr ‚amerikanische', mehr von Werbepsychologie als von politischen Erwägungen bestimmte Stil — ganz bestimmt nicht dazu angetan ist, zu einer Klärung der Grundfragen beizutragen, mit denen die deutsche Politik in den nächsten vier Jahren konfrontiert werden dürfte. Im Gegenteil; fast jede Partei bemüht sich sorgfältig, den wirklich aktuellen und entscheidenden Problemen auszuweichen. Niemand wagt es, etwa die Perspektiven eines Friedensvertrages und einer (früher oder später unvermeidlichen) endgültigen Regelung der deutschen Grenzen aufzuwerfen ... die greifbaren Gegenstände, an denen sich eine echte, ernsthafte, aufs Wesentliche zielende Kontroverse entzünden könnte, werden vom Rankenwerk letztlich unerheblicher, aber taktisch vorteilhafter Schein-Argumentationen solange übersponnen, bis sie völlig aus der Sicht verschwinden; an die Stelle der großen Auseinandersetzungen tritt die kleinkarierte Polemik über Nebensächlichkeiten oder gar die persönliche Diffamierung, in der vor allem die CDU eine weder christlich noch staatsmännisch wirkende Bedenkenlosigkeit und Hemdsärmeligkeit an den Tag legt." Bestürzt äußerte sich am 24. August die Süddeutsche Zeitung: „So ist denn dieser Wahlkampf, von dem man sich das erbittertste Ringen um den Wähler bei einer Nachkriegswahl erwartet, fast in sich zusammengefallen, nicht so sehr wegen der Bedrängnis von außen, sondern weil jeder mit Recht verspürt, daß die Forderungen, die nach der Wahl an uns gestellt werden, in keinem Wahlprogramm auch nur angedeutet werden."

Die Bundesregierung bemüht sich verzweifelt, durch diese Wahlkampf-Taktik das Debakel ihrer außenpolitischen Konzeption zu verdecken. Mit Conrad

Ahlers (Frankfurter Rundschau vom 30. 8.) zu sprechen: „Für den Kanzler und seinen Außenminister gilt es nur noch, über die Wahlrunden zu kommen, sich, wenn auch schwer angeschlagen, bis zum Gong vor dem k. o. zu retten. Nach uns die Sintflut, das ist die traurige Parole der Regierung und ihrer Partei." Der Kanzler selbst hat mit dem unbeschreiblich tiefen Niveau seiner Wahlreden das „Maß" gesetzt! [1])

Man sollte indes über diesen Stil des Wahlkampfes, über das Als-ob all dieser Deklamationen nicht klagen, ohne auch des Publikums zu gedenken, das in nicht geringem Maße mitverantwortlich ist für die Entleerung der Demokratie in der Bundesrepublik. Die deutschen Wähler, aber auch die deutsche Öffentlichkeit im weiteren Sinne, zumal die Presse, nehmen seit Jahr und Tag Dinge stillschweigend, beschwichtigend oder gar verteidigend hin, die in jedem anderen demokratischen Lande einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würden. Anders gesagt, das Niveau dieses Wahlkampfes entspricht dem der öffentlichen Meinung in diesem Staate! Was sich in der Bundesrepublik Regierungsmitglieder und andere maßgebliche Politiker leisten, wäre anderswo undenkbar. Daß sie es sich leisten können, ist unser aller Schuld!

Zwischen dem 13. August und dem 17. September

Vollends unwirklich und gespenstisch ist dieser bundesdeutsche Wahlkampf 1961 nun aber seit dem 13. August. Was an diesem Tage in Berlin geschah, bitter genug für alle Deutschen, ist nicht über Nacht gekommen. Es ist auch an dieser Stelle seit Jahr und Tag mit allem Nachdruck vor den Folgen einer unbedingten Fortsetzung der Bonner Politik-der-Stärke-um-jeden-Preis gewarnt worden. Diese Warnungen haben sich als nur allzu begründet erwiesen. Seit Ende 1958 steht die Berlin-Frage auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Seit Ende 1958 hatte der Westen, hatte vor allem Bonn Zeit, den sowjetischen Berlin-Forderungen mit eigenen konstruktiven Vorschlägen zu einer auch den Interessen des Westens und der Deutschen gerecht werdenden Lösung dieses Problems entgegenzutreten. Es konnte seit langem schon keinen Zweifel mehr daran geben, daß der sowjetische Ministerpräsident eine weitere Verschleppung der Lösung der Berlin-Frage nicht mehr länger hinnehmen würde. Und es mußte unter diesen Umständen angesichts der machtpolitischen Verhältnisse die wichtigste Aufgabe der Bonner Regierung sein, durch eigene Initiative im Kreise der westlichen Verbündeten eine weitere Zuspitzung des Berlin-Konfliktes zu verhindern. Nicht nur, daß es an einer solchen Initiative gefehlt hat, es sind auch alle entsprechenden westlichen Vorschläge von deutscher Seite bis in diesen Herbst hinein immer wieder mit aller Entschiedenheit grundsätzlich abgewiesen worden. Bonn bezichtigte alle diejenigen, die, ob in der Bundesrepublik, in Großbritannien, in den USA oder in Italien, mit neuen

[1]) Der im allgemeinen regierungsfreundliche Düsseldorfer MITTAG hat am 31. August dieses Niveau Adenauer'scher Wahlreden treffend charakterisiert. Das Blatt schrieb anläßlich des Versuches des Bundeskanzlers, seine unglaubliche Äußerung über die angebliche Wahlhilfe Chrustschows für die SPD zu rechtfertigen: „Statt der sechsfachen Beschwichtigung, die prompt ein sechsfaches Echo bewirkte, wünschte man sich vom Lenker der bundesdeutschen Geschicke Wahlreden, die diesen Namen verdienen. Es ist ein unerfüllbarer Wunsch. Adenauers Konversation mit seinem Publikum hat sich einem Grade von Simplizität genähert, der das allerletzte an Genügsamkeit fordert. Hier läuft etwas aus dem Ruder, das schon nicht mehr mit der mutig vorausgesetzten geistigen Schlichtheit der Hörer zu begreifen ist. Wenn dennoch der Andrang groß ist, dann nicht, weil die Leute kommen, um politische Weisheit zu hören, sondern um das Rüstigkeitswunder zu sehen. Wäre es anders, man müßte nur staunen, daß sie nicht am Schlusse mit dem Liede ‚Häns'chen klein . . .' ins Freie hüpfen." (!)

Konzeptionen aufwarteten, des „Appeasement", der „Kapitulation vor Moskau". In Wirklichkeit waren es gerade diese Kritiker der offiziellen Washingtoner und Bonner Deutschland-Politik, die einer Kriegskatastrophe wie auch einer politischen Kapitulation des Westens durch eine besonnene Neuorientierung der westlichen Politik vorbeugen wollten.

Mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit, mit einem Übermut, der uns alle heute schon teuer zu stehen kommt, hat die Bundesregierung Jahr für Jahr, Monat für Monat, Woche für Woche a l l e östlichen Verhandlungsangebote zu den Fragen atomare Bewaffnung, Disengagement, Wiedervereinigung pauschal abgelehnt, ja von vornherein jede diplomatische Erörterung all dieser Vorschläge verweigert. Man versteifte sich auf die bekannte „Politik der Stärke", einschließlich der immer wieder erhobenen Forderung nach der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Und das, obgleich längst klar war, daß diese Frage der westdeutschen Atomrüstung für Moskau eines der weltpolitischen Schlüsselprobleme ist.

Spätestens seit dem Wiener Gipfeltreffen wußte man, daß im Herbst 1961 das Deutschland-Problem unwiderruflich unmittelbar aktuell werden würde. Aber auch dieses Wissen hat die Bundesregierung nicht zu einer den Realitäten entsprechenden eigenen Initiative veranlassen können. Ganz im Gegenteil, Bonn proklamierte in den letzten Wochen beharrlich eine Fortsetzung der bisherigen Politik, versuchte Verhandlungen zwischen West und Ost über Deutschland und Berlin zu diskreditieren und weiter hinauszuschieben, kündigte gleichzeitig gar eine Verstärkung der westdeutschen Aufrüstung an. Man gab sich „unnachgiebig" und glaubte durch ein propagandistisches Hochspielen der Flüchtlingsfrage die eigene schwächer und schwächer gewordene Berlin-Position noch einmal konsolidieren zu können; bar jedes politischen Fingerspitzengefühls überschwemmten die Bundesregierung und die westdeutsche Presse die ganze Welt mit politisch völlig substanzlosen Berlin-Deklamationen. Kein Wunder, daß man nun auch im Westen ungeduldig wurde, erwartete man dort doch längst endlich sinnvolle deutsche Vorschläge zur Lösung des Berlin-Problems. Stattdessen scheute Bonn sich nicht, der Öffentlichkeit in der westlichen Welt durch seine Berlin-Propaganda immer mehr „auf die Nerven zu fallen". Man verkannte, daß diese Art von Behandlung des Berlin-Problems die westliche Berlin-Position in der Auseinandersetzung mit dem Osten nur weiter belasten konnte und einen verstärkten östlichen Druck auf Berlin herausfordern mußte.

Der 13. August war die Quittung! Und für all das, was seither die deutschen Politiker so heftig beklagen, sind sie selbst in höchstem Maße mitverantwortlich. Die Sowjetunion und die DDR haben gehandelt — oft genug hatten sie vorher ein solches Handeln für den Fall angekündigt, daß der Westen nicht endlich zu Verhandlungen bereit sei. Es ist in den Wochen nach dem 13. August von italienischer Seite mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die radikalen Maßnahmen der Regierung der DDR vermeidbar gewesen seien, hätten nur die westlichen Regierungen auf die Warnungen des italienischen Ministerpräsidenten F a n f a n i gehört, den kurz vorher C h r u s t s c h o w in diesem Sinne unterrichtet hatte.

Man täte in Bonn besser, wenn man, statt sich in nichtssagender „Entrüstung" zu ergehen, diese eigene Mitverantwortung für diesen bitteren 13. August eingestehen und aus den Erfahrungen dieser Wochen nun endlich Konsequenzen ziehen würde. Stattdessen aber wagt es der Bundeskanzler, auch jetzt noch von den „Erfolgen" seiner Außenpolitik zu sprechen und diese als die allein mögliche auch für die Zukunft zu propagieren! Freilich hat der 13. August es den großen Parteien unmöglich gemacht, so wie vorher die außenpolitischen Kernfragen einfach totzuschweigen. Aber da nun diese Fragen nicht mehr umgangen werden können, so werden sie nicht ernsthaft erörtert, sondern es wird über sie hinweg-

geredet. Die Wochen zwischen dem 13. August und dem 17. September waren und sind jedenfalls noch einmal ein letzter politischer Reifetest für die deutschen Parteien.

Für die Bundesregierung bedeutete die Reaktion des Westens auf die Ereignisse des 13. August einen schweren Schlag. Es wurde bald bekannt, daß der Westen nicht ganz ununterrichtet gewesen war. Und es zeigte sich nun, daß er nicht gesonnen ist, in dem von Bonn gewünschten und behaupteten Sinne für die deutsche Sache ins Feld zu ziehen. Die Tage nach dem 13. August haben mit unmißverständlicher Deutlichkeit die Grenzen des westlichen Engagements in der Deutschlandfrage aufgezeigt. Nachdem auch der Bundeskanzler zunächst mit Emphase härteste „Gegenmaßnahmen" gefordert hatte, mußte er sehr bald zurückstecken, da deutlich geworden war, daß der Westen zu solchen nicht bereit war, im eigenen Interesse gar nicht bereit sein konnte.

Die Zurückhaltung des Westens nach dem 13. August ließ zum erstenmal ganz eindeutig die Bereitschaft Washingtons und Londons zu einem weltpolitischen Kompromiß in der Deutschland-Frage erkennen. Einem Kompromiß, wie ihn jedes realpolitische Kalkül unter den heutigen Umständen nahelegt. Während man sich in der Bundesrepublik diese Wirklichkeit noch immer nicht eingestehen will, spricht die westliche Presse heute offener denn je von ihr. Wir erwähnen hier nur einiger dieser zahlreichen westlichen Stimmen. Der angesehene „Christian Science Monitor" schrieb kürzlich: „Die Teilung Deutschlands ist ein Teil des Preises, den das deutsche Volk für Hitlers Wahnsinn zu zahlen hat. Der Preis ist furchtbar hoch. Der Westen ist nicht zum Kampf bereit, um diese Kontenregelung zu verhindern." Die unabhängige französische Wochenzeitschrift „L'Express" erklärte am 24. August: „Der Test war überzeugend: der Kanzler wurde von seinen Verbündeten im Stich gelassen. Die Revision des Berlin-Status, die Aufgabe der These eines einzigen Deutschland wurden bereits von Dulles, kurz vor seinem Tode, angenommen. Aber mit dem Berlin-Status verschwindet die letzte juristische Grundlage der Adenauer-Doktrin, die, zumindest offiziell, die Basis der westlichen Politik geblieben war. Die Hoffnung, daß ein einziges Deutschland vollständig dem Westblock angehören soll, ist tot. Es ist das Ende einer Epoche." Der Bonner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung gab in seinem Blatt am 29. August einen Lagebericht aus Bonn, der auch all denen die Augen öffnen mußte, die die einschneidende Veränderung im Verhältnis zwischen Washington und Bonn noch immer nicht wahrhaben wollten: „Die Kernfrage der Situation, welches Risiko Amerika tatsächlich auf sich zu nehmen bereit ist und wo seine Grenzen und die Grenzen des westlichen Engagements liegen, diese Frage kann Bonn heute nicht aus sicherer Quelle beantworten. Von dem, was im innersten Zentrum der Macht, in Washington, vor sich geht, weiß man hier wenig, und man fühlt sich abgeschnitten. Jener Zustand ist nun in vollem Maße spürbar geworden, den die amerikanischen Intellektuellen beim Besuch Adenauers bei Kennedy im April als die notwendige „Objektivierung" des deutsch-amerikanischen Verhältnisses bezeichnet hatten, und er weckt hier wenig Behagen. Schmerzliche Erinnerungen werden wieder beschworen an die Ära Dulles und das personelle Vertrauensverhältnis zwischen Bundeskanzler und Staatssekretär, Erinnerungen, die, verglichen mit der damaligen Wirklichkeit, heute in manchem verklärt und beschönigt erscheinen, die aber den Kontrast zwischen jetzt und einst noch verstärken." Und schließlich noch die TAT (Zürich) am 2. September: „Amerika ist bereit, für das zu kämpfen, was der Westen besitzt und dazu gehört Westberlin. Es wird aber nicht kämpfen, um die Konsolidierung der Grenzen der Sowjetmacht zu verhindern, und dazu gehört der eiserne Griff um die Ostzone mit Einschluß Ostberlins."

Alle diese Äußerungen bestätigen den Zusammenbruch dessen, was man als Adenauer-Doktrin bezeichnen könnte. Die Westmächte sind nicht in der Lage und nicht willens, dem noch immer mit verhängnisvollem Starrsinn aufrechterhaltenen, längst utopischen gesamtdeutschen Anspruch der Bundesrepublik zum Erfolge zu verhelfen. Sie sind es heute weniger denn je. Und zu der gefährlichen Zuspitzung der Lage in Mitteleuropa, die das Deutschland-Problem zu einem der ernstesten der heutigen Weltpolitik macht, hat gerade die Forcierung der „Politik der Stärke" durch Bonn und das Beharren auf dieser Politik bis in diesen Herbst hinein entscheidend beigetragen. Denn nun sieht sich der Westen, sieht sich vor allem aber die Bundesrepublik der wirklichen Stärke des Ostens konfrontiert, den sie immer wieder herausgefordert haben.

So ist die Regierung Adenauer durch den 13. August, wie durch all das was ihm folgte, bloßgestellt worden. Gleichwohl klammern sich die Verantwortlichen in Bonn noch immer an die Trümmer dieser Politik. Die Regierung war in den Tagen nach dem 13. August desorientiert. Sie schwenkte dann unter dem Zwang der Umstände auf die amerikanische Linie einer relativen Zurückhaltung ein. Der Bundeskanzler glaubt nun, aus der national-politischen Not eine partei-politische Tugend machen zu können, indem er sich als den „weisen", besonnenen Staatsmann gibt . . . Man wird kaum erwarten können, daß er selbst seine Mitverantwortung für den 13. August und die schwierige politische Situation der Bundesrepublik zugibt; unverständlich aber ist es, daß die westdeutsche Öffentlichkeit ihm nicht einmal heute diese Mitschuld vorhält, nicht einmal heute sich des ganzen Ausmaßes dieses Zusammenbruches der Bonner Position in der Deutschland-Frage bewußt ist.

Die Kapitulation der SPD

Für die erschreckende politische Verwirrung in der Bundesrepublik, in einem Augenblick, da unbestechliche Klarheit der Analyse und wirkliche Weitsicht notwendiger denn je wären, ist aber nicht allein die Regierungspartei verantwortlich. Erst jetzt zeigt sich, was die in diesen „Blättern" seit einem Jahr immer wieder scharf kritisierte Anpassung der SPD an den außenpolitischen Kurs und an die Militärpolitik der Bundesregierung für die ganze Nation bedeutet. Denn dies wäre der Augenblick für eine wirkliche Opposition, für eine wirkliche Alternative! Auf beides aber hat die deutsche Sozialdemokratie seit dem Sommer 1960 ausdrücklich verzichtet. Und sie hat in diesen Wochen zwischen dem 13. August und dem 17. September ihren Verzicht noch einmal bestätigt. Ihr Kanzler-Kandidat Willy Brandt übernahm sofort nach dem 13. August die Rolle des Scharfmachers, der nach „Aktionen" des Westens rief und Washington einer „zu weichen Haltung" in der Berlin-Frage bezichtigte.

Es ergab sich, daß, kurioserweise, auf einmal die Rollen zwischen CDU und SPD vertauscht waren, hielt Brandt doch auch der Bundesregierung vor, sie habe auf ausreichende Gegenmaßnahmen verzichtet! Der regierende Bürgermeister von West-Berlin wähnt offensichtlich, die Pose des stramm antikommunistischen „Volks-Tribunen", des „jungen starken Mannes" werde ihm die Stimmen breiterer Schichten zuführen, die bisher, noch immer im Banne der antikommunistischen NATO-Propaganda, eher der CDU zugewandt waren. Die Sozialdemokratische Partei gebärdet sich heute rabiater denn je, wenn es darum geht, in das Horn dieser Propaganda zu stoßen! Und sie tut alles, um ausgerechnet in diesen Wochen, da das furchtbare, für die ganze Nation lebensgefährliche Fiasko der bisherigen Bonner NATO-Politik offenbar wird, ihre „Treue" zu dieser Politik zu beteuern. Conrad Ahlers kritisierte in der Frankfurter Rundschau vom 8. August den Verzicht der SPD auf jede wirkliche Auseinandersetzung mit der Konzeption

der Bundesregierung: „Die Sozialdemokraten auf der anderen Seite verzichten darauf, der CDU die unbequemen Wahrheiten vorzuhalten, daß nämlich die Berlin-Krise das Resultat jener monumentalen Fehleinschätzung ist, auf der die westliche Politik der Stärke seit 1952 beruhte, der Fehleinschätzung nämlich, daß die militärische Überlegenheit des Westens anhalten werden und sich eines Tages politisch verwerten ließe." Und der Bonner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schildert, mit unverhohlenem Erstaunen über dergleichen peinlich anmutende Beflissenheit, den aufdringlichen Konformismus der einstigen Bonner Opposition: „Wie sicher die SPD ihren neuen westlichen Kurs weiterhin steuert, wird sie noch zu zeigen haben; auf jeden Fall scheut sie in diesen Tagen kein Mittel, um sich dem Wähler womöglich noch als NATO-treuer darzustellen als die Regierung und damit die harten Fragen ihrer Gegner nach ihrem Verhalten in den letzten zwölf Jahren zu übertönen. Mit Staunen sah man gestern abend auf dem Fernsehschirm einen Werbefilm der SPD, in dem die Düsenjäger pfiffen, Panzer rollten, NATO-Kolonnen marschierten — alles unter der Parole: das wollen wir, dafür stehen wir ein, nur die besten Waffen sind für die Bundeswehr gut genug. Vor zwei Jahren noch hätte die gleiche Partei einen solchen Streifen mit ganz anderem Text versehen, nämlich mit einer WARNUNG vor den Folgen westlicher und westdeutscher ‚Militärpolitik'." (NZZ v. 1. 9. 61).

Noch einmal sei es gesagt: dies alles ausgerechnet in d i e s e m Augenblick, da der entschiedenste Einspruch gegen die bisherige Politik not täte. Allein indem sie sich zum Anwalt eines solchen und einer überzeugenden neuen Konzeption machen würde, könnte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands heute über nationalpolitisches Verantwortungsbewußtsein und staatspolitische Reife ausweisen. Die ganze Armseligkeit ihrer heutigen politischen Vorstellungen charakterisieren die Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Erich O l l e n h a u e r vom 2. September: Ollenhauer nannte in Bonn zwei Verhandlungsziele für die Gespräche des Westens mit der Sowjetunion über Deutschland und Berlin. Nach Ansicht der SPD müßte erstens die Sperrmauer in Berlin „wieder verschwinden" und zweitens jede Lösung der deutschen Frage vom Selbstbestimmungsrecht ausgehen (vergl. Welt am Sonntag vom 3. Sept. 1961). Wahrhaftig, das Ei des Kolumbus! Einmal mehr erhellen solche politisch völlig substanzlosen und törichten „Forderungen" den Tiefstand des politischen Denkens in Bonn! Wenn es eines Beweises für die Konzeptlosigkeit der SPD noch bedurft hätte, diese Ausführungen Ollenhauers hätten den Beweis geliefert. Wie einfach ist es doch, Forderungen zu erheben — der Mühe, politische Mittel und Wege zu deren Erfüllung zu ersinnen und aufzuweisen, fühlen sich diese „Politiker" enthoben!

Die SPD gibt sich heute, da sie denn um die Fragwürdigkeit ihres Kurswechsels weiß, beflissentlich als das „kleinere Übel", im Vergleich mit der CDU, aus. Aber gerade die Reaktionen Brandts auf den 13. August haben gezeigt, daß es sich hier um das a l t e Ü b e l unter n e u e r F a h n e handelt. Die politische Selbstzerstörung und moralische Selbstentblößung der deutschen Sozialdemokratie kann kaum noch schlimmer werden! An ihr wird die Nation noch lange zu tragen haben. Denn die Kapitulation der SPD vor der Bonner Politik der Stärke hat dazu geführt, daß heute das Fiasko der Regierung Adenauer zu einer Katastrophe für das ganze deutsche Volk zu werden droht!

Nein, d i e s e SPD von 1961 ist k e i n e Alternative! Und wenn einige westdeutsche Intellektuelle, die offensichtlich gerne „Opposition" s p i e l e n, ohne doch wirkliche Opposition zu s e i n, sie dennoch (in einer im Rowohlt-Verlag erschienenen Broschüre) als das „kleinere Übel" ausgeben, so halten sie sich dabei an das alte, in der Politik doch so unzulässige credo quia absurdum; sie alle beklagen ausdrücklich die Halbherzigkeit der SPD, einige von ihnen verdammen

gar die ehemalige Opposition in Grund und Boden, weil sie sich der Bonner Konzeption allzu sehr angepaßt habe. Aber am Ende erweisen sich alle diese Kritiker als Gesundbeter! Sie glauben an die Macht des Als-Ob: „Nehmen wir an, die SPD sei Opposition, vielleicht wird sie dann wieder eine . . ." [2])

Die hier genannten Anwälte der SPD, als des vermeintlich „kleineren Übels", behaupten, wie auch Jens Daniel im SPIEGEL, die SPD sei zwar beklagenswerterweise außenpolitisch mehr oder weniger konformistisch geworden, man müsse ihr aber doch, um des Schutzes der Demokratie willen, aus innenpolitischen Gründen also, den Vorzug geben vor der heutigen Regierungspartei. Ganz abgesehen davon, daß das ein schwacher Trost ist, ist es auch ein falscher. Denn der in allen entscheidenden Fragen bedingungslose außenpolitische Konformismus der SPD bedingt auch in immer stärkerem Maße ein Einschwenken auf die von der CDU vorgeschriebene Linie der innenpolitischen „Notstands-Politik"! Bonn kann auf die Verabschiedung eines Notstandsgesetzes nicht mehr länger warten, weil es nur noch auf diese Weise die freimütige Erörterung seiner Konzeption, die sich nicht mehr verhindern läßt, abwürgen kann. Der Kanzler-Kandidat der SPD aber hat kürzlich zu verstehen gegeben, daß auch er als Kanzler sogleich nach den Wahlen ein Notstandsgesetz verabschieden würde. Wie es um die demokratische Gesinnung der SPD steht, das zeigt aber auch die Forderung dieser Partei nach einem Verbot der Deutschen Friedens-Union, die von der SPD mehr und mehr als ein unbequemer politischer Rivale empfunden wird. Und das zu Recht. Die Deutsche Friedens-Union ist, was immer sie selber sein will, auch das schlechte Gewissen der SPD! Und um dieses schweigen zu machen, ruft die Sozialdemokratische Partei nach der Polizei. Das ist ein in der Geschichte der SPD beispielloser Vorgang. Aber er fällt nicht aus dem Rahmen, er entspricht der Grundhaltung dieser Partei seit Mitte des vorigen Jahres.

Es war die unbegreifliche, durch keinerlei wahltaktische Überlegungen zu rechtfertigende — denn wenn dies Wahltaktik ist, dann eine auf Kosten der politischen Interessen der Nation! — Anpassung der SPD an die Bonner Politik der Stärke, die vor zehn Monaten zur Gründung der Deutschen Friedens-Union geführt hat, eben jener neuen Partei, deren Verbot die SPD heute verlangt. Die DFU verstand sich von Anfang an als eine Sammlungsbewegung unter außenpolitischen Vorzeichen. Eine Beurteilung dieser Partei ist nur möglich, wenn die heutige national-politische Situation und die partei-politische Konstellation von heute in Betracht gezogen werden. Man wird durchaus offen lassen müssen, ob ein Konglomerat so verschiedenartiger, heterogener, teilweise (auf der Linken wie auf der Rechten) auch problematischer Elemente, wie die DFU es heute darstellt, auf lange Sicht ein konstruktiver und wirksamer politischer Faktor in der Bundesrepublik sein kann. Man muß hoffen, daß sie mit der Zeit zu einer stärkeren Integration ihrer Teile und zu einer Präzisierung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen kommt.

---

[2]) Der Verlag Rowohlt preist diese Schrift mit dem Titel „Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung" an. Der Titel selbst ist bereits irreführend: denn er suggeriert, die SPD sei eine „Alternative" und er suggeriert ebenfalls, wir brauchten eine neue Regierung und nicht vielmehr eine neue Politik! Der Verlag behauptet ferner, diese deutschen Schriftsteller „sehen sich in der Tradition Frankreichs, das von Voltaire über Zola bis Jean-Paul Sartre immer seine Männer der Feder auch als Gewissen der Nation wertete". Es gehört einige Unverfrorenheit oder einfach Maßstablosigkeit dazu, die unnachsichtig scharfe analytische Kritik eines Sartre, die ätzende Schärfe eines Voltaire und das mächtige humanistische Pathos eines Zola zu vergleichen mit den geistreichelnden „oppositionellen" Allüren jener deutschen Literaten. Wenn sie das „Gewissen der Nation" sind — welch irrlichterndes und unzuverlässiges Gewissen!

Gleichwohl — die DFU ist heute die einzige Partei in der Bundesrepublik, die, auch auf die Gefahr der Diffamierung hin, die entscheidenden außenpolitischen Fragen zur Diskussion stellt, die Notwendigkeit einer neuen politischen Konzeption zur Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems nachdrücklich betont. Sie allein macht den so verhängnisvollen außenpolitischen Konformismus nicht mit. Sie hat den Mut zur Alternative, sie hat das außenpolitische Tabu Bonns gebrochen. Das zeigt die bedeutsame national-politische Funktion dieser Partei in der heutigen Situation. Angesichts der selbstgewählten Gleichschaltung der SPD wäre es denn auch zu wünschen, daß wenigstens diese neue Partei im neuen Bundestag von Anfang an Stimme der Vernunft sein kann, daß sie eine außenpolitische Einstimmigkeit sprengt, die uns teuer zu stehen kommt. Und wenn diese wirkliche Opposition rein quantitativ den anderen „arrivierten" Parteien die Waage nicht halten kann, so vermag sie doch wenigstens, dank der Unzweideutigkeit ihrer Haltung, ein qualitatives Gegengewicht gegen jene im neuen Parlament zu bilden — und das wäre schon viel!)

Belgrad — eine weitere Lektion

Der 13. August und das, was ihm folgte, haben das Scheitern der Bonner Politik der Stärke offenbar gemacht. Dieser Zusammenbruch der Adenauer'schen Konzeption wird bestätigt durch die überaus bedeutsame Konferenz der sogenannten nicht-gebundenen Mächte, die am 1. September in Belgrad begonnen hat. Mit Beklommenheit sah man in Bonn ihrem Treffen entgegen, hatte sich doch je länger desto mehr gezeigt, daß die Bundesregierung auf ihre außenpolitische Unterstützung längst nicht mehr rechnen kann. Jahrelang wurden die Neutralen und der Neutralismus von westdeutscher Seite bedenkenlos geschmäht. Gleichzeitig tat man den Neutralismus als eine weltpolitische quantitè negligeable ab. Man sprach von der politischen Ohnmacht der Neutralen. Nun demonstriert die Belgrader Konferenz die außerordentliche und zwar wachsende moralisch-politische Macht der nichtgebundenen Nationen, die sich über eine gemeinsame Haltung in den entscheidenden weltpolitischen Fragen zu verständigen suchen.

Die Bundesregierung, in Belgrad diplomatisch nicht vertreten (Hallstein-Doktrin!), versuchte, durch erhöhte propagandistische Aktivität für ihre Politik unter den „dritten Mächten" Stimmung zu machen. Sie hielt es für zweckmäßig, dabei vor allem mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes zu operieren, in der Annahme, die gerade unabhängig gewordenen Nationen würden für diese Forderung Verständnis haben. Freilich ließ sich voraussagen, daß nicht gleichgültig ist, wer und wie er über Selbstbestimmung spricht. Immerhin war und ist die Bundesrepublik Bündnispartner der Kolonialmächte England und Frankreich, von Portugal ganz zu schweigen. Hat man je gehört die Bundesregierung habe sich mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht Algeriens und Angolas, Kubas und Spaniens eingesetzt? Aber ganz abgesehen davon noch, die Belgrader Konferenz beschäftigt sich vor allem mit dem Problem der Sicherung des Friedens durch Abrüstung und Entspannung. Mit einem von Bitterkeit nicht freien Bedauern wird man sagen müssen, daß auch in dieser Hinsicht die von der Regierung Adenauer repräsentierte Bundesrepublik gewogen und zu leicht befunden wurde. Man hat in Belgrad kein Verständnis gezeigt für die Intransigenz der Bundesregierung in den Fragen Disengagement, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, Oder-Neiße-Grenze! In dieser Haltung Bonns sehen, wie bereits die ersten Reden auf der Konferenz zeigten, die dritten Mächte eine akute Gefährdung des Friedens. Auch die Selbstbestimmungs-Forderung kann dieses Mißbehagen nicht mindern, im Gegenteil, denn gerade die Verbindung des Rufes nach Selbstbestimmung mit einer solchen Politik-der-Stärke-um-jeden-

Preis, der Ablehnung von Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone und über eine friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten, gerade dieses Junktim macht das deutsche Verlangen nach „Selbstbestimmung" fragwürdig und läßt es verdächtig erscheinen. Ohnehin hat die Welt mit den Deutschen ihre Erfahrungen gemacht. Und eine deutsche Politik, die das nicht in Rechnung stellt, ist gefährlich wirklichkeitsfern. Das gilt aber für die Politik Adenauers und Brentanos gegenüber den in Belgrad vertretenen Regierungen. Noch vor Beginn der Konferenz wußte die Frankfurter Allgemeine am 31. 8. 61 aus Belgrad zu berichten: „Das Memorandum der Bundesregierung zur Deutschland- und Berlin-Frage an die Teilnehmer an der Belgrader Konferenz wird in hiesigen Beobachterkreisen nicht als sehr glückliche Maßnahme bezeichnet. Da und dort dürfte der Ton dieses Memorandums im Ansatz vorhandene Sympathien für die Sache Bonns sogar in ihr Gegenteil verkehrt haben." So sehen die „Erfolge" der Regierung Adenauer aus . . .

Die Belgrader Konferenz ist, nach dem 13. August, für Bonn eine weitere Lektion, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Schon vor ihrem Beginn hatte der indische Premierminister Zweifel an den westlichen Ansprüchen auf einen unkontrollierten Zugang nach Berlin geäußert. Auf der Konferenz selbst hat sich gezeigt, daß nahezu alle „dritten Mächte" heute von der Existenz zweier deutscher Staaten und von der Dringlichkeit neuer Verhandlungen über die Abrüstung und über Deutschland ausgehen. „Von deutschen Beobachtern wurde Nehrus Eintreten für eine de facto-Anerkennung der beiden deutschen Staaten als das Ende der Hallsteindoktrin betrachtet . . ." (Die TAT v. 3. 9.).

Ist das Belgrader Treffen der „dritten Mächte" für die Regierung Adenauer eine weitere schwere Niederlage, so ist es gleichzeitig für diejenigen, die eine wirkliche deutsche Alternative zur heutigen Bonner Politik vertreten, eine besonders wichtige Ermutigung. Es demonstriert eindrucksvoll die Möglichkeit und den Sinn einer block-freien, positiv neutralistischen Friedenspolitik, die von Bonn immer wieder abschätzig beurteilt worden ist. Nicht die Neutralen sind heute isoliert, das so radikal anti-neutralistische Bonn ist es. Die Konferenz von Belgrad bedeutet einen außerordentlichen moralischen und politischen Erfolg des Gedankens der Blockfreiheit. Damit aber läßt es auch erkennen, wo und wo allein noch die wirklichen Chancen einer neuen deutschen Politik liegen.

Weiteres Zögern verhängnisvoll

Der 13. August und die Belgrader Konferenz haben unmittelbar vor den Bundestagswahlen die Notwendigkeit einer außenpolitischen Kursänderung in Bonn deutlich gemacht. Sie haben gezeigt, wie rapide die Isolierung der Bundesrepublik und damit auch deren moralische Verurteilung in der ganzen Welt fortschreiten. Dies alles ist Teil der so erschreckenden Bilanz der Ära Adenauer. Der Bundeskanzler selbst, Taktiker (und Parteiführer, nicht aber Staatsmann!) der er ist, spricht nun auf einmal auffallend häufig von „Verhandlungen". Aber wie und worüber will er verhandeln? Das bleibt völlig offen. Und es gibt Anzeichen genug dafür, daß die heutige Regierungspartei den Versuch macht, durch eine solche Betonung der Bonner Verhandlungs-Bereitschaft der wachsenden internationalen Kritik an der Haltung der Bundesregierung den Wind aus den Segeln zu nehmen — ohne doch die bisherige Politik wirklich revidieren zu wollen.

Einmal mehr ist von der deutschen Atomrüstung die Rede. Am 26. August erklärte Dr. Adenauer in Ulm: „Ich würde niemals als Bundeskanzler deutsche Soldaten, die keine nuklearen Waffen haben, einem Feind gegenüberstellen, der

mit nuklearen Waffen ausgerüstet ist" (vergl. DER MITTAG vom 28. 8.). Am 29. August kündigte der Bundeskanzler in Hagen (Westfalen) eine Erhöhung der Ausgaben für die Verteidigung an. Und am 31. August erklärte Dr. Adenauer noch einmal: „Auch die Bundeswehr muß nukleare Waffen haben!" Noch einmal wird davon gesprochen, der Westen müsse zunächst „Zeit gewinnen", durch eine weitere Aufrüstung seine Verhandlungsposition stärken (vor allem durch konventionelle Rüstung) und erst nach einer solchen weiteren Aufrüstung könne er verhandeln. Ja, der Bundeskanzler verstieg sich in einer seiner Wahlreden zu der Behauptung, Moskau seinerseits werde erst dann mit dem Westen verhandeln, wenn dieser ihm mit anderer Stärke als heute gegenüberstehe.

In Wirklichkeit hat gerade die jüngste Entwicklung die Behauptung ad absurdum geführt, der Westen könne auf einen Zeitgewinn spekulieren. Und durch machtpolitische Anstrengungen seine politische Position dem Ostblock gegenüber verbessern. Seit Jahr und Tag haben Washington und Bonn Verhandlungen über das Deutschland-Problem hinausgezögert und starr an ihrer alten Konzeption festgehalten. Gleichzeitig haben sie ihre Rüstungsanstrengungen gesteigert. Die Verhandlungsposition des Westens aber ist von Jahr zu Jahr schlechter geworden! Der Spielraum für westliche Gegenvorschläge wurde, je länger diese ausblieben, immer enger. Eine weitere Verschleppung wirklicher Verhandlungen würde aber nicht mehr nur die politische Situation des Westens weiter verschlechtern, sie würde auch zu einer höchst gefährlichen Zuspitzung der Lage führen. Die Sowjetunion wartet auf westliche Gegenvorschläge, ganz im Gegensatz zu der unverantwortlichen Behauptung des Bundeskanzlers, die wir oben zitiert haben.[3]) Wohin die Verschleppungstaktik des Westens, verbunden mit einer Fortsetzung des Kalten Krieges, führen muß, das hat schon der 13. August gezeigt.[4])

Es häufen sich denn auch im Westen die beschwörenden Warnungen vor einem abermaligen Zögern, das neue schwerwiegende vollendete Tatsachen provozieren könnte, die eine Sicherung des Friedens auf dem Verhandlungswege weiter erschweren würden (die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion, die mit Recht in der ganzen Welt Bestürzung hervorgerufen hat, ist bereits eine solche neue vollendete Tatsache!). Der italienische Außenminister S e g n i sprach in einem Interview mit der Mailänder Wochenzeitung „Il Tempo" von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten über den Zeitpunkt von Verhandlungen mit Moskau. Man weiß, daß die italienische Regierung im Augenblick besonders enge und bedeutsame Kontakte zur sowjetischen Regierung unterhält; man weiß ebenfalls, daß General d e G a u l l e heute der entschiedenste Gegner von Verhandlungen zum nächstmöglichen Termin ist. Segni sagte: „Es

---

[3]) Vergleiche Stuttgarter Zeitung vom 1. 9. 61 über das letzte Gespräch des deutschen Botschafters in Moskau, Kroll, mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kusnetzow.

[4]) Man wird in der Schließung der Sektorengrenze eine Maßnahme sehen müssen, die der von Bonn allzusehr herausgeforderten Staatsräson der Regierung der DDR entsprach. Nur durch Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen West und Ost über Berlin wird sich die wünschbare Freizügigkeit in ganz Deutschland wiederherstellen lassen. Eine gewisse Pankower Begleitmusik zu den Maßnahmen des 13. August macht das Regime freilich nicht gerade vertrauenerweckender. Denn zu „Siegesstimmung" und „Triumphgeheul", von ordinären Untertönen ganz abgesehen, ist doch wohl kein Anlaß! Auch in Pankow scheint man äußere Macht, wie sie am 13. August nicht grundlos demonstriert wurde, fremde äußere Macht überdies, mit innerer Stärke zu verwechseln! Zudem ist eine bei nachstalinistischen Kommunisten eher anachronistisch anmutende Übersteigerung des Ulbrichts-Kultus unverkennbar.

ist kein Geheimnis, daß es jemanden gibt, der zur Verzögerung neigt. Wir glauben nicht, daß eine Verzögerung nützt. Wir halten es im Gegenteil für gefährlich, Zeit zu verlieren."

Die Londoner TIMES hatte sich am 31. August ähnlich geäußert: „Man wird den geeignetsten Augenblick versäumen, wenn Verhandlungen noch sehr viel länger hinausgezögert werden. Die Russen könnten ihren Druck auf verschiedenen Wegen verstärken . . . und auch die Neutralen könnten jenes ungewisse Maß von Sympathie, das sie für Aspekte der westlichen Sache gezeigt haben, wieder verlieren."

So hat denn der Westen nicht mehr „Zeit zu gewinnen", sondern er hat nur mehr Sorge dafür zu tragen, daß er keine mehr verliert! Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West läßt sich nicht mehr so zu Gunsten des Westens ändern, wie es notwendig wäre, soll die Aufrüstung im Sinner der Forderungen des Ministers S t r a u ß einer „politischen Offensive" den Rückhalt geben. Mit einer ganz unverantwortlichen Leichtfertigkeit hat die Bundesregierung es seit 1957 mutwillig versäumt, mit einer Bereitschaft zu einer wirklichen militärpolitischen Entspannung eigene realistische politische Forderungen zu verbinden. Heute ist es auch dafür zu spät. Eine militärpolitische Entspannung im Sinne eines Disengagement wird nicht mehr vom Osten durch einen politischen Rückzug honoriert werden. Jedenfalls nicht unmittelbar. Es bleibt dem Westen, es bleibt insbesondere Bonn nichts anderes mehr übrig, als nun unter weit ungünstigeren Umständen als jemals in den letzten Jahren zu verhandeln, um wenigstens den Frieden zu sichern und eine erdrutschartige politische Entwicklung zugunsten des Ostens zu verhindern. Das Erwachen ist bitter für die Deutschen. Um so mehr, als die Westmächte sich nun ganz offen von Bonn zu emanzipieren beginnen.

Offensichtlich hat die Bundesregierung die politisch entscheidende Fähigkeit zu einer besonnenen Einschätzung der Verhältnisse völlig verloren; und am allerwenigsten ist sie sich des unlösbaren Zusammenhanges zwischen ihren eigenen Aktionen und den Reaktionen der anderen Seite bewußt. Zumindest bestimmt ein solches Bewußtsein nicht ihre Politik. Noch immer hält sie am Alles-oder-Nichts fest. Sie hat keine Konzeption, die den Realitäten gerecht wird. Mit welch frevelhafter, beinahe schon nihilistischer Arroganz jede, aber auch jede sich andeutende Möglichkeit einer sinnvollen neuen Berlin-Lösung — da nun einmal die bisherige Regelung sich nicht aufrecht erhalten läßt! — einfach ausgeschlagen wird, zeigt beispielhaft die kommentierende, abwertende Überschrift, die die regierungstreue DEUTSCHE ZEITUNG über die Meldung setzte, Chrustschow habe sich in einem Gespräch mit zwei britischen Abgeordneten bereit erklärt, einer Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen in eine freie Stadt Westberlin zuzustimmen. Die DEUTSCHE ZEITUNG höhnt: „Chrustschow großzügig"! W a s will man eigentlich noch? Es liegt auf der Hand, daß eine solche Verlegung der UN nach Westberlin, mit welchen Schwierigkeiten auch verbunden, diesem eine ganz neue, überaus sinnvolle politische Funktion geben würde. Und bedeutet das etwa nichts? Würden damit nicht auch zusätzliche Garantien für den freien Zugang in diese Stadt und für ihre Unabhängigkeit verbunden sein?

Das ist noch einmal die jahrelange praktizierte Art, jede sowjetische Äußerung zum Deutschland-Problem einfach als Propaganda abzutun, ohne sie auf ihre mögliche politische Substanz zu prüfen. Die heutige Berlin-Krise ist das Ergebnis d i e s e r Art von „Politik". Man täusche sich aber nicht: Provokationen werden heute von Moskau als Provokationen verstanden. Und wenn es nur Provokationen aus Dummheit, Instinktlosigkeit sind, wie etwa die Reden des Herrn L e m m e r in Berlin und so manche Veranstaltung in der „Frontstadt". Dergleichen belastet nur die westliche Berlin-Position immer mehr.

Eine neue Gesamtkonzeption notwendig

So erscheint es einzig und allein sinnvoll, solcher Entwicklung mit all ihren Gefahren zuvorzukommen durch eigene Vorschläge, die von den Tatsachen des Jahres 1961 ausgehen. Die Verknüpfung einer konföderativen Zwischenlösung des Wiedervereinigungsproblems mit einem mittel- oder gar gesamteuropäischen Sicherheitssystem erscheint so wünschbar wie sie möglich erscheint. Und im Rahmen eines solchen Komplexes neuer Vereinbarungen zwischen den Großmächten und den beiden deutschen Staaten allein sind auch verbindliche Garantien für eine Sicherung der Freiheit Westberlins und seiner Zugänge denkbar.

Es gibt keine „Verteidigung" Westberlins mehr als durch eine solche vorbeugende politische Deutschland-Lösung! Sie würde allerdings den Verzicht auf die fragwürdige Funktion Westberlins als Pfahl im Fleisch der DDR, als Propaganda-Zentrum etc. einschließen müssen. Man wird darauf verzichten müssen, von Westberlin her Unruhe in die DDR zu tragen, aber man wird heute darauf verzichten können, da ein-für-alle-mal klar ist, daß diese DDR sich ohnehin nicht vom Westen her in der erhofften Weise „aufrollen" läßt. Wenn dem Westen und wenn vor allem der Bundesrepublik die von ihnen so oft beschworene Freiheit und Unabhängigkeit Westberlins nicht einmal dies „Opfer" wert ist — wie aufrichtig ist dann überhaupt ihr Interesse an Westberlin?

Es besteht die Gefahr, daß die heutige Bonner Politik die Bundesrepublik sehr bald zu einer höchst gefährlichen außenpolitischen Bewegungsunfreiheit verurteilt. Wieder einmal sind die Deutschen dabei, sich in den weltpolitischen Schmollwinkel zurückzuziehen — anstatt wenigstens in letzter Minute in eigener Sache eine eigene Konzeption zu vertreten, die uns im Rahmen des Möglichen Herr unseres nationalen Schicksals sein läßt! Die Fortsetzung der Adenauerschen Politik macht uns zum bloßen Objekt der Weltpolitik. Denn die Bereitschaft des Westens wird schnell wachsen, über unsere Köpfe hinweg um des Friedens und der Entspannung willen endlich zu Vereinbarungen mit dem Osten zu kommen, dessen Macht man heute unwiderruflich konfrontiert ist. Es kann für die Deutschen nur noch darum gehen, aus der Situation von heute das Beste zu machen, anstatt immer wieder dieser Situation zu beklagen und hinwegzuklagen, für die wir mitverantwortlich sind. Die einzige Alternative zu einer solchen neuen sinnvollen Gesamtkonzeption auf dem Boden der Tatsachen heißt: Flucht nach vorn, mit allen ihren Konsequenzen!

Die sogenannte Politik der Bundesregierung reduziert sich heute, abgesehen von der Aufrüstung, auf unaufhörliche Selbstbestimmungs-Deklamationen. Die Selbstbestimmung ist eine gute, eine legitime Sache und so auch die der Deutschen. Aber es ist eines, das Selbstbestimmungsrecht als solches immer wieder zu fordern, ohne Berücksichtigung der realen politischen Gegebenheiten, und ein anderes, politische Mittel und Wege zu seiner Realisierung in der Welt von heute zu suchen. Jenes mag die Aufgabe wohlmeinender nationaler Propagandisten sein, wenngleich den Deutschen auch da im Hinblick auf so manches Vergangene etwas mehr Zurückhaltung anstände. Dieses aber ist die Pflicht einer verantwortlichen Regierung. Sie hat der komplexen politischen Wirklichkeit Rechnung zu tragen und in diesem politischen Kräftefeld nach Möglichkeiten zu suchen. Mit der bloßen Forderung ist es in der Politik nicht getan. Indem unsere Politiker sich auf solche Deklamationen beschränken, machen sie einmal mehr Deutschland zum Ärgernis der ganzen Welt. Sie bringen uns gleichzeitig um die wirklichen Aussichten, die uns noch geblieben sind. Sie verspielen Sicherheit, Entspannung, Freiheit, Wiedervereinigung. Und damit eben das Selbstbestimmungsrecht, das sie so emphatisch und doch bar jeder politischen Vernunft fordern. Gerade angesichts der so überaus komplizierten deutschen

Situation geht es heute darum, durch neue internationale und inter-deutsche Vereinbarungen die Voraussetzungen für unsere nationale Selbstbestimmung zu schaffen und auch schon deren Modalitäten zu fixieren. Das ist die wirkliche Aufgabe der deutschen Politik. Zu diesem Brückenschlag zwischen Forderung und Realität sind die heute die Bundesrepublik repräsentierenden Politiker nicht in der Lage. Sie bleiben im rein Stimmungsmäßigen und Deklamatorischen. Nicht eher aber werden die Deutschen zur wirklichen Selbstbestimmung finden, als sie ihre Regierung nicht nach ihren Reden und Beteuerungen, sondern nach ihren Taten beurteilen.

So steht denn der neue Bundestag vor der Aufgabe, auf dem Bankerott der Adenauer-Politik zu retten, was noch zu retten ist. Das ist durchaus nicht wenig. Aber es wird sich nur dann retten lassen, wenn die Zeichen der Zeit endlich erkannt werden. Wer auch weiterhin politische Luftschlösser baut und gleichzeitig atomar rüstet, der wird im Abgrund enden. Man spricht heute in Bonn gerne „von Mobilmachung" und die Opposition ruft einmal mehr nach „Gemeinsamkeit". Tatsächlich — eine Mobilmachung tut not, aber in einem ganz anderen als dem in Bonn gemeinten Sinne. Dort denkt man an Fortsetzung der Aufrüstung und Notstandsgesetz. Sie würden das Desaster besiegeln. Notwendig ist vielmehr eine Mobilmachung für den Frieden, eine Mobilmachung der Vernunft, eine Aktivierung aller unserer geistigen und sittlichen Kräfte, ihre Befreiung aus dem sie pervertierenden Zwange des kalten Krieges. Notwendig ist die Einsicht in die Notwendigkeit und in die Chancen einer deutschen wie einer weltpolitischen Koexistenz. Sie erst wird die wirkliche Bewährungsprobe für diese Bundesrepublik und ihre innere Ordnung sein. Mit anderen Worten: Was Not tut ist eine konstruktive, zukunftsfähige nicht-faschistische Alternative zum Kommunismus, dem wir konfrontiert sind, ob wir wollen oder nicht. Aufrüstung und Notstandsgesetz befreien uns von dieser Konfrontation und von dem heilsamen Zwange zur Koexistenz nicht. Was aber bereits droht, das ist einmal mehr die selbstmörderische faschistische Alternative, in neuer Form. Es erscheint durchaus denkbar, daß diejenigen Kräfte, deren außenpolitische Konzeption in so sichtbarer Weise Schiffbruch erlitten hat, und deren internationale Bloßstellung nach dem 17. September noch zunehmen wird, daß diese Gescheiterten sich innenpolitisch schadlos zu halten versuchen werden! Das möge man sich auch in Erinnerung rufen, wenn von Gemeinsamkeit die Rede ist. Entscheidend ist, welche Gemeinsamkeit unter welchen Vorzeichen. Es geht dabei nicht um die Person Adenauers, wie die SPD glauben machen will, sondern es geht allein um die politische Konzeption, der solche Gemeinsamkeit dienen soll. Wer sich heute noch oder gerade heute mit der bisherigen Bonner Politik identifiziert — der wird morgen ein für allemal mit ihr identifiziert werden!

Wir wiederholen noch einmal, was wir vor einem Monat an dieser Stelle gesagt haben: Es ist ein providentiell anmutendes Zusammentreffen zweier politischer Entscheidungen, das die Deutschen in diesem Herbst erleben. Am 17. September haben sie mit einem neuen Bundestag auch eine neue Politik zu wählen, gerade in dem Augenblick, da der Zusammenbruch der bisherigen für jedermann sichtbar und die Gefahr einer Weltkatastrophe nahegerückt ist. Am 17. September haben wir für unser Teil noch einmal die Möglichkeit der Selbstbestimmung! Es wird nicht zuletzt an uns liegen, ob es das allerletzte Mal ist. Mit einem Worte des großen österreichischen National-ökonomen Joseph Schumpeter: „Die Geschichte besteht . . . aus einer Folge von kurzfristigen Situationen, die den Lauf der Dinge endgültig verändern können." (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 420.)

(Abgeschlossen am 5. September)

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | September 1961 | Heft 9

Das Verfahren Dr. W. Dollinger, MdB, — K. Graf v. Westphalen endete vor dem Landgericht Köln mit einem Vergleich. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir den folgenden

Widerruf:

Nach durchgeführter Berufungsverhandlung, in der ich nicht einmal den Versuch des Wahrheitsbeweises unternehmen konnte, erkläre ich folgendes:

Die Behauptung in Heft 11/59 des Dr. Josef Peters in seinem Artikel „Über Korruption und ähnliches": „der CSU-Abgeordnete Dr. Walter Dollinger habe vom bayrischen Landesverband der Lebensmittelgroßhändler für die Vermittlung eines größeren Konservenauftrages an die Bundeswehr 38 000 DM Provision eingestrichen" entbehrt, wie meine Nachprüfung ergeben hat, jeder Grundlage.

Ich nehme den Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Karl Graf von Westphalen

Die Lage:

Die Bundesrepublik am Wendepunkt

Gespenstischer Wahlkampf

Der Bundestagswahl vom 17. September 1961 ist ein Wahlkampf vorausgegangen, wie er fragwürdiger in der zwölfjährigen Geschichte dieser Bundesrepublik nicht geführt worden ist. Einmal in vier Jahren hat in unserer parlamentarischen Demokratie der Bürger die Möglichkeit, durch seine Stimmabgabe unmittelbar in die Geschicke dieses Staates einzugreifen. Man vergegenwärtige sich die außenpolitische Situation der Bundesrepublik und man wird sogleich erkennen, vor welchen Entscheidungen in diesem Herbste das deutsche Volk steht. Von dieser außenpolitischen Wirklichkeit aber war in dem Wahlkampf des Jahres 1961 nahezu nichts zu hören; wo aber auf sie Bezug genommen wurde, da geschah es durchweg in der Form der Bagatellisierung oder gar Verschleierung. Zwischen der

Appell an die deutsche Öffentlichkeit

Wir stehen vor einer ernsten Entscheidung. Die Weichen der Politik für eine Zukunft werden gestellt, in der entweder unser aller Ende hereinbrechen oder aber auch ein hoffnungsvolleres Morgen anbrechen kann.

Zweimal während einer einzigen Generation ist unser Volk mit überwiegender Mehrheit einem Weg seiner Regierung gefolgt, der jedesmal zur Katastrophe führte. Nach dem letzten Zusammenbruch herrschte allgemein die Überzeugung vor, nun seien wir ein-für-alle-mal geheilt von dem Traum nach Macht und äußerer Größe. Bundeskanzler A d e n a u e r verkündete, Deutschland werde für immer abgerüstet und etwa wie die Schweiz neutral bleiben. Dies war, wohlgemerkt, zu einer Zeit, als Deutschland durch die Besatzungsmächte geteilt war, wie heute. Was aber ist aus jenen guten Vorsätzen geworden? Unglaublich fast — aber Tatsache ist, daß Deutschland heute bereits wieder als die große Militärmacht in Europa dasteht. Bald gibt es kaum noch Raum in unserem Land für die Kasernen, Übungs- und Flugplätze, die unsere und die vielen ausländischen Truppen benötigen. Unsere Jungen werden im Zeichen der wiedereingeführten Wehrpflicht wieder in Soldatenuniformen gesteckt, nachdem 1949 jeglicher Militärzwang aufgehoben war. Deutschland wurde zweimal, vor 1914 und ab 1933, mit ungeheurem Aufwand zu einem „unbesiegbaren" Heerlager aufgerüstet. Den gleichen Vorgang erleben wir heute wieder, nun zum dritten Male. Diesmal würde jedoch der Ausgang nicht ein Zusammenbruch wie 1918 sein, auch keine Katastrophe wie 1945, sondern die radikale Auslöschung des deutschen Volkes, ganz im buchstäblichen Sinne genommen.

Die Unterzeichner sind der Auffassung, daß die stete Fortsetzung des Rüstungskurses über kurz oder lang unser ganzes Volk ins Unglück stürzen muß. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen verschärft in gefährlicher Weise die Spannungen und die innerdeutschen Gegensätze, engt die Verhandlungsmöglichkeiten ein und führt unabwendbar immer näher an den Konfliktfall heran. Die kommende Bundestagswahl bietet jedem Einzelnen von uns die Chance, mit seiner Stimme die Hineinmanövrierung Deutschlands in einen künftigen Völkermord zu verhindern.

Unsere Chance besteht darin, bei der Wahl nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die bereit sind, gegen den verhängnisvollen Strom zu schwimmen, indem sie dafür einstehen und kämpfen

1. Deutschland von jeglichen Atomwaffen freizuhalten;

2. wahrzumachen, was Bundeskanzler Adenauer einst verkündete: Deutschlands militärische Neutralität, d. h. ein militärisch neutrales Deutschland, etwa nach dem Modell Österreichs und Schwedens, freundschaftlich verbunden mit dem Westen und in gutnachbarlichen Beziehungen zum Osten, eine Voraussetzung für Ruhe und Sicherheit in Europa und ebenfalls für die Wiederannäherung und Wiedervereinigung unseres Volkes;

3. daß die deutsche Bundesregierung, indem sie sich durch Verhandlungen — auch mit der DDR — bemüht, den Kalten Krieg mit seinen gefährlichen internationalen Spannungen zu beenden, der Welt und nicht zuletzt unserem gesamten eigenen Volk einen wahren Friedensdienst erweist.

München, den 1. September 1961

Die Unterzeichner:

Robert S c h o l l , Oberbürgermeister i. R., München

Hildegard B e n t e l e , Stuttgart

Dr. jur. Franz B e y e r , General a. D., Bad Wiessee

Staatsminister a. D. Wilhelm B ö k e n k r ü g e r , Neustadt/Weinstraße

Prof. Dr. Ing. Döcker, Stuttgart
Prof. Dr. Heinrich Düker, Marburg
Prof. Dr. Carl Hermann, Marburg
Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen
Prof. Dr. Helmut Hönl, Freiburg
Erich Kästner, München
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng, München
Prof. Dr. med. Hans Schaefer, Heidelberg
Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München
Mary Tucholsky, Rottach/Egern
Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Dr. Hermann Rauschning

Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (I)

„Eine Nation von Schafen" — a nation of sheep —, das neueste Buch des Mitverfassers jenes bekannten Buches „The Ugly American" — Der widerliche Amerikaner — beginnt William J. Lederer mit dem Hinweis darauf, daß eine große Nation sehr wohl durch das Tun und Lassen einer einzigen Persönlichkeit zu Grunde gerichtet werden könne. Er meint damit nicht die Gestalt des modernen Cäsaren, des Tyrannen, eines Hitler oder Mussolini. Er meint vielmehr den politischen Führer, der seine Helfer dazu ermutige, die Nation mit Halbwahrheiten zu beruhigen, der die Presse von den eigentlichen Problemen und Schwierigkeiten ablenke, der das Volk in angenehmen Selbsttäuschungen bestärke. Er überredet seine Mitbürger, sich auf die „comic strips" des Lebens und geistlose Vergnügungen zu konzentrieren; man könnte wohl auch sagen: das zu halten, was man habe, Luxus und materielles Wohlsein, und die „Beulen und Schrammen der Wirklichkeit" zu vermeiden. Noch in der gegenwärtigen Krise über Berlin ist dem bundesdeutschen Durchschnittsbürger nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er zehn, zwölf Jahre lang durch eine Politik der Halbwahrheiten, des Verschweigens, des Ablenkens und Vertröstens, der Vorspiegelung falscher Möglichkeiten einem solchen Schicksal einer neuen nationalen Katastrophe entgegengeführt wurde. Lederer schreibt von der Irreführung der amerikanischen Öffentlichkeit über Laos. Er kritisiert, was über Korea verschwiegen, was dem Amerikaner über Formosa nicht gesagt wurde. Was aber ist das alles im Vergleich mit dem, was dem deutschen Volk über seine wirkliche Lage zwischen Westen und Osten von seiner Regierung und seinen Politikern nicht gesagt worden ist! Sollte man nicht auch davon sprechen, wie das deutsche Volk in die Irre geführt wurde?

Solche Gedanken drängen sich einem angesichts gewisser Äußerungen in Westberlin und Bonn auf, die ihren Weg bis in die amerikanische Provinzpresse gefunden und den Deutschen bestimmt keine neuen Sympathien erweckt haben. Stolz und herausfordernd verlangt der Kanzlerkandidat Brandt: „Papierne Proteste allein sind nicht genug". „Berlin erwartet nicht Worte. Berlin erwartet politisches Handeln" fordert er in einem persönlichen Brief an den amerika-

nischen Präsidenten und rühmt sich seiner „Freimütigkeit". Es war eine Zeit, da wäre ein Aufputschen der deutschen Massen am Platz gewesen. 1953/54, als es galt, die Bundesrepublik von dem falschen Weg einer Politik der erborgten Stärke abzuhalten. Aber damals ließ die Opposition es bei solch schwächlichen Protesten wie der Kundgebung in der Paulskirche sein Bewenden haben. Heute ist es zu spät. Heute hat der Deutsche den Folgen einer abermals falschen Politik Stand zu halten, und am wenigsten wird die Partei des Herrn Brandt die schwierige Lage durch Forderungen an Amerika ändern, die als ehemalige Oppositionspartei noch in letzter Minute den Bus des politischen Konformismus erreichte, um, statt eine eigene politische Alternative zu entwickeln, das zu tun, was wenigstens hier in USA als das verächtlichste Zeichen des politischen Bankrottes einer Partei gilt, nämlich „me too" zu rufen, mit einem „Ich auch" den Finger zu heben, und sich mit den Zielen der bekämpften Regierungspartei zu identifizieren, um sich, wie einst im alten Reichstag von Hitler, nun von dem neuen Herren bescheinigen zu lassen: „Wir benötigen Sie nicht."

Es konnte der deutschen Sache kaum etwas Abträglicheres angetan werden, als solche Brandt-Reden und die überheblichen Allüren, die sich Bonner Studenten mit ihren Regenschirmen erlaubten. Denn es bestärkt das Ausland in seiner Abneigung, sich der Deutschen wegen in politische Unkosten, geschweige denn in einen Atomkrieg zu stürzen. Es bekräftigt sie in dem Mißtrauen, daß die Deutschen die Bündnisvereinbarungen mit den Westmächten dazu benutzen wollen, um sie deutscher Ziele wegen in einen Krieg zu verwickeln. Mißtrauen in die „deutsche Unvernunft" und die Frage, ob die Deutschen von heute nicht am Ende dieselben seien wie die, die Hitler gefolgt seien, hat nicht nur die Londoner Times geäußert, als auf ost-deutschen Heimattreffen deutsche politische Ziele proklamiert wurden, die nur durch einen Krieg zu verwirklichen wären. Die Times bemängelte, daß die von den Westmächten gegebene Zusage für Berlin als ein Freibrief zu zweifelhaften Zielen der Deutschen ausgenutzt werden könnte. „Wenn Ihr wünscht, die Deutschen für Eure Zwecke zu benutzen, schön und gut; aber erzählt uns nicht, daß sie keine Deutschen mehr seien; denn wir wissen, es ist nicht so", läßt Allen Drury den französischen Botschafter in Washington in seinem aufschlußreichen politischen Roman „Advice and Consent" sprechen. Was Herr Brandt und mit ihm die Mehrheit des deutschen Volkes nicht begriffen zu haben scheinen, ist, daß es den Westmächten, an ihrer Spitze den USA, in Berlin nicht — um Berlin geht, sondern um die Zukunft der USA, Englands, Frankreichs und erst ganz zum Schluß allenfalls auch um Deutschland, nicht aber in der umgekehrten Reihenfolge; und daß die großen Machtmittel der Alliierten in ihrem Gebrauch durch die Tatsache begrenzt sind, daß „massive Vergeltung" ein beiderseitig anwendbares Konzept ist. Wie könnte sonst Herr Brandt nach „action" rufen. Ein Staatsmann, und das will ja wohl Herr Brandt als künftiger Kanzler sein, sollte vor allem dafür Verständnis haben, was in jeder konkreten politischen Lage möglich ist und was für Unheil mit billigen demagogischen Posen und mit Auftrumpfen angerichtet werden kann.

Was versteht Herr Brandt unter politischem Handeln, „über bloße Proteste hinaus"? Sollen die Alliierten als Gegenmaßnahme zur Absperrung Ostberlins von Westberlin die Dardanellen sperren, wie gelegentlich phantasiert wurde? Soll die westberliner Garnison die Sperre am Brandenburger Tor gewaltsam brechen? Oder lag es Herrn Brandt und seinen Genossen hauptsächlich daran, die Gemüter zu erhitzen und Deutsche ‚drüben' zu Umsturzversuchen aufzuputschen, in der Erwartung, die amerikanische Regierung würde einem deutschen Aufstand die Waffenunterstützung zuteil werden lassen, die sie einem ungarischen versagen mußte? Wenn man solchen „Diplomaten", wie dem bundesdeutschen Bot-

schafter in Washington und ihren Hoffnungen folgt, dann war es wohl dies, was Herrn Brandt im Sinne lag, wenn er nicht nur ein kleiner skrupelloser Politiker ist, dem es gleich ist, was er anstiftet, wenn er nur die Gewässer deutscher Empörung auf seine Parteimühle leiten kann. Hielt es doch selbst ein so kluger und wohlunterrichteter Neuamerikaner wie der bekannte Verfasser des verbreiteten Buches „Von Tayllerand zu Molotow", Robert Ingrim, für richtig, in Anknüpfung an ein Wort des Generals de Gaulle in Nancy in einem Artikel in der Kölnischen Rundschau, unter dem großartigen Titel „Endlich die Wahrheit", die Deutschen der DDR zum Aufstand aufzufordern und das mit Sicherheit vergeblich gebrachte Blutopfer und seine Märtyrer zu verherrlichen, obwohl gerade er wissen müßte, daß in unserer Zeit Blutzeugen vergeblich zeugen.

Wenn man die ostdeutschen Massen zu Gewaltakten aufputscht, schreibt ein namhafter amerikanischer Berichterstatter aus Europa, so könnte das zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwingen, und das sei gerade das, was alle davon betroffenen Regierungen gleicherweise fürchteten und die Träume der entscheidenden Autoritäten zu Alpdrücken mache. Die New York Times warnen, daß der Westen anti-kommunistische Revolten zu verhindern versuchen müsse, um Blutvergießen und Krieg zu vermeiden, selbst wenn das bedeute, ein zusammenbrechendes kommunistisches System zu stützen und „vielleicht sogar Zitadellen der Freiheit, wie Westberlin, dem langsamen Tode durch Erdrosseln auszusetzen". Die Vereinigten Staaten würden jedenfalls den Deutschen in der Sowjetzone in einem selbstmörderischen Aufstand gegen 20 Sowjetdivisionen nicht helfen, betonen selbst sonst sehr antikommunistische republikanische Zeitungen in USA. Sie bekunden sogar neuerdings Verständnis dafür, daß die Flucht der Deutschen aus der DDR gestoppt werden müsse. Es hätte somit jedem Einsichtigen von vornherein klar sein müssen, daß die USA nichts tun würden, um die schon an sich schwierige Position der Westmächte dem Berliner Problem gegenüber noch zu verschärfen, und daß gegen die Absperrung Ostberlins von Westberlin kaum etwas anderes unternommen werden könnte, als formale Proteste wegen Vertragsverletzungen und allenfalls solche Demonstrationen, wie die Verstärkung der Berliner Garnison durch ein kleines amerikanisches Truppenkontingent. Daran ändert auch nichts die Entsendung des amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon Johnson in Begleitung des in Westberlin und Westdeutschland geschätzten ehemaligen Generals Lucius D. Clay, um die Wellen der deutschen Entrüstung zu glätten, die zu früh, vor dem 17. September, dem Wahltag, aufgerührt worden sind. Gewiß hat die strikte Ablehnung des Spieles mit dem Feuer nicht bloß den Unwillen westdeutscher Kreise, sondern auch solcher amerikanischer geweckt, die einen Atomkrieg für unvermeidlich und für je eher desto besser durchzukämpfen halten; und es sind vor allem solche Kreise, die in der Konzeption gegenrevolutionärer und subversiver Aktionen in „unkonventioneller Kriegführung" durch spezielle Kaderorganisationen und „Kommandos" den Schlüssel zu einer neuen offensiven, endlich den Kommunismus auf die Knie zwingenden Strategie sehen, in Verbindung mit der mit Pathos vertretenen Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Gewarnt durch den Ausgang einer solchen, schlecht vorbereiteten Aktion wie in Kuba, ist die verantwortliche Führung in den USA jedoch nicht willens, sich im gegenwärtigen Augenblick auf neue Abenteuer einzulassen.

Es ist gewiß recht und billig, und nicht nur populär, von den USA zufordern, daß sie sich moralisch und äußerstenfalls auch militärisch für die Innehaltung von Verträgen einsetzen und sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch hinsichtlich der Deutschen angelegen sein lassen, wenn dieses längst als Basis der Neuordnung bisher unter Kolonialherrschaft gehaltener Völker anerkannt wor-

den ist. Entscheidend ist, wie und wann man ein solches Recht zu vertreten und zu verwirklichen sucht. Auch hier ist es die konkrete Lage, auf die es zuerst ankommt, und es unterscheidet den staatsmännischen vom bloßen Kirchturmpolitiker, über dem Abstraktum des Rechtes nicht das Konkretum der Realitäten zu übersehen. Offenbar fehlt es dem deutschen Volk auch in seiner Nach-Hitler-Epoche an staatsmännischen Politikern, während es einen Überfluß an Parteipolitikern hat, die außerstande sind, Wunschvorstellungen und Wirklichkeit zu unterscheiden, und glauben, daß eine Politik der erborgten Stärke darin bestehen könne, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen ohne zugleich auch den dicken Hintern mitnehmen zu müssen.

In der jüngsten Zuspitzung der Berlin-Krise zeigt es sich, wie gefährlich es werden kann, wenn ein ganzes Volk jahrelang falsch informiert und mit Illusionen gefüttert wird, wenn es politisch so geführt wird, wie es Mr. Lederer in „Eine Nation von Schafen" angeprangert hat. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ist von der Regierung in der Hoffnung, sie könne die volle Wahrheit über die wirkliche Lage der Deutschen bis nach dem 17. September zurückhalten, dahin unterrichtet worden, die Kriegsbereitschaft der USA in der Berliner Frage allzu breit und buchstäblich aufzufassen. Man hat wichtige Nuancen unterschlagen. Es soll gewiß nicht bezweifelt werden, daß die USA in bestimmten Situationen, die sich aus der Berliner Krise entwickeln könnten, sich zu einem Kriege entschließen würden. Nämlich dann, wenn sie vor Forderungen gestellt würden, die einer Kapitulation gleichkämen und ultimativen Charakter hätten. Aber man hat in der Bundesrepublik nicht ausreichend zur Kenntnis genommen, daß damit hauptsächlich der höchst unwahrscheinliche und von Chrustschow im voraus als gegenstandslos bezeichnete Fall gemeint sei, daß sich Sowjetrußland oder die DDR gewaltsam Westberlins zu bemächtigen und die alliierte Besatzung zu vertreiben versuchen sollten; oder daß die Beziehungen der alliierten Truppen zu ihren rückwärtigen Verbindungen behindert oder gar abgeschnitten werden würden. Ein Vorhaben, das ebenfalls im voraus von Sowjetrußland als ausgeschlossen bezeichnet worden ist. Aus der Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten konnte jedoch nicht geschlossen werden, daß die USA jeder Änderung des derzeitigen Status von Westberlin sich widersetzen würden, noch daß jede Verletzung der bisherigen Vertragsbestimmungen über die Besetzung Berlins als Kriegsfall angesehen und beantwortet werden würde. Das haben die Deutschen in den amerikanischen Widerstandswillen hineingedeutet und solch Wunschdenken verkennt die überaus schwierige Lage, in der sich die Westmächte dem Berliner Problem gegenüber gegenwärtig befinden. Es verkennt, daß es für die Alliierten zur Zeit, wenn es in der Berliner Frage hart auf hart käme, nur die Alternative einer in ihren Folgen unabsehbaren politischen Demütigung oder eines ebenso unabsehbaren Atomkrieges gäbe, und daß die Taktik der Westmächte daher eine Zuspitzung der Krise zu verhindern versuchen muß, die ihnen keinen anderen Ausweg mehr ließe als die Entscheidung für eine dieser Alternativen; was gewiß nicht allein im Interesse des Westens liegt, sondern auch im wohlverstandenen Interesse Rußlands und des deutschen Volkes, als des in jedem Falle ersten Leidtragenden.

Was Herr Brandt in seiner politischen Unerfahrenheit mit seinem Wunsch nach „Handeln" dem amerikanischen Präsidenten zugemutet hat, bedeutet eine Erschwerung der Politik Kennedys, die gerade darauf hinzielt, in Zukunft eine solche Alternative durch andere Möglichkeiten des Austragens von Konflikten als es ein Atomkrieg wäre zu vermeiden. Ein wenig mehr Achtung für das fast tragische Rin-

gen J. F. Kennedys stünde den Bonner Studenten besser an als ihre jugendliche Überheblichkeit. Denn der Präsident hat ebenfalls mit einer Erbschaft vieljähriger Irrtümer und Versäumnisse seiner Vorgänger fertig zu werden, nicht anders als die künftigen Erben des Kanzlers Adenauer. Mit General MacArthurs Worten, als er den Präsidenten sprach: „Alle Hühner kehren heim zu nisten und Sie leben im Hühnerhaus"; alle unerledigten, halbgelösten, auf die lange Bank geschobenen Weltfragen werden auf einmal wieder akut. Es wäre die Pflicht jedes verantwortungsbewußten Politikers der Bundesrepublik gewesen, den amerikanischen Präsidenten in diesem Streben, es jetzt nicht zum Äußersten kommen zu lassen, zu unterstützen. Offenbar gibt es in der Bundesrepublik jedoch gewichtige Kräfte, die lieber heute als morgen einen Atomkrieg riskieren möchten, weil Amerika zur Zeit nichts anderes übrig bliebe, als beim ersten Flintenschuß nach dem alten Dulles—Adenauer'schen Konzept mit „massiver Vergeltung" zu antworten, während die Bundesrepublik in Zukunft bei Krisen sich mit der schwächeren Unterstützung einer „abgestuften Entgegnung" (einer „kontrollierten"), auf feindliche Akte abzufinden haben wird.

Das Hochspielen der Kriegsgefahr und amerikanischen Kriegsbereitschaft wegen Berlin hat allerdings nicht wenig zu dem Mißverständnis im deutschen Volk beigetragen, die Westmächte gingen in ihrer Berlinpolitik aufs Ganze, auf das, was man im englischen showdown nennt. Immerhin hätte eine verantwortungsbewußte und wohlinformierte Presse in der Bundesrepublik erkennen und darauf hinweisen müssen, daß ein wesentlicher Teil der zur Schau getragenen Kriegswilligkeit für den amerikanischen „Hausgebrauch" aufgerührt worden ist. In den USA ist das von einsichtigen Politikern und Kommentatoren sehr wohl verstanden und unterstützt worden. In einigen Kreisen der republikanischen Opposition ging man sogar soweit, dem Präsidenten hauptsächlich wirtschaftspolitische Gründe für den Kriegslärm zu unterstellen, auf die Arbeitslosenziffern und den Umstand hinzuweisen, daß sie so wenig durch monetäre Maßnahmen zu beseitigen sein würden, wie zur Zeit Roosevelts durch den New Deal und erst bei einsetzender Aufrüstung voller Beschäftigung Platz machen würden. Wie dem sei, jedenfalls handelt es sich bei dem Hochspielen der Kriegsgefahr nicht um den Ausbruch einer Kriegshysterie, sondern um ein wohlüberlegtes Aufklärungsmanöver, um die in Selbstgefälligkeit und sicherem Überlegenheitsbewußtsein ihrer Freunde an „gadgets" und den „Comic strips" des Daseins hingegebenen amerikanischen Massen aufzuschrecken und mit dem Ernst einer Lage vertraut zu machen, der ihnen bisher vernebelt worden ist. Man braucht sich nur früherer Versäumnisse der Regierung zu erinnern, die statt die öffentliche Meinung auf die volle Tragweite der Veränderungen der Machtlage hinzuweisen, die Situation beschönigte, wie anläßlich des Abschusses des ersten großen russischen Sputniks, um die Gründe dafür zu erkennen, warum J. F. Kennedy die Berliner Krise und das Desaster in Kuba dazu benutzte, um das amerikanische Volk aufzurütteln und „war-minded", kriegsbewußt zu machen. Man könnte fast versucht sein, zu meinen, er habe das kubanische Debakel, ähnlich wie Roosevelt das Pearl-Harbour-Unglück, um einer für notwendig gehaltenen „Schocktherapie" an dem amerikanischen Volk willen, begünstigt. Wie dem auch sei, gewiß ist jedenfalls, daß Präsident Kennedy mit großer Umsicht das Beste aus dem kubanischen Unheil und der Berliner Krise zu machen versucht hat, und daß es ihm durch das Hochspielen der Kriegsgefahr gelungen ist, eine namhafte Verstärkung und Umorganisation der Rüstung für eine neue politische Konzeption vom Kongreß bewilligt zu erhalten.

Damit soll gewiß nicht gesagt werden, daß die etwas lauthals gewordenen Kriegsbeteuerungen blinder Lärm seien. Ein wesentlicher Teil ist allerdings an

die Adresse Sowjetrußlands gerichtet. Aber er betrifft mehr eine mögliche künftige Entwicklung, als die gegenwärtige Krise in Berlin, für die von den Sowjets im Grunde bereits Zusicherungen gegeben sind, die den Kriegsfall wegen Westberlin, vorläufig wenigstens, nahezu ausschließen. Denn gerade das, womit die amerikanischen Massen aufgerüttelt wurden, wären politische Akte Sowjetrußlands, die zur Zeit recht fern liegen und allenfalls nur durch Gewaltakte, durch Putsche, heraufbeschworen werden könnten. Chrustschow hat sich in diesem Zusammenhang unmißverständlich ausgedrückt und sich zugleich dagegen verwahrt, daß man im Westen sein Bemühen um eine Bereinigung der für Rußland untragbaren Berliner Situation, statt als die endlich fällige Liquidation des letzten Krieges, als das Anzetteln eines neuen auffasse. Eine objektive Prüfung seiner konkreten Vorschläge, statt einseitiger Beachtung allein seiner gelegentlichen Drohungen, kann keinen Zweifel darüber lassen, daß der Premierminister Rußlands keinen Krieg wegen Berlin wünscht und aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht die Westmächte durch seine Forderungen einer Berliner Regelung vor die erwähnte Alternative stellen wird, die ihnen nur die Wahl zwischen Kapitulation oder Atomkrieg ließe.

Übrigens hatte auch Präsident Eisenhower, nicht nur Sowjetrußland, die Berliner Situation für auf die Dauer unhaltbar, jedenfalls für „unnormal" gehalten. Eine Bemerkung, die ihm von allen denen verargt worden ist, die, wie ein amerikanischer Kommentator es ausdrückt, „ihre Politik auf dem Glauben basieren, daß, wenn der Westen behaupte, Berlin sei ausschließlich ein Sowjetproblem, das Problem, das es für die NATO darstelle, verschwände." Was die Unverbrüchlichkeit der Vertragsbestimmungen über Berlin anlangt, so hat erst kürzlich der ältere Senator für Oregon, Wayne Morse, in einer Radiorede darauf hingewiesen, daß der Viermächte-Vertrag über Berlin als ein sehr vorübergehender Notbehelf konzipiert worden sei. „Es war niemals in Betracht gezogen worden ..., daß er ein permanenter Vertrag sein solle". Das Beharren auf den geltenden Bestimmungen und der Protest gegen die Unrechtmäßigkeit einseitiger Änderungen ist daher auf die Dauer unfruchtbar. Denn jeder der Vertragspartner hat nach so langer Frist und angesichts der inzwischen gründlich veränderten Lage seit dem Vertragsabschluß, das Recht zur Initiative, eine Neuregelung vorzuschlagen und Verhandlungen darüber zu fordern. Er kann auch seine Absicht ankündigen, daß er, falls seinem Erfordern nicht stattgegeben werde oder es zu keiner Einigung käme, er von sich aus eine begrenzte Neuregelung durchführen werde.

Obwohl eine Änderung des westberliner Status und ein deutscher Friedensschluß den Westmächten im gegenwärtigen Zeitpunkt einer innenpolitisch höchst schwierigen Anpassung an die endlich der eigenen Bevölkerung eingestandenen revolutionären Änderung der Machtsituation und einer politischen und militärischen Umorientierung, höchst ungelegen kommt, konnte sich doch der Westen, vor allem die USA, nicht der Notwendigkeit von Verhandlungen verschließen. Das ist von der bundesdeutschen Öffentlichkeit geflissentlich übersehen worden, die vielmehr den Zusicherungen des Außenministers von Brentano Glauben schenkt, Kompromisse seien ausgeschlossen. Daß Verhandlungen eingeleitet werden mußten, hat am klarsten und frühesten mit Nachdruck Walter Lippman in seinem aufsehenerregenden Fernsehgespräch nach dem Wiener Treffen betont, in dem er auch Bezug auf seine Unterredung mit Chrustschow in Moskau nahm. Denn, so sagte er, es sei undenkbar, daß der Westen einen selbstmörderischen Krieg führen könnte „für das Recht, sich zu weigern, über Berlin zu sprechen". Lippman wies auch auf das von Chrustschow in Wien Präsident Kennedy überreichte Memorandum hin, das in der Bundes-

republik geflissentlich bagatellisiert wurde, obwohl es, nach Lippman, mindestens von Deutschland aus gesehen einen verbesserten Vorschlag für mögliche Vereinbarungen enthielt. Daß Verhandlungen nur in der Bereitschaft von Kompromissen begonnen werden können, liegt auf der Hand. Die Äußerung des bundesdeutschen Außenministers ist daher, gelinde gesagt, irreführend. Die USA haben nicht von vornherein Kompromisse abgelehnt, sondern nur die Forderung einseitiger Zugeständnisse des Westens. Daher hob denn auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Senator J. William Fulbright, hervor, Amerika solle die Initiative zur Diskussion von Alternativen ergreifen, indem er die bisherige Taktik tadelte, auf jeden Vorschlag der Sowjets „sofort zu sagen: wir können das nicht akzeptieren". Die Dringlichkeit einer Neuregelung der Berliner Lage ist dabei nicht nur durch die Massenabwanderung der Ostdeutschen aus der DDR bedingt, die Senator Fulbright zu der Äußerung veranlaßte, daß auch über die Rolle Berlins als eine Fluchtgelegenheit verhandelt werden könne. Walter Lippman hatte aus seinem Gespräch mit dem russischen Premier auch noch andere, zwingendere Gründe für eine Neuregelung erfahren.

Man hat es in der Bundesrepublik vermieden, die deutsche öffentliche Meinung rechtzeitig auf die mit der amerikanischen Kriegsbereitschaft zugleich geäußerte Verhandlungsbereitschaft und die von gewichtigen Seiten längst vorgebrachten Verständigungsmöglichkeiten mit Sowjetrußland hinzuweisen. Man hat in offiziellen Kreisen die rechtzeitigen Warnungen besser Informierter in den Wind geschlagen, nicht alles auf eine Karte zu setzen, und hat nun dafür dem Unwillen und der Enttäuschung der schlecht informierten Massen standzuhalten. Die Bereitschaft zu Verhandlungen ist von Präsident Kennedy mit den unmißverständlichen Worten hervorgehoben worden, daß Arrangements ausgearbeitet werden könnten, die „historisch begründeten Besorgnissen der Sowjetunion über ihre Sicherheit in Zentral- und Osteuropa" Rechnung tragen würden. Das hätte den Bundesdeutschen deutlich genug zeigen können, in welcher Richtung die USA nach Möglichkeiten einer Entspannung suchten. Senator Fulbright, einer der einflußreichsten Politiker, wurde in der Erwähnung von Verhandlungsmöglichkeiten konkreter. Außer einem „disengagement", einem Rückzug der militärischen Streitkräfte auf beiden Seiten, wurde auch die Möglichkeit der Bildung einer atomwaffenfreien Zone genannt. An möglichen Zugeständnissen in der Regelung der Berliner Frage wurde erwähnt: die Reduzierung der Alliierten Truppen in Berlin; die Anerkennung der DDR als „Agenten" Sowjetrußlands in den Kontrollen der Zufahrtswege und damit eine da-facto-Anerkennung des Staatswesens selbst; die Beseitigung des amerikanischen Propagandasenders Rias und die Ausräumung sonstiger, Rußland „irritierender" Zustände, darunter die Verwendung Westberlins als Tor unkontrollierter Abwanderung und als Ort politischer Demonstrationen der Bundesrepublik. Alles Zugeständnisse, die der bisher von der Bundesrepublik verfolgten Politik diametral entgegengesetzt sind und im wesentlichen auf eine Neutralisierung Westberlins hinauslaufen würden.

Hielten die bundesdeutschen Politiker dies alles bloß für Winkelzüge im politischen Pokerspiel? Außenminister von Brentano hatte erklärt, alles käme darauf an, Chrustschow zu überzeugen, daß der Westen mit allen Mitteln widerstehen würde, wenn die Kommunisten Berlin isolieren. Was heißt „mit allen Mitteln"? Was heißt „isolieren"? Ist ein neutraler Status Westberlins eine Isolierung? Daß die Bundesrepublik sich einer Neutralisierung Westberlins widersetzen wird, liegt auf der Hand. Aber kann es der Westen, können es die USA sich versagen, einen solchen Notausgang aus der Krise zu benutzen? Würden sie „bis auf den letzten Mann" kämpfen, fragt Kommentator Alsop, wenn sich ihnen ein Aus-

weg bietet, fragen wir. Ein Ausweg, der es ihnen erlaubt, vor sich selbst und anderen „das Gesicht zu wahren"? Das sind Fragen, die nicht mit einer Handbewegung abgetan werden dürfen. Berlin interessiert die Westmächte nicht aus sentimentalen Gründen als „Heim der Tapferen", „in der Zitadelle der Freiheit". Das sind Redefloskeln. Es interessiert den Westen aus den realistischen und sehr gewichtigen Gründen, daß ein allzu deutliches Preisgeben der Stadt einen Prestigeverlust des Westens bedeuten würde, der die fortschreitende Erosion seiner Machtsphäre zu einem Erdrutsch unabsehbarer politischer Folgen machen würde. Aber wer darauf ausschließlich seine Politik gründet, zieht nicht in Betracht, daß es seit jeher Mittel gibt, Rückzüge als Vormarsch zu frisieren und Verluste zu Erfolgen umzustempeln. Es braucht dabei gar nicht zu absichtlicher Irreführung zu kommen. Für die USA kann in bestimmtem Zusammenhang eine vorläufige Beilegung des Berliner Problems in Gestalt einer Freien Stadt wirklich ein Erfolg sein, jedenfalls eine Lösung, die ihnen einen Prestigeverlust erspart.

Für die Bundesrepublik liegt das gewiß völlig anders. Es gibt keine Identität von Interessen zwischen verschiedenen Nationen. Es war rechtzeitig zu überlegen, welche dieser Interessen überwiegen und sich durchsetzen würden. Die Bonner Politik hatte dazu Zeit. Den Bonner Politikern, wenn man sie als solche bezeichnen kann, war Gelegenheit geboten, ihre Politik der veränderten Lage anzupassen, und die deutsche Öffentlichkeit auf die Verschiedenheit der Interessen innerhalb der westlichen Allianz und ihre Folgen für Deutschland vorzubereiten. Die Deutschen hätten schon durch den Umstand aufmerksam werden müssen, daß der Westen bestrebt war, die Verhandlungen über Berlin bis nach den deutschen Bundestagswahlen zu verschieben. Was für einen anderen Grund konnte das haben, als daß der Westen sich zu Regelungen anschickte, die alle bisher vom deutschen Volk gehegten Hoffnungen enttäuschen und, vorzeitig bekanntgegeben, die Außenpolitik der Bundesrepublik zum eigentlichen Wahlthema machen würde. Dabei hätte es dazu kommen können, daß das deutsche Volk dem Westen aus den Händen glitt, bevor das autoritäre Regime Adenauers aufs neue fest im Sattel saß, dem der Westen zutraut, die Deutschen trotz aller Enttäuschungen bei der Stange zu halten. Die Absicht, erst wieder die Zügel fest in den Händen zu haben, ehe die Wirklichkeit offenbar wird, verschloß demnach den eingeweihten Politikern der Bundesrepublik den Mund. Sie blieben bei ihrer unbeweglichen Politik, die keine Alternative zuläßt, und die sich gegenwärtig die Möglichkeiten einer integralen Lösung des deutschen Problems versperrt.

Aber das, was man vermeiden wollte, vorzeitiges Bekanntwerden und Störung der Verhandlungsatmosphäre, ist geschehen. Von allen Seiten ruft man jetzt in der Bundesrepublik nach „Maßnahmen". Selbst Herr Hans Zehrer von der Hamburger „Welt" ist der Ansicht, es genüge nicht, „erschüttert" zu sein und appelliert an die Widerstandskraft. Aber kann eine Wohlstandsgesellschaft sie aufbringen? Ist „was geschehen muß", „die radikale Integration einer privaten und neutralen Gesellschaft" — mit Zehrers Worten — „in die politische Form nicht nur ihres eigenen Staates — sondern auch eine Integration in das gemeinsame Schicksal und die gemeinsame Geschichte des Volkes, der Nation, des Vaterlandes ..."? Was soll und kann man darunter verstehen? Ist es der Wille zur Einheit, den das Ausland dem Deutschen abspricht, wie noch jüngst der viel gelesene amerikanische Kommentator Drew Pearson, der den deutschen Willen zur Wiedervereinigung als „Mythos" bezeichnete? Oder ist es eine neue Art nationaler „Disziplinierung", eine neue Art Faschismus, der hier verlangt wird mit dem Ziel eines gewaltsamen „Anschlusses"? Was sind schon „Maßnahmen"? Was kann man sich im Sinne der aufgeputschten nationalen Er-

schütterung anderes darunter vorstellen als „Selbsthilfe", als Zwischenfall und Aufstand, wie es Robert Ingrim forderte?

Die Weltlage ist derart gefährlich, daß schon jeder Aufschub eines drohenden Krieges als ein Gewinn gebucht werden kann und die Chance vergrößert, daß es am Ende den Mächten durch Einsicht und Vernunft gelingen könnte, die Gefahr allmählich in den Hintergrund zu drängen. Die Vereinigten Staaten können und werden eine Lösung des Berlin-Problems, die solchen Aufschub verspricht, nicht ausschlagen, wenn damit kein offensichtlicher Prestigeverlust verbunden ist, auch wenn es sich nur um eine vorläufige Beilegung des Problems handelt oder gar nur um die Umwandlung einer akuten in eine allmähliche Preisgabe Westberlins. Der erwähnte Artikel der New York Times spricht das unverhohlen aus. Für die Bundesrepublik ist es zu spät, aus der Reihe der Westmächte zu tanzen, sie wird Disziplin zu halten haben und sich eigenmächtige Maßnahmen versagen müssen. Was Herr Hans Zehrer in seinem Artikel „Ist Bonn Weimar?" ausführt, sind Betrachtungen post festum, belanglose Redeübungen ohne konkrete Hinweise darauf, was nun geschehen solle und — k ö n n e. Nicht wahrgenommene Chancen kehren nicht wieder. Was als Vorbedingung einer Neuorientierung zur Zeit notwendig und möglich ist, das ist volle O f f e n h e i t, nicht nur der Partner einer notwendigerweise gemeinsamen Politik unter einander, sondern auch volle Offenheit der R e g i e r u n g ihrer eigenen Ö f f e n t l i c h k e i t gegenüber. Denn wenn es weiter so wie bisher getrieben wird, daß man den Massen das „Eigentliche" nicht zu sagen wagt, um sie nicht zu beunruhigen, so wird die Massenhysterie den Regierenden im ungeeigneten Augenblick über den Hals kommen, nämlich dann, wenn, wie im gegenwärtigen Augenblick, Ruhe und Besonnenheit am dringendsten notwendig sind.

Der Ausbruch eines großen Krieges wegen Berlin ist zur Zeit unwahrscheinlich. Zwar könnten Gewaltakte, ein Putsch in Ostberlin, ein Grenzzwischenfall an der Grenze zwischen DBR und DDR, ein politischer Mord zu Komplikationen führen. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich die Westmächte in ihrem festgelegten Kurse in der Berlinfrage dadurch würden abdrängen lassen. Die Presseberichte über den hier in USA als „überaus erfolgreich" bezeichneten Besuch des Vizepräsidenten Lyndon J o h n s o n in Berlin und Bonn lassen darüber kaum einen Zweifel, obwohl die Sprachregelung auf der Schlagzeilenseite der Zeitungen eine andere als die auf der inneren zweiten Seite ist. Hier ist unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sich die USA durch „Maßnahmen" der Bundesrepublik oder durch Aufstände in der DDR nicht zu einer Änderung ihrer Politik werden bestimmen lassen. Was wird man demzufolge von künftigen Verhandlungen erwarten dürfen? Überhaupt ein konkretes Resultat? Eine Verschärfung des Kalten Krieges? Das zweifelhafte Ergebnis einer Freien Stadt Westberlin?

Ein zeitlicher Aufschub für einen für unvermeidbar gehaltenen Krieg ist gewiß nicht das eigentliche Motiv der Vereinigten Staaten, den Forderungen der Sowjetunion nach Bereinigung der Berlin-Frage entgegenzukommen. Es geht, um es zu wiederholen, in Berlin nicht eigentlich um Berlin. Die Verhandlungen über B e r l i n sind, den Absichten des Präsidenten und seiner Ratgeber nach, vielmehr die Probe dafür, ob eine Verständigung zwischen West und Ost auf b r e i t e r Grundlage möglich und tragfähig sei. Daher werden die Verhandlungen nicht bei einer isolierten Regelung Westberlins stehenbleiben. Schon ein flüchtiger Blick auf das Berlin-Problem zeigt, daß hier kaum eine Regelung zu vermeiden wäre, die vom Westen größere Zugeständnisse forderte als die Gegenseite zu leisten in der Lage wäre, wenn sie ihre Hauptabsicht verwirklicht sehen will. Es liegt daher, richtig abgewogen, im Interesse des Westens, einschließlich der Bundesrepublik, dem Beispiel der Sowjetunion in ihrem Vorschlag eines u m f a s s e n d e n

Friedensvorschlages des Jahres 1958 zu folgen und Gegenvorschläge im Rahmen einer Generalbereinigung des gesamten deutschen Fragenkomplexes anzubieten. Auf solche Weise ließen sich wechselseitig Zugeständnisse in einem richtigen Verhältnis der Gleichwertigkeit wohl abwägen. Hier könnte auch das deutsche Volk seine politische Reife, Einsicht und Opferwilligkeit auf eine fruchtbarere Weise als in Protesten und Rufen nach „Maßnahmen" erweisen, wenn es sie besitzen sollte. Denn es gilt nicht einfach Rechte einzuklagen und Forderungen zu erheben. Es gilt, wenn das deutsche Volk wirklich entschlossen ist, sich mit dem Diktat der Teilung „auf dem Verordnungswege" niemals abzufinden, die Bedingungen für eine noch mögliche Art der Wiedervereinigung zu erkennen und anzuerkennen und die unvermeidlichen Opfer und Risiken dafür auf sich zu nehmen. Das wäre mehr als Blutopfer, wie sie Robert Ingrim fordert. Denn es verlangt ein schwereres Opfer, Selbstverleugnung, weil es hier leichter wäre, um der Sache willen zu sterben, als im Staub und Schweiß des Alltags und ständiger Enttäuschung für sie zu leben. Das wäre jedenfalls eine fruchtbarere „historische Wiedergutmachung" als sie dem Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß für das vorschwebt, was die Deutschen seiner Meinung nach in Europa angerichtet haben und was er als ihre Hauptschuld betrachtet. Ehe nun mit ein paar Anregungen zu einem deutschen Frieden diese Bemerkungen abgeschlossen werden sollen, ist es unerläßlich, sich über die politischen Ideen und Vorstellungen, die in den letzten Monaten in USA herangereift sind, zu unterrichten, und damit die wirkliche Lage zu erkennen, eine Erkenntnis, die für die künftigen Verhandlungen eine unentbehrliche Voraussetzung sein werden, sofern die Deutschen überhaupt noch einen eigenen Beitrag am Frieden zu leisten willens sind.

(2. Teil folgt)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough, London

Das Ende einer Illusionspolitik

Die Berlin-Krise hat so, wie sie sich in den letzten 3 Monaten entwickelt hat, endgültig den Bankerott der westdeutschen Außenpolitik enthüllt. Keiner zweifelt mehr, daß der Westen bereit ist, mit der Sowjetunion über eine Regelung der Berlin-Frage zu verhandeln; vielleicht sind die Verhandlungen schon im Gange, wenn dieser Aufsatz erscheint. Es ist ebenso klar, daß der Westen bereit ist, auf einer Linie zu verhandeln, die noch vor ein paar Wochen beide, Adenauer und Brandt, als undenkbar verworfen hätten. Dies ist die unausweichliche Tatsache, der sich jede kommende Regierung in der Bundesrepublik gegenübersehen wird, wer auch immer auf Grund der Wahlen vom 17. September an die Macht kommen sollte. Deshalb ist es höchste Zeit, die Möglichkeit einer gangbaren Außenpolitik für die neu entstandene Situation auszuarbeiten.

Was die Westdeutschen jetzt erleben, ist das endgültige Verschwinden von Illusionen, die 12 Jahre lang genährt wurden, das Erlöschen von Hoffnungen, die nur Fiktionen waren, und eine Gegenüberstellung mit Tatsachen, die vorsätzlich verschleiert worden sind. Natürlich muß das ein schmerzlicher Prozeß werden. Es könnte auch ein gefährlicher Prozeß werden, ließe man zu, daß er in ent-

täuschte Bitterkeit umschlüge und von einer militant nationalistischen Randströmung ausgeschlachtet würde. Es wird aber ein heilsamer Prozeß sein, wenn er Westdeutschland, das bisher in einem Wolken-Kuckucksheim gelebt hat, dazu bringt, sich auf die Welt-Wirklichkeiten der 60er Jahre einzustellen. Niemand erwartet eine plötzliche Kehrtwendung, einen unmittelbaren und totalen Bruch mit der Vergangenheit; wichtig ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur, sich einmal sine ira et studio zu überlegen, was die fundamentalen Notwendigkeiten und Interessen der Bundesrepublik sind. Es war der Fehler der westdeutschen Politik, daß sie mit einem Ballast von unerreichbaren, rückwärtsbezogenen Erwartungen beladen war, die eher Bürde als Vorteil waren. Was man jetzt braucht, ist eine vorwärtsschauende Außenpolitik, die sich gründet auf die positiven Errungenschaften der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik, auf die jedes Volk stolz sein könnte.

Der notwendige Wandel von einer rückwärtsschauenden zu einer vorwärtsschauenden Außenpolitik wird bedeuten, daß einige der stolzesten Träume der Adenauer-Periode über Bord geworfen werden müssen. Er wird die Anerkennung der Teilung Vorkriegs-Deutschlands, die Tatsache ist, in zwei souveräne Staaten bedeuten. Er wird die Annahme der bestehenden Grenzen mit Polen bedeuten. Er wird die Aufgabe des Prinzips bedeuten, auf dem Bonn bisher bestanden hat, die Bundesrepublik sei Deutschland, und die Grenzen Deutschlands seien die Grenzen von 1938; und er wird das Ende einer Außenpolitik bedeuten, die offen die Wiederherstellung der Grenzen von 1938, unter welcher Formel und mit welcher Doppelzüngigkeit auch immer, anstrebte. Wichtig ist, daß dieser radikale Bruch mit der Politik der vergangenen 12 Jahre nicht einfach als schmerzliche Notwendigkeit empfunden wird, die uns von der Gewalt der Umstände aufgezwungen wurde (mit der implizierten Einschränkung, daß er nur so lange dauern wird wie die Umstände), sondern daß man sieht, daß es ohne diesen Bruch mit der Vergangenheit keine Möglichkeit der Entwicklung einer Außenpolitik gibt, die der Stellung gerecht würde, die die Bundesrepublik wirklich in der Welt einnimmt.

Die schwerwiegendste Anschuldigung, die man gegen die Bonner Außenpolitik der letzten 10 Jahre erheben kann, ist, daß sie keine Außenpolitik der Bundesrepublik, sondern eine Außenpolitik eines Deutschlands war, das 1945 aufgehört hat zu existieren. Sie war weniger beschäftigt mit der legitimen Aufgabe, die Interessen der Bundesrepublik zu sichern und ihren Stand unter den Nationen der Welt zu verbessern, als damit, Ansprüche im Namen eines hypothetisch geeinten Deutschlands vorzubringen, die unter den heutigen Bedingungen nur als ein Produkt der Vorstellung alter Männer angesehen werden können, die sich selbst nicht von der Vergangenheit lösen können.

Niemand wird vorgeben, daß die Entscheidung, vor der das deutsche Volk jetzt steht, leicht ist. Inwieweit die offizielle Politik der Wiedervereinigung das Empfinden des Volkes reflektiert, kann keiner sagen. Von Deutschen aller Klassen, Berufe, Altersgruppen und politischen Färbungen kann man die verschiedensten Ansichten hören, und es ist sicherlich keine Frage, in der die zweifelhafte Technik der Meinungsumfrage zu einem sicheren Hinweis verhilft.

Sicher, es gibt eine weit verbreitete Ansicht, nach der die Menschen in der Bundesrepublik mit den Dingen, so wie sie sind, zufrieden sind, und daß, gäbe es nicht die ständige und von der Regierung stark unterstützte Propaganda, die Sache der Wiedervereinigung schnell aufhören würde, Aufmerksamkeit zu erregen. Trotzdem wäre es vielleicht dumm, zu bestreiten, daß die Mehrheit der Deutschen sich für die Wiedervereinigung aussprechen würde. Und es ist einiges wahr an der Antwort, die Ausländern oft gegeben wird, die die Deutschen ermah-

nen, doch ihre Politik auf der gegenwärtigen Wirklichkeit zu basieren: Daß das Streben der Deutschen nach Vereinigung eine der gegenwärtigen Realitäten sei, die die Politik in Rechnung zu stellen habe.

Dennoch ist die Teilung Deutschlands keine größere Ungerechtigkeit als die Teilung Irlands, die jetzt schon bald 40 Jahre andauert. Und obgleich man leicht erkennen kann, daß die meisten Deutschen eine Wiederherstellung der Grenzen von 1938 begrüßen würden, ist es nicht überheblich, zu beobachten, daß andere Völker — z. B. die Engländer — eine deutliche Abwertung ihrer internationalen Position seit 1938 erfahren haben, die sie auch gerne wiederhergestellt sähen. Da sie aber Realisten sind, wissen sie genau, daß eine Rückkehr zur Vergangenheit außer Frage steht. Wie es vertretbar ist, von Großbritannien zu verlangen, daß es seine Empire-Vergangenheit vergäße und sich der Welt der 60er Jahre anpasse, so ist es vertretbar, Westdeutschland zu bitten, seine Reichs-Vergangenheit zu vergessen und sich derselben Welt der 60er Jahre anzupassen. Auf jeden Fall ist es wichtig, daß die Deutschen einsehen, daß nicht einmal ein Teil der Öffentlichkeit außerhalb der Bundesrepublik bereit ist, über fromme Beteuerungen der Hoffnung in der Frage der Wiedervereinigung hinauszugehen. Nirgendwo ist man überzeugt, daß die Wiedervereinigung etwas unbedingt Gutes sei, nicht einmal für das deutsche Volk, und keine politische Richtung hält die deutschen Grenzen von 1938 für sakrosankt. Tatsächlich gibt es keinen sichereren Weg für die Bundesrepublik, die allgemeine Sympathie und Bewunderung, die ihr Erfolg im Aufbau eines lebensfähigen Staates aus dem Nachkriegs-Chaos gefunden hat, zu verspielen, als auf einer Politik zu bestehen, die, im Endergebnis, davon träumt, den amerikanisch-sowjetischen Konflikt auszubeuten, um die Ergebnisse des Krieges von 1939—45 ungeschehen zu machen.

Außerhalb der Bundesrepublik ist es anerkannt, daß es gar nicht in Frage kommen kann, 1961 auf die Position von 1938 zurückzugehen, ebenso wie 1815 eine Wiederherstellung des deutschen status quo von 1789 nicht in Frage kam. Geradeso wie Bismarck's Deutschland 1871 Österreich ausgeschlossen hat, das sicherlich ein deutsches Land war, so gibt es 1961 keinen Grund, warum Bundes-Deutschland nicht von der Deutschen Demokratischen Republik getrennt werden sollte, die sicherlich auch deutsches Land ist. Das heißt nicht, daß die Welt die Deutsche Demokratische Republik liebt, sondern einfach, daß sie sich weigert, die Notwendigkeiten von 1961 mit der Elle von Bismarck's Deutschland zu messen. Das Zweite Reich und die Weimarer Republik gehören der Vergangenheit an, genauso wie das Dritte Reich; und es ist eine der Grund-Illusionen westdeutscher Politik gewesen, zu glauben, daß man, indem man das letztere hinter sich läßt, das davor liegende irgendwie retten könne.

Es wäre sehr verkehrt für den Ausländer, vorzugeben, daß diese Illusion ausschließlich eine Schöpfung der Bundesrepublik sei. Es ist leider nur zu wahr, daß sie von den Westmächten gefördert wurde, von beiden, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, aber besonders den letzteren, für die „Wiedervereinigung unter westlichen Bedingungen" ein angenehmer Debattier-Gegenstand im Kalten Krieg und ein willkommenes Argument für Verhandlungen mit den Russen war. Nichtsdestoweniger ist die Verantwortlichkeit der Bundesregierung vor dem deutschen Volk groß, weil es ihre erste Pflicht war, sich von dem Lippenbekenntnis nicht täuschen zu lassen, das die Westmächte dem Prinzip der Wiedervereinigung zollten, und ihre Schranken klar zu erkennen. Es ist die Bedeutung der Berlin-Krise, daß sie mit aller notwendigen Klarheit zeigt, welches diese Schranken sind.

Mit der Drohung, einen Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, hat Chrustschow den westlichen Bluff deutlich gemacht. Nicht in dem Sinne,

wie viele Deutsche zu denken scheinen, daß die Westmächte nicht kämpfen werden, wenn ihre Rechte in Berlin angegriffen sind. An der Festigkeit ihrer Absicht, diese Rechte zu verteidigen, braucht man weder in Bonn noch in Moskau zu zweifeln. Aber die westlichen Zugangsrechte sind gegenwärtig nicht angegriffen, und man hat allen Grund, zu glauben, daß Chrustschow vernünftig genug sein wird, sie nicht anzugreifen.

Was zur Zeit ansteht, ist etwas ganz anderes: Nämlich, eine westliche Anerkennung der DDR in irgendeiner noch nicht spezifizierten Form. Und diese zu verhindern ist, ungleich einem Frontalangriff auf ihre Anwesenheit in Berlin, kein vitales Interesse der Westmächte. Niemand bezweifelt, daß es der Westen vorziehen würde, Herrn Ulbrichts Regierung nicht anzuerkennen, aber wenn es nötig ist, irgendeine Art der Anerkennung zu gewähren, um seine Rechte in Berlin zu sichern, wird man nicht anstehen, dies zu tun. Kurz, der Westen ist nicht bereit, einem Lippenbekenntnis zur Theorie der deutschen Einheit den Vorrang zu geben vor der Aufrechterhaltung seiner konkreten Rechte, und, das sollten die Deutschen bemerken, vor der wichtigen praktischen Aufgabe, die Position der Bewohner Westberlins zu schützen. Damit jedoch ist die ganze Politik der Wiedervereinigung als eines erreichbaren Zieles für die vorhersehbare Zukunft als hohler Schwindel entlarvt. In Wirklichkeit ist sie, wenn nicht schon immer, so doch seit vielen Jahren, ein hohler Schwindel gewesen.

Schon 1953 und wieder 1956 war es klar für alle, die Augen hatten zu sehen, daß die Adenauer-Dulles-Politik des „rolling-back" (hinter den Eisernen Vorhang) tot war, und daß es keine Möglichkeit gab, ohne nukleare Vernichtung jene Völker zu befreien, eingeschlossen die Bewohner der DDR, die das Ergebnis des letzten Krieges auf der sowjetischen Seite des Eisernen Vorhanges gelassen hat. Die Ostdeutschen und die Ungarn brauchten nicht lange, um diese Schlußfolgerung zu ziehen. Nur die Bundesrepublik hat ihre Augen vor den Tatsachen fest verschlossen.

Es gab vielleicht eine Zeit, wo Wiedervereinigung eine erreichbare Politik war. Vielleicht konnte man sie noch zu einer so späten Zeit wie der Gipfelkonferenz von 1955 bekommen, wenn die Bundesregierung wirklich darauf gedrängt hätte, sie als Angelegenheit zu behandeln, der Vorrang gebührt. Aber Bonn bevorzugte die notorische Politik der Stärke und der Verhandlung aus der Stärke heraus, was in Wirklichkeit bedeutete, jeden ernsthaften Versuch zur Wiedervereinigung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Bis 1955 gab es die Möglichkeit einer Wiedervereinigung für den Preis eines irgendwie gearteten Disengagement in Zentraleuropa und einer neutralen Zone, etwa ähnlich dem österreichischen Modell. Diese Möglichkeit wurde von Adenauer rundweg verworfen; und Adenauer verhinderte, in Zusammenarbeit mit dem Pentagon, erfolgreich jede Verminderung der Spannungen seitens des Westens. Ob Verhandlungen auf dieser Basis Erfolg gehabt hätten, kann niemand sagen, weil es nicht versucht worden ist. Klar ist, daß die Chance vertan wurde. War es bis 1955 möglich, daß die UdSSR einer Wiedervereinigung gegen Disengagement zugestimmt hätte, so ist es heute so sicher wie nur was, daß die Sowjetunion an diesem Gegenstand überhaupt nicht länger interessiert ist, und es ist gleichermaßen sicher, daß der Westen nichts tun kann, um ihn wieder hervorzubringen, selbst wenn er — was keineswegs sicher ist — dieses wünschte.

Eines der Hauptmerkmale der von der Regierung geförderten Agitation für Wiedervereinigung und Grenzrevision ist für den außenstehenden Beobachter, daß sie eine Beruhigung innerhalb Westdeutschlands verhindert hat. Alle ausländischen Beobachter, gut unterrichtete Amerikaner eingeschlossen, sind sich — ebenso wie viele Deutsche — sehr wohl im klaren über die unterschwellige poli-

tische Instabilität der Bundesrepublik, die den oberflächlichen Wohlstand Lügen straft, das gefährliche Vakuum, das entstehen wird, wenn Adenauer geht, die nationalistischen Unterströmungen, die heute noch schwach sind, bald aber über Nacht zu einer Flut anschwellen könnten; über die unglückliche Neigung der verschiedenen deutschen Parteien, sich um der nationalistischen Unterstützung willen gegenseitig auszustechen, und über das Spielen auf nationalistischen Motiven, um Stimmen zu sammeln. Wenn Westdeutsche Ausländern erzählen, wie sie es ständig tun, daß das, wonach sie vor allem suchten, Vertrauen sei, dann ist die Antwort, daß der Weg, Vertrauen zu gewinnen, leider über den Beweis politischer Reife führt. Und das erste Zeichen politischer Reife ist eine Außenpolitik, die von Illusionen frei ist und den realen Willen zeigt, sich den Bedingungen der 60er Jahre anzupassen. Wenn es deutlich ist, daß die Bundesrepublik aufgehört hat, sich nach der Vergangenheit zu sehnen, wenn es deutlich wird, daß sie gelernt hat, daß sich die Welt seit 1939 gründlich geändert hat und damit auch die Position Deutschlands, dann wird man sich über einen Mangel an Vertrauen nicht zu beschweren brauchen.

Das erste, was gelernt werden muß, ist, daß in der neuen Situation, die die Berlin-Krise zur Entscheidung gestellt hat, die Bundesrepublik n i c h t s z u v e r l i e r e n hat außer ihren Illusionen. Niemand bedroht ihren Lebensstandard. Die beeindruckende wirtschaftliche Erholung, auf die andere Nationen neidisch sind, wird nicht herausgefordert. Die großen Möglichkeiten, die sich für Westdeutschland im Gemeinsamen Markt eröffnen, werden nicht aufs Spiel gesetzt, und im Verhältnis zu den unterentwickelten Ländern der Welt bewahrt sie ihre machtvolle Position. Diese Dinge müssen betont werden, um nicht den Blick für die Proportionen zu verlieren. Niemand könnte sagen, daß durch Aufgabe ihrer östlichen Ambitionen — Ambitionen, die in der Geschichte immer zur Katastrophe geführt haben — deutsche Außenpolitik eines fruchtbaren Aktionsfeldes beraubt sei. Was durch die Berlin-Krise unterminiert worden ist, sind nicht die substantiellen wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Bundesrepublik wieder in eine führende Position in Westeuropa gebracht haben, oder die Schaffung eines lebensfähigen modernen Staates aus dem Nachkriegschaos, sondern es sind nur die Illusionen westdeutscher Außenpolitik.

Was immer im Falle Berlin geschehen mag, abgesehen vom nuklearen Krieg, der uns alle zerstören würde, so könnte kein vernünftiger Mensch behaupten, daß die Bundesrepublik, so wie sie heute existiert, auch nur irgendwie substantiell oder materiell leiden wird. Die Leidtragenden, falls es keine ausgehandelte Berlin-Regelung geben wird, sind die Einwohner von Westberlin (das kein Teil der Bundesrepublik ist) und die bereits leidenden Einwohner der DDR. Man könnte entgegnen, daß, weil diese Deutsche sind, die Bundesrepublik an ihrem Schicksal nicht desinteressiert sein könne. Darauf ist die Antwort, daß — unglücklicherweise — niemand glaubt, daß Bonn an den Einwohnern Westberlins und der DDR um ihrer selbst willen interessiert ist. Wenn dem nämlich so wäre, würde seine Politik diametral entgegengesetzt sein. Der Weg, den Druck zu reduzieren, unter dem die Menschen Westberlins und der DDR leben, ist, den s t a t u s q u o in Zentraleuropa anzuerkennen. Bonns Weigerung, dies zu tun, ist für die meisten neutralen Beobachter der klarste Beweis, daß westdeutsche Politiker, weit davon entfernt, das Wohl ihrer Bürger im Sinne zu haben, diese gefühllos gebrauchen als Pfänder in einem prinzipienlosen Spiel von Machtpolitik. Westdeutsche Politik, so scheint es, hält vorsätzlich die Spannungen in Zentraleuropa auf Fieberhitze, selbst wenn die Deutschen der DDR und Westberlins darunter leiden, weil jede Verminderung von Spannung und jegliche Konsolidierung des status quo ihren Plänen zuwider liefe, die Territorien wiederzuge-

winnen, die durch Hitlers kriminelle Torheit verloren wurden, und die Bundesrepublik, die in ihren jetzigen Grenzen niemanden bedroht, in ein neues g r o ß - d e u t s c h e s R e i c h zu verwandeln, das eine Bedrohung für die ganze Welt wäre. Kein Wunder, daß, bis es einen unfehlbaren Beweis gibt, — weit über Adenauers bloße Beteuerungen hinaus —, daß sie solche Ambitionen beiseitegelegt, die Bundesrepublik, den Z u t r a u e n s z u s c h u ß vermissen muß, um den sie bittet.

Für den Westen ist die Unfähigkeit Bonns, seine Politik auf der realistischen Basis der Nachkriegswirklichkeit zu begründen, eine schwerwiegende Belastung, auf jeden Fall der gemeinsamen Sache so nachteilig wie die Versuche Großbritanniens und Frankreichs im Jahre 1956, im Mittleren Osten die Uhr zurückzudrehen. Die Westdeutschen müssen erkennen, daß die Dulles-Aera, die der Adenauer-Politik eine gewisse Plausibilität verliehen hat, vorbei ist. So ist es auch die weiche Präsidentschaft E i s e n h o w e r s , der immer durch einen von Adenauers Flugbesuchen in Washington zur Ordnung gebracht werden konnte. Das heißt nicht, daß die Atlantische Allianz geschwächt sei, oder daß irgendein legitimes Interesse der Bundesrepublik geopfert worden sei. Was es aber heißt, ist, daß eine neue und weitaus kühlere Abschätzung der westlichen Interessen erfolgt, und eine klare Verbannung aller Sentiments, der heroischen und moralischen Posituren. Denn es gibt keinen Zweifel, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich für ihre vitalen Interessen kämpfen werden, die beides einschließen: Freien Zugang zu Westberlin und die Verteidigung der Bundesrepublik. Aber es wird gleichermaßen gewiß aus jeder Erklärung, die Präsident Kennedy in den letzten 8 Wochen abgegeben hat, daß der Westen nicht etwa wegen der Anerkennung oder Nichtanerkennung der DDR kämpfen wird.

Es war höchste Zeit, daß die deutsche Politik von diesen Tatsachen Kenntnis nahm, so schlecht sie Bonn auch immer geschmeckt haben mögen. Eine gesunde und realistische westdeutsche Politik basiert auf den Interessen, die die Bundesrepublik mit den anderen Mitgliedern der Atlantischen Allianz gemein hat; sie wird nicht danach trachten, über die Schranken gemeinsamer Aktion hinauszugehen. Vor allem wird sie das Prinzip der Atlantischen Allianz respektieren, daß sie ein V e r t e i d i g u n g s b ü n d n i s ist, das sich die Aufgabe gestellt hat, einer Aggression gegen jeden der Mitgliedstaaten zu widerstehen, und nicht die Aufgabe, den s t a t u s q u o zu verändern oder sich in Abenteuern zugunsten eines ihrer Mitglieder zu engagieren. Jegliche Versuche, die defensive Allianz in eine o f f e n s i v e umzuwandeln, durch das Verkünden von Zielen wie der Vernichtung der DDR oder der Revision der Oder-Neiße-Grenze, müssen die NATO schwächen. Und man sollte sich merken, daß kein Land durch eine Schwächung des Atlantischen Bündnisses mehr zu verlieren hat als die Bundesrepublik.

Das Resultat des Krieges, wie man es in der Welt sieht, war ein weiterer Schritt in der Aufsplitterung Deutschlands wie sie seit dem Mittelalter ständig vor sich geht — eine Fortsetzung des Prozesses, der zum Verlust von Holland, der deutschen Schweiz, Elsaß-Lothringen und Österreich geführt hat, der vorübergehend von Bismarck aufgehalten wurde, durch die Fehler seiner Nachfolger wieder fortschritt, und der nun zu den deutschen Nachfolgestaaten einen weiteren hinzugefügt hat: die Deutsche Demokratische Republik. Dies sind die Tatsachen, die umzustoßen niemand die Absicht hat, am allerwenigstens unter der trügerischen Parole der S e l b s t b e s t i m m u n g , die H i t l e r benutzte, um Österreich, die Tschechoslowakei und Polen zu zerstören.

Die Bundesrepublik ist innerhalb ihrer bestehenden Grenzen ein starker und lebensfähiger Staat, der so floriert, daß er seine Industrien nur durch Groß-Ein-

fuhr von Arbeitskraft am Laufen halten kann; und die Welt kann den unersättlichen Appetit auf mehr nicht verstehen und wird sicher kein Mitgefühl mit ihm haben. Niemand glaubt, daß die Bewohner Westdeutschlands materiell unter dem status quo leiden; und obgleich es vollkommen wahr ist, daß es geringere Unannehmlichkeiten gibt, als das Auseinanderreißen von persönlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen, die so viele Jahre überdauert haben, so werden diese doch als eine Konsequenz westdeutscher Intransigenz angesehen, die die Regierung der DDR zu einer defensiven Reaktion gezwungen hat. Zu ihnen wäre es nicht gekommen, wäre Bonn entgegenkommender gewesen; und wenn irgendein Einuß in solchen Angelegenheiten auf Bonn ausgeübt wird — was unwahrscheinlich scheint — dann ist es vielleicht jetzt noch nicht zu spät für die DDR, den Pflock zurückzustecken, wenn sie dafür angemessene Zusicherungen von Bonn erhält.

Es gibt drei Vorbedingungen für die deutsche Außenpolitik von heute. Die erste ist die Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik, wie die Deutsche Demokratische Republik, ein neuer Staat ist, der in der Nachkriegsperiode auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Staates entstanden ist, der aber weder Nachfolger des Dritten Reiches noch der Weimarer Republik ist. Die zweite ist die Zurückweisung aller teritorialen Ansprüche, die die Unversehrtheit irgendeines anderen Staates bedrohen, insbesondere der Deutschen Demokratischen Republik und Polens. Die dritte ist die loyale Zugehörigkeit zur westlichen Allianz, die die Garantie der territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik bietet. Damit ist eine Zugehörigkeit gemeint, die wirklich den defensiven Charakter der Allianz respektiert, anstatt nach ihrer Umkehrung in ein Instrument für eine aggressive Politik der deutschen Wiedervereinigung zu trachten wie Adenauer es getan hat.

Nur grundsätzliche Veränderungen in diesem Rahmen können Europa und der Welt die notwendigen Rückversicherungen dafür bieten, daß das westliche Deutschland die Absicht aufgegeben hat, den Frieden zu zerstören und den status quo ein drittes Mal in einem halben Jahrhundert durcheinanderzubringen. Aber für die Deutschen selbst ist es wichtiger zu verstehen, daß nur durch ein Fallenlassen der aggressiven Absichten, die hinter Adenauers Politik versteckt liegen, die großen Errungenschaften der letzten 12 Jahre in der Bundesrepublik stabilisiert und dauerhaft gemacht werden können.

Die Lektion von zwei Katastrophen sollte genügen.

(Deutsche Übersetzung von Gerd Lauschke)

Stephen Swingler, M.P.

Gedanken zu Wahlen

Es gibt einiges an den deutschen Wahlen von 1961, das dem englischen Beobachter vertraut ist. Es passiert schon mal, daß wir uns in England zu dieser Zeit gerade in einer „schlechten" Periode mitten zwischen zwei Wahlen befinden, wenn alles schief zu gehen scheint und die Regierung Gründe findet, all jene unpopulären Maßnahmen einzuführen, die zur Wahlzeit niemals von klugen Politikern erwähnt werden.

Obgleich behauptet wird, daß heutzutage das politische Gedächtnis kürzer würde, gibt es Beobachter, die sich an das Jahr 1959 erinnern können, da im Oktober britische Bürger zur Wahl gegangen sind, um ihre nächste Regierung zu wählen. Die Meinungsforscher, die vorankommen wollen und deren kindliche Wissenschaft von den Politikern immer sorgfältiger studiert wird, haben für uns bis in das kleinste Detail analysiert, was damals stattgefunden hat.

Natürlich ist das britische Rezept wahrscheinlich in einer Anzahl von Einzelheiten anders als sonstwo. Zuerst ist es wichtig für den erfolgreichen politischen Führer, als ein „Mann des Friedens" zu erscheinen, der sich eine günstige Zeit aussucht, um die Initiative für die Welt zu ergreifen. Das ist immer dann notwendig, wenn Wahlen bevorstehen. So entschloß sich Eden, im Frühjahr 1955 zur Gipfelkonferenz zu gehen, und Macmillan war es, der im Januar 1959 nach Moskau ging. Zwischen diesen Daten — viele Leute haben es vergessen — hatten wir den Suez-Krieg ... Zweitens ist es erstrebenswert, die finanziellen Kontrollen und Eingriffe zu lockern und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu steigern. Das hat die Wirkung, daß das vorübergehende „Arbeitslosen"-Problem gelöst wird, außer vielleicht in einigen Gebieten, und daß soweit wie möglich jeder einen guten Urlaub verlebt hat, bevor er seine Stimme abgibt. Die steigende Kurve von Produktion und Export gerade vor den Wahlen muß als Teil eines ständigen Trends dargestellt werden, der auf den weitsichtigen Maßnahmen beruht, die die Regierung vorher unternommen hat. Jeder, der die Aufmerksamkeit auf die Beschneidungen der Wirtschaft lenkt, die auf die letzten Wahlen folgten, ist offensichtlich unpatriotisch oder für strenge Sparmaßnahmen. Die kleinen Erhöhungen in der Altersversorgung und im Erziehungswesen werden hingestellt als simple Vorläufer vieler besserer und größerer Dinge, die noch kommen werden. Die Euphorie einer milden Inflation und das schlüpfrige Schlagwort „Dir ging es niemals so gut" reißen die raten-zahlenden und noch unentschiedenen Wähler aus ihrer Lethargie.

Der nächste Teil des Rezepts ist, zu zeigen, daß die Opponenten, die man hat, öde und gespalten sind, daß ihnen die Kopetenz zum Regieren fehlt, daß sie Opfer extremer und, schlimmer noch, „fremder" Doktrinen, unzuverlässige Antikommunisten und Baumeister einer grauen Zukunft sind. Was auch immer ihr Programm ist, das sie vortragen, es ist gleichermaßen zu teuer und zu schlecht und bedingt vor allem die Errichtung einer Riesen-Bürokratie, die gleichbedeutend ist mit Sozialismus und Planung. Aus ihrer Klasse oder anderen Formen der Eifersucht heraus wollen sie all die gute Arbeit zerstören, die von einer wohlwollenden und väterlichen konservativen Verwaltung so geduldig aufgebaut worden ist.

So gingen grundsätzliche Dinge in den britischen Wahlen von 1959 unter den „Persönlichkeiten" unter (Macmillan contra Gaitskell als Premierminister). Und es herrschten Argumente und Schlagworte über die Wirtschaft der sogenannten „affluent society", d. h. welche Partei das Pfund Sterling am wenigsten entwerten und die Renten am meisten erhöhen werde. Die Konservativen waren in der Lage, viele Wähler zu überzeugen, daß die Labour Party, wenn gewählt, genau die gleichen Dinge wieder tun würde, zu denen die allgemeine Knappheit in den ersten Nachkriegsjahren die damalige Labour-Regierung gezwungen hatte, als da sind: Die Ausübung straffer Kontrollen, die Einführung schwerer Steuern, steil ansteigende Preise etc. Und die Labour-Führer waren nicht in der Lage, die Wege konservativer Politik wirksam zu attackieren, weil sie ihr eigenes Programm des öffentlichen Eigentums und der Verteilung des Wohlstandes verwässert hatten und gespalten waren in der Frage der Höhe des Rüstungsbudgets.

In ihrem Buch „The British General Election of 1959" geben die politischen Wissenschaftler Dr. D. E. Butler und Richard Rose aus Oxford eine Beschreibung der Position der Labour Party in jenem Jahr, die dem britischen Beobachter ziemlich genau auf die SPD in Deutschland von heute zuzutreffen scheint:

„Wie in allen neueren Wahlen hat die Partei jeglichen Anspruch, als sozialistische Partei für eine radikal verschiedene Form der Gesellschaft einzustehen, unterdrückt (played down); sie diskutierte die Dinge mehr in der Art der Mittel als in ihrem Wesen. Sie bat die Wähler, zu sagen, daß sie den gemischt-wirtschaftlichen Wohlfahrtsstaat besser verwalten könne als die Konservativen. Die Wahlkampfführung hatte entdeckt, daß die Öffentlichkeit eher beeinflußt werden könnte durch Angriffe auf die steuerabzugsfähigen Beträge als durch eine Kritik an der Produktion für privaten Profit; daß sie eher auf Pläne der Slum-Beseitigung anspreche als auf die Vergemeindung des Wohnungsbaues; daß sie eher geneigt sei, einem Bericht über das Durcheinander in der Verteidigungspolitik zuzuhören als einer Untersuchung der machtpolitischen Voraussetzungen, auf der das britische Vertrauen zu NATO oder die atomare Abschreckung beruht."

Auch wenn man offensichtliche Verschiedenheiten der deutschen Geschichte, des Temperamentes und der Umgebung in Rechnung stellt, scheint dem abseits stehenden Beobachter doch manches am deutschen Wahlkampf von 1961 die gleichen Merkmale wie der britische Wahlkampf von 1959 zu tragen. Grundsätzliche Dinge sind schwer zu entdecken. Es scheint keine Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu sein. Wir hören verhältnismäßig wenig über die Herausforderung an „big business" und das Wachstum der Konzerne und Monopole. Persönlichkeiten werden groß sichtbar, viele irrelevante und manchmal „Schmier"-Anschuldigungen aus der Vergangenheit eingeschlossen. Es gibt viel Wetteifer darum, wer der beste Anti-Kommunist ist und wer die größten sozialen Wohltaten gewähren wird.

Diejenigen, die die Macht haben, sind üblicherweise in einem gewissen Vorsprung durch diese Macht, weil sie die Atmosphäre für die Wahlen schaffen können durch die Politik, die sie verfolgen; es sei denn, sie würden im Grundsätzlichen herausgefordert. Nur durch die Untersuchung der Voraussetzungen ihrer Politik und besonders der Dinge, die mitten zwischen den Wahlen passieren, kann man dem Volk die Notwendigkeit eines Regierungswechsels demonstrieren.

Was ich an den deutschen Wahlen enttäuschend finde, ist die ihnen zugrundeliegende Akzeptierung so gängiger Annahmen wie, daß Europa in Militär-Blöcke getrennt sein müsse, daß diese Blöcke immer weiter rüsten und nochmals rüsten müßten, daß die Antwort an Chrustschow sei, etwas wie „festbleiben!" herauszubrüllen und kaum verhüllte Drohungen über Gebietsansprüche auszustoßen und daß die Philosophie des „Schnell-reich-werdens" die freie Welt retten werde.

Vor allem steht die deutsche Nation, meiner Ansicht nach, unter der Drohung der Atom-Bombe. Wie diese Bedrohung zu beseitigen ist, sollte die Hauptbeschäftigung der deutschen politischen Führer sein. Vor allem brauchen die Deutschen einen Rückgang der europäischen Spannungen, einen stufenweisen Abzug der ausländischen Truppen auf allen Seiten, eine Aufweichung der Grenzen und einen wechselnden Austausch zwischen Ost und West. Wie man das zuwege bringen kann, sollte die Kernfrage der politischen Diskussion sein. Deutschland kann viel beitragen zur industriellen Fertigkeit und wirtschaftlichen Stärke des gemeinsamen Marktes der Welt, mit einer Politik, die entworfen ist, den Lebensstandard allüberall zum gegenseitigen Nutzen aller Länder zu heben,

insbesondere der ärmsten unter ihnen. Hingegen sind wir jetzt in West-Europa verstrickt in Teilungen und Spannungen über die Entwicklung eines konzernbeherrschten Gemeinsamen Marktes, der in erster Linie entworfen ist zur Organisation kapitalistischer Konkurrenz unter den fortgeschritteneren Ländern. Zu Wahlzeiten mögen die Politiker „blaue Himmel über der Ruhr" versprechen, aber zwischen den Wahlen stolpern sie von Krise zu Krise in der Verfolgung von Macht, Prestige und Profit für die Geschäfts-Oligarchen, sozialen Eliten und Militär-Hierarchien.

Verfehlt man, die kapitalistische Ordnung mit ihrer ungleichen Verteilung von Wohlstand und Macht herauszufordern, und weigert man sich, gegen die Einrichtungen des Militarismus zu streiten, der die Zivilisation selbst in Stücke zu zerreißen droht, dann spielt man in die Hände der augenblicklichen Herrscher, die zweifellos selbst am besten wissen, wie sie ihr System zu verwalten haben. Das Dumme ist, daß ihr System ständig Möglichkeiten für imperialistische Tendenzen bietet, die in der Vergangenheit immer in Krieg und Elend gemündet haben. S o l a n g e D e m o k r a t i e d i e T r u s t s , K o n z e r n e u n d W a f f e n h ä n d l e r n i c h t u n t e r K o n t r o l l e b r i n g t , w i r d s i e i h r V e r s p r e c h e n e i n e s w a h r e n W o h l s t a n d e s f ü r d a s V o l k n i c h t e r f ü l l e n.

Die Konsequenzen der deutschen Wiederaufrüstung werden in der Tat tödlich gewesen sein, wenn man die deutschen Wähler überzeugt, daß sie ihre Zuversicht eher in sogenannte militärische Lösungen oder kurzlebige wirtschaftliche Errungenschaften setzen als in die sozialen und moralischen Werte, deren es bedarf, um eine wirklich demokratische Gesellschaft zu schaffen. Eine weitere Chance, der Welt zu zeigen, daß politische Demokratie bessere Antworten zu den Problemen der Welt geben kann als kommunistische Diktatur, wäre kläglich verpaßt worden.

H a n s W. G o l d s c h m i d t

Berlin und die alliierten Vereinbarungen über Deutschland

Eine Dokumentation

Indiens Ministerpräsident N e h r u hat kürzlich vor dem außenpolitischen Parlamentsausschuß in Neu Delhi die „Legalen Rechte" des Westens in Berlin „unklar" genannt, mit der Begründung, seit ihrer Konzipierung im Jahre 1944 habe sich „eine ganze Reihe von Veränderungen" ergeben. Auch sei in den westlichen Zugangsrechten nach Berlin eine „Schwächung" eingetreten, als die Viermächteverwaltung nach der Blockade ihre Arbeit einstellte und die Westsektoren unter „NATO-Verantwortlichkeit" gerieten.

Namhafte amerikanische und englische Blätter haben ähnliche warnende Äußerungen in den vergangenen Wochen wiedergegeben und durch diplomatische Mitarbeiter die komplizierte Rechtslage Berlins im Zusammenhang mit der westlichen Politik der letzten Jahre untersuchen lassen. Daß ein solcher Zusammenhang besteht und für die Beurteilung kommender politischer Lösungen von Bedeutung ist, wird heute kaum mehr verschwiegen.

Ist Westberlin ein Bundesland?

Vor einigen Jahren entzündete sich in der Öffentlichkeit eine Diskussion an der auf den ersten Blick vielleicht belanglosen Frage, ob den Berliner Abgeordneten in der Bundesversammlung volles Stimmrecht zustehe. Die Versammlung war im Juli 1959 zur Wahl des neuen Bundespräsidenten (übrigens in der Westberliner Ostpreußenhalle) zusammengetreten, und Präsident Gerstenmaier hatte entschieden, auch die anwesenden Westberliner Parlamentarier seien zur vollen Stimmabgabe berechtigt. Das Grundgesetz gelte — so argumentierte Gerstenmaier — in allen drei Westsektoren, und diese gehörten als „Land Berlin" der Bundesrepublik an.

Obwohl Bundesinnenminister Dr. Schröder damals zu den Kritikern seines Parteifreundes zählte (da sich „aus der vollständigen Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik unerwünschte internationale Rückwirkungen ergeben könnten"), hat sich das Kabinett oft genug zu der gleichen These bekannt. Demonstrativ erklärte Vizekanzler und Wirtschaftsminister Erhard vor einem Jahr bei einem Besuch in Berlin: „Ob Herr Ulbricht will oder nicht, ich befinde mich hier auf dem Boden der Bundesrepublik" [1]). Im „Tagesspiegel" vom 29. 8. 1957 kommentierte Willy Brandt, damals noch Präsident des Abgeordnetenhauses, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter der Überschrift „Berlin ist schon Bundesland". Gleichzeitig ließ Brandt allen Abgeordneten des dritten Bundestages eine „Dokumentation zur Hauptstadtfrage" (Von Bonn nach Berlin, Arani-Verlag, Berlin 1957), überreichen, in der er dafür eintrat, noch mehr Bundesorgane nach Westberlin zu verlegen und die Regierungsgeschäfte von dort aus zu führen.

Die Entstehung des Vier-Mächte-Status

Wir besitzen heute genügend Zeugnisse, um die Kriegszielpolitik der Alliierten und deren Beweggründe zu belegen. Erste Pläne zur Einteilung Deutschlands in Zonen „zum Zwecke der Besetzung" und „im Hinblick auf die Ausführung der bedingungslosen Kapitulation", wie es in einem späteren Abkommen hieß, lagen der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) [2]) schon im Frühjahr 1944 vor. Dabei unterstellten die Siegermächte, daß der künftige Vier-Mächte-Kontrollrat, dem die Erhaltung der deutschen Einheit während der zeitweiligen Besetzung aufgetragen war, seinen Sitz in der Reichshauptstadt nehmen würde. So beschlossen sie, die Stadt Berlin, die dem Territorium der vorgesehenen sowjetischen Besatzungszone zugehörte, in gemeinsame Verwaltung zu nehmen.

Am 12. September 1944 verabschiedete die in London tagende EAC ein „Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von ‚Groß-Berlin'" [3]).

Artikel 1 dieses Organisations-Statuts für die Besetzung gliederte das Nachkriegsdeutschland in vier Zonen (zones) und ein besonderes Berliner Gebiet (special Berlin aera). Artikel 2 bestimmte den territorialen Besitzstand und die Besatzungsmächte der einzelnen Zonen. Die Ostzone — sie ist wegen der Belegen-

---

[1]) „Der Spiegel", Nr. 39 vom 21. 9. 1960, S. 24.

[2]) Die European Advisory Commission nahm auf Beschluß der „Großen Drei" am 14. Januar 1944 ihre Arbeit auf. Ein französischer Diplomat trat am 18. Oktober 1944 hinzu. Die EAC sollte den Regierungen „Empfehlungen" für alle mit der Fortentwicklung des Krieges auftauchende Fragen unterbreiten.

[3]) Text in „Die Konferenzen von Jalta und Malta", Düsseldorf o. J. S. 111 ff. — Das Abkommen erhielt am 26. Juli 1945 mit dem Beitritt Frankreichs seine endgültige Fassung.

heit Berlins hier besonders interessant — umfaßte danach das Territorium Deutschlands östlich einer Linie von der Lübecker Bucht bis zur Grenze der Tschechoslowakei von 1937. Dieses Gebiet „wird von den bewaffneten Streitkräften der UdSSR besetzt, mit Ausnahme des Berliner Gebietes, für das ein besonderes Abkommen vorgesehen ist." Die letzte Formulierung ist insofern von Bedeutung, als sie Berlin nicht aus dem Territorialbereich der sowjetischen Zone ausklammerte. Die Einschränkung „mit Ausnahme des Berliner Gebietes" ist auf den Gebietsstand ohne Einfluß und bezieht sich lediglich auf das „besondere Besetzungssystem".

Berlin ist auch eine „fünfte Besatzungszone" nie gewesen. Wir finden z. B. in dem im Anhang abgedruckten „Londoner Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland" (Dokument I) und anderen Texten (Dokument II) [4]), deutliche Unterschiede zwischen der „Obersten Gewalt" (supreme authority) der Befehlshaber in ihren Zonen und der „gemeinsamen Verwaltung" (jointly administration) bezüglich Berlins. Die inter-alliierte Kommandantur, deren Beschlüsse für alle Sektoren rechtsverbindlich sein sollten, unterstand direkt dem Kontrollrat.

Die „Anfangsphase" der Besetzung Deutschlands

Die Alliierten setzten in den damaligen Vereinbarungen ihrer militärischen Präsenz in Deutschland zwar keine verbindliche Zeitgrenze, aber Zoneneinteilung und die damit verbundene Viermächtekontrolle Berlins sollten auch nicht von unbegrenzter Dauer sein. Schon das erwähnte Londoner Kontrollabkommen vom 14. November 1944 beschränkte die Tätigkeit der eingesetzten Organe (Kontrollrat und Kommandantur) auf die „Anfangsphase der Besetzung Deutschlands ..., die unmittelbar auf die Kapitulation folgt, d. h. die Periode, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation erfüllen wird" [5]). Hier läßt sich übrigens deutlich ablesen, wie eng Besatzungsrechte mit der Erfüllung „grundlegender Forderungen" verbunden waren.

Der Status der Berliner Westsektoren

Während wir bisher die völkerrechtliche Basis der gemeinsamen Besetzung Berlins skizzierten, stellt sich nun die Frage, in welcher Beziehung die Westsektoren zu den Zonen ihrer jeweiligen Besatzungsmacht standen.

In ganz Berlin hatte der Chef der sowjetischen Garnison durch Befehl Nr. 1 vom 28. April 1945 die „gesamte politische und administrative Macht" übernommen. Die Westmächte rückten in ihre Sektoren erst in der Zeit vom 1. bis 4. Juli ein,

---

[4]) So auch in der „Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland" vom 5. Juni 1945. (Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats für Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 10.)

[5]) Die „grundlegenden Forderungen" an Deutschland, zu deren Durchsetzung die Besatzungsmächte sich auf der Konferenz von Potsdam verpflichteten, waren: Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung; Bestrafung der Kriegsverbrecher; Entfernung aller „nazistischen und militaristischen Lehren" aus dem Erziehungswesen; Vernichtung der „bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt besonders durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen"; Verbot jeder Rüstungsindustrie. (Text bei Kraus-Heinze, „Völkerrechtliche Urkunden zur europäischen Friedensordnung seit 1945", Bonn 1953 Dok. Nr. 8. Ein Bericht über die Konferenz von Jalta ebenda Dok. 1.) Frankreich, das in Potsdam nicht vertreten war, stimmte den getroffenen Vereinbarungen in den wichtigsten Punkten zu. Vergleiche Europa-Archiv, IX. Jahrgang, S. 6743 ff.

und am 11. Juli konnte die Interalliierte Kommandantur die „Kontrolle über die Verwaltung der Stadt" antreten[6]).

Die Britische Militärregierung erließ am 14. Juli 1945 eine Ordinance (Dokument III), in der sie als den Geltungsbereich ihrer Gesetze nur das britische Kontrollgebiet (british zone of control) bestimmt und hinzufügt: „Der Britische Teil-Abschnitt in Berlin (british sector of Berlin) ist nicht mit einbegriffen." Entsprechend dem Potsdamer Abkommen (!) werde daher — so erläuterte der britische Verbindungsstab beim Zonenbeirat in Hamburg diese Rechtsverordnung — die „Oberste Regierungsgewalt in Deutschland" durch den militärischen Befehlshaber nur „in der ihnen zustehenden Besatzungszone" (also nicht in den Berliner Sektoren) ausgeübt[7]).

In einem Vortrag vor der Grotius-Societe, dessen Niederschrift deutsche und ausländische Zeitschriften seinerzeit nachdruckten[8]), untersuchte der Londoner Anwalt und Rechtswissenschaftler Dr. F. A. Mann die Kompetenzen des Kontrollrats und der Kommandatura und kam bezüglich Berlins zu dem Urteil: „Da die Kommandatura keine eigene Gesetzgebungsgewalt hat, die britische (ebenso die amerikanische und französische) Zonengesetzgebung in Berlin nicht anwendbar und Berlin Teil der Sowjetzone ist, ist wohl die Gesetzgebung der Sowjetzone in Berlin anwendbar; in der Praxis wird diese Gesetzgebung aber ohne die Zustimmung der Besatzungsmächte der Sektoren nicht durchgeführt werden können."

Die vollzogene Spaltung

Die sich überstürzenden Ereignisse der Jahre 1946 bis 1949 auch nur in groben Umrissen nachzuzeichnen, hieße eine Geschichte der Spaltung Deutschlands zu schreiben. Als das wohl wichtigste Datum der deutschen Nachkriegsgeschichte müssen wir heute den 20. Juni 1948 ansehen. Auf diesen Tag fällt die Währungsreform in den drei Westzonen. Obwohl der britische Militärgouverneur, General Robertson, noch am 18. Juni 1948 dem sowjetischen Marschall Sokolowski versicherte, „der britische Sektor wird von dieser Entscheidung unberührt bleiben", kam die D-Mark schon wenige Tage später auch nach Berlin. Noch einmal sah es so aus, als könne die nun drohende Spaltung der Sektorenstadt überwunden werden. Nach mehrtägigen Verhandlungen in Moskau einigten sich die drei Westmächte mit der Sowjetunion auf einen gemeinsamen Auftrag an ihre Oberbefehlshaber in Deutschland, die „folgenden Schritte gleichzeitig" zu unternehmen:

> „(A) Die kürzlich auferlegten Beschränkungen des Verkehrs, des Transportwesens und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen und von und nach der Sowjetzone sollen aufgehoben werden.
>
> (B) Die Deutsche Mark der Sowjetzone soll als einziges Zahlungsmittel für Berlin eingeführt und die mit ‚B' gekennzeichnete Westmark in Berlin aus dem Verkehr gezogen werden"[9]).

Aber das Westgeld blieb einziges Zahlungsmittel in den drei Sektoren, und bald darauf amtierten zwei verschiedene Stadtverwaltungen in Berlin.

---

[6]) Auf ihrer 1. Sitzung bestätigten die drei westlichen Kommandanten alle vorher erlassenen Anordnungen und Befehle des sowjetischen Kollegen. (Verordnungsblatt der Stadt Berlin, 1. Jahrg. 1945, S. 45.)

[7]) Erklärung über die völkerrechtliche Lage Deutschlands vom 16. 9. 1946 in „Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht", Hamburg 1948, S. 188 f.

[8]) „Deutschlands heutiger Status", in „Süddeutsche Juristenzeitung", 1947, Sp. 465 ff. Englischer Originaltext in „Jahrbuch ..." a. a. O. S. 27 ff.

[9]) „Berlin. Das britische Weißbuch zur Krise", Hamburg 1949, S. 33.

In den Westzonen waren zu diesem Zeitpunkt Vorbereitungen für die Umwandlung der Bi- und Tri-Zonen-Organe in einen „Bund deutscher Länder" in vollem Gange, und Anfang 1949 lag das Grundgesetz vor. Auf der fast einen Monat dauernden Pariser Konferenz der vier Außenminister im Mai/Juni 1949 kam es zu einem letzten Versuch, die staatliche Trennung Deutschlands aufzuhalten. Ein vom sowjetischen Außenminister Wyschinski am 24. Mai vorgebrachter Antrag, die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und der Kommandatura Berlins wieder aufzunehmen, verfiel der Ablehnung. Unter Berufung auf das von ihnen am 12. Mai genehmigte, aber noch nicht in Kraft getretene Grundgesetz forderten die westlichen Minister statt dessen den „Beitritt der in der Ostzone liegenden Staaten" zur Bundesrepublik und die Anwendung des von ihnen vorbereiteten Besatzungsstatuts auf alle vier Zonen. Das Abschlußkommunique der Außenminister vom 20. Juni 1949 enthielt trotz der nicht beigelegten Meinungsverschiedenheiten eine Art „Stillhalteabkommen". Die Minister vereinbarten, „ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, auf Viermächtegrundlage in Berlin miteinander zu beraten" und während der vierten Session der UN-Vollversammlung im Herbst gleichen Jahres den Termin für eine neue Deutschlandkonferenz festzulegen. Aber was geschah? Die Sitzung der Vollversammlung begann am 20. September. Zur gleichen Stunde leistete in Bonn die erste Bundesregierung ihren Amtseid, und einen Tag später setzten die Westmächte ihr Besatzungsstatut in Kraft. Die staatliche Spaltung war perfekt, und wenig später waren mit der Ausrufung der DDR (am 7. Oktober 1949) auf dem Territorium Deutschlands zwei Staaten entstanden.

Grundgesetz und Berliner Verfassung

Uns interessiert hier nun besonders, ob und inwieweit der Zusammenschluß der Länder und das in Kraft getretene Grundgesetz die rechtliche Lage der Berliner Westsektoren beeinflußte oder gar veränderte. Diese Frage läßt sich nach den vorliegenden Unterlagen und der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes eindeutig beantworten.

Das Grundgesetz geht zurück auf den sogenannten Herrenchiemsee-Entwurf, den ein von den elf (!) westdeutschen Regierungschefs eingesetzter Verfassungsausschuß schon im August 1948 in Klausur auf der Insel fertiggestellt hatte. Der Entwurf sah keine Beteiligung Westberlins an der geplanten Bundesrepublik vor. Erst der Parlamentarische Rat dehnte Artikel 22 (im endgültigen Text dann Artikel 23) des ihm vorliegenden Grundgesetzes am 9. Februar 1949 auf „Groß-Berlin" als „zwölftes Land" aus. Dieser Beschluß rief die westlichen Militärgouverneure auf den Plan, die am 2. März 1949 die Order erteilten: „Mit Rücksicht auf die internationale Lage (muß) der Teil des Artikels 23, der sich auf Berlin bezieht, suspendiert werden." Und wenige Wochen später ließen sie im Auftrage ihrer Regierungen noch einmal wissen: „Die Außenminister (der USA, Großbritanniens und Frankreichs) können gegenwärtig nicht zustimmen, daß Berlin als ein Land in die ursprüngliche Organisation der deutschen Bundesrepublik einbezogen wird." Trotz dieser Vorstellungen der Besatzungsmächte entfernte der Parlamentarische Rat die umstrittenen Formulierungen nicht und legte das Grundgesetz (Dokument IV a) zur Bestätigung vor. Am 12. Mai 1949 ging beim Präsidenten des Rates das Genehmigungsschreiben der Militärregierung ein (Dokument IV b). Der entscheidende Satz darin lautete: „Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 Abs. 2 des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, (die Militärgouverneure bezogen sich damit auf ihr oben zitiertes Schreiben) demzufolge Berlin keine ab-

stimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird ..." Die Anordnung, ihren Landesparlamenten die Verfassung zur Ratifizierung vorzulegen, erging noch am gleichen Tage nur an die elf Ministerpräsidenten, nicht aber an den Berliner Bürgermeister.

Ein „Trauma" des Westens

Washington, Paris und London haben ihre damals ausgesprochenen Vorbehalte bis heute aufrechterhalten und auf deren Fortgeltung verschiedentlich aufmerksam gemacht (Dokumente V—VIII). Daß die Westmächte der Bundesregierung jahrelang gestatteten, die Verfassungsbestimmungen extensiv auszulegen und manchmal sogar zu unterlaufen, konnte die bestehende Rechtslage nicht ändern. Die drei Regierungen haben damit eher ihre eigenen Positionen in der deutschen Hauptstadt geschwächt.

Ein jetzt vom Regierenden Bürgermeister Brandt forcierter Plan, einen Drei-Mächte-Status zu etablieren, müßte ähnliche Folgen haben. Jede Änderung der Rechtsbasis von Berlin wird den Westen mit Sicherheit mit den in Jalta und Potsdam übernommenen Verpflichtungen konfrontieren und die Lage der Stadt auf dem Gebiet der früheren sowjetischen Zone und heutigen DDR berücksichtigen müssen. Diesen „Verhandlungsspielraum" meinte ein führendes amerikanisches Blatt, als es von einem „Berlin-Trauma" der Westalliierten schrieb.

Dokumente

I

Londoner Abkommen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 14. November 1944, ergänzt durch den Beitritt Frankreichs am 1. Mai 1945.

Artikel 1

Die oberste Gewalt in Deutschland wird auf Weisung ihrer jeweiligen Regierungen von den Oberbefehlshabern der militärischen Streitkräfte der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des durch das gegenwärtige Abkommen errichteten Obersten Kontrollorganes.

...

Artikel 3

a) Die vier Oberbefehlshaber bilden, als einheitliches Organ handelnd, das Oberste Kontrollorgan, Kontrollrat (Control Council) genannt.

b) Die Aufgaben des Kontrollrates sind:

1. die gebotene Einheitlichkeit des Vorgehens der Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen zu gewährleisten;
2. Pläne aufzustellen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen über grundsätzliche, ganz Deutschland betreffende militärische, politische, wirtschaftliche und sonstige Fragen, und zwar gemäß den jedem Oberbefehlshaber von seiner Regierung erteilten Weisungen;
3. die deutsche Zentralregierung zu überwachen, die unter der Aufsicht des Kontrollrates tätig und ihm für die Ausführung seiner Befehle verantwortlich sein wird;
4. die Verwaltung von Groß-Berlin mit Hilfe der hierzu bestellten Organe zu leiten.

...

Artikel 7

a) Es wird eine interalliierte Regierungsbehörde (russisch: Kommandatura) errichtet, die sich aus vier von ihren jeweiligen Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten — einem von jeder Macht — zusammensetzt, um gemeinsam die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin zu leiten. Jeder der Kommandanten übernimmt der Reihe nach die Befugnisse des diensttuenden Kommandanten als Leiter der interalliierten Regierungsbehörde.

b) Ein technischer Stab, der sich aus Personal einer jeden der vier Mächte zusammensetzt, wird unter der interalliierten Regierungsbehörde gebildet zu dem Zwecke, die Tätigkeit der örtlichen für die Stadtverwaltung verantwortlichen Behörden von Groß-Berlin zu überwachen und zu kontrollieren.

c) die interalliierte Regierungsbehörde arbeitet unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrates und erhält über den Koordinierungsausschuß Befehle.

...

Artikel 10

Die vorstehend beschriebenen alliierten Organe für die Kontrolle und Verwaltung Deutschlands üben ihre Tätigkeit während der Anfangsphase der Besetzung Deutschlands aus, die unmittelbar auf die Kapitulation folgt, d. h. während der Periode, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation erfüllen wird. ...

„Europa-Archiv", X. Jahrgang, S. 7376

II

Feststellung seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über die Besatzungszonen in Deutschland.

1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt, von denen eine jeder der vier Mächte wie folgt zugeteilt wird:

eine östliche Zone der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken;

eine nordwestliche Zone dem Vereinigten Königreich;

eine südwestliche Zone den Vereinigten Staaten von Amerika;

eine westliche Zone Frankreich.

Die Besatzungstruppen in jeder Zone unterstehen einem von der verantwortlichen Macht bestimmten Oberbefehlshaber...

2. Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine interalliierte Behörde (russisch: Kommandatura) errichtet, welche aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht.

5. Juni 1945

Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 Berlin 1946, S. 11

III

Verordnung Nr. 4 der britischen Militärregierung über bisher erlassene Gesetze und deren Geltungsbereich.

Da am 14. Juli 1945 der Oberbefehlshaber des Britischen Kontrollgebietes (British Zone of Control) alle bisher von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte ausgeübten Amts- und Machtbefugnisse innerhalb des Britischen Abschnitts (British Zone) übernommen hat, werden hiermit die folgenden Bestimmungen erlassen:

Artikel 1

1. Alle Proklamationen, Verordnungen, Gesetze, Bekanntmachungen, Verfügungen und sonstige Bestimmungen und Befehle einschließlich ihrer Ergänzungen und Abänderungen, welche im Namen des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte erlassen und am 14. Juli 1945 innerhalb des Britischen Kontrollgebietes in Geltung waren, bleiben hiermit ... in Kraft. Sie werden im gesamten Britischen Abschnitt rechtsgültig sein, vorbehaltlich des Widerrufs oder der Abänderung durch den Oberbefehlshaber des Britischen Kontrollgebietes oder die von ihm beauftragten Amtsstellen.

...

Artikel 3

3. Das Britische Kontrollgebiet (British Zone of Control) ist der Teil Deutschlands, welcher von den unter der Befehlsgewalt des Oberbefehlshabers der Britischen Besatzungsarmee stehenden Streitkräften besetzt ist. Der Britische Teil-Abschnitt in Berlin (British Sector of Berlin) ist nicht miteinbegriffen.

Artikel 4

4. Die Verordnung tritt am 14. Juli 1945 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG

Ordinance No. 4 — Confirmation of Legislation in „Amtsblatt der Militärregierung Deutschland". Britisches Kontrollgebiet, Nr. 4 1945 S. 5

IV a

Genehmigungsvorbehalte der Westmächte zum Grundgesetz.

Artikel 23 und 144 des Grundgesetzes, vom Parlamentarischen Rat verabschiedet am 8. Mai 1949, verkündet am 23. Mai 1949:

Artikel 23 (Geltungsbereich)

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 144 (Ratifizierung)

(1) Dieses Grundgesetz bedarf der Annahme durch die Volksvertretungen in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll.

(2) Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.

Dr. R. W. Füsslein, „Bonner Grundgesetz", Baden-Baden 1957, S. 66 und 153

IV b

Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949.

Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

...

2. Indem wir dazu zustimmen, daß diese Verfassung dem deutschen Volk zur Ratifizierung gemäß den Bestimmungen des Artikels 144 (1) unterbreitet wird, sind wir überzeugt, daß Sie verstehen werden, daß wir verschiedene Vorbehalte machen müssen. . . .

4. Ein dritter Vorbehalt betrifft die Beteiligung Groß-Berlins am Bund. Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 Abs. 2 des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, (that while Berlin may not be accorded voting membership in the Bundestag or Bundesrat nor be governed by the Federation), daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaft benennen darf.

gez.

Lucius D. Clay, General US-Armee, Militärgouverneur Amerikanische Zone

B. H. Robertson, General, Militärgouverneur Britische Zone

Pierre Koenig, General der Armee, Militärgouverneur Französische Zone

Letter of Approval of the Basic Law in Basic Law and Occupation Statute, Frankfurt 1950 S. 9 — deutscher Text in „Parlamentarischer Rat", Drucksache Nr. 571

V a

Vorbehalte der drei westlichen Militärkommandanten zur Verfassung von (West-)Berlin.

Artikel 1 und 87 der Westberliner Verfassung, Entwurf vom 22. April 1948, ergänzt und von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet am 4. August 1950 und verkündet am 1. September 1950.

Artikel 1

(1) Berlin ist ein deutsches Land und zugleich eine Stadt.

(2) Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik sind für Berlin bindend.

. . .

Artikel 87 („Übergangszeit")

(1) Artikel 1 Abs. 2 und 3 der Verfassung treten in Kraft, sobald die Anwendung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin keinen Beschränkungen unterliegt.

(2) In der Übergangszeit kann das Abgeordnetenhaus durch Gesetz feststellen, daß ein Gesetz der Bundesrepublik Deutschland unverändert auch in Berlin Anwendung findet.

(3) Soweit in der Übergangszeit die Anwendung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin keinen Beschränkungen (Abs. 1) unterliegt, sind die Bestimmungen des Grundgesetzes auch in Berlin geltendes Recht. Sie gehen den Bestimmungen der Verfassung vor. Das Abgeordnetenhaus kann im Einzelfall mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder anders beschließen. Artikel 85 der Verfassung findet sinngemäß Anwendung.

(4) In der Übergangszeit sollen die verfassungsmäßig bestellten Organe von Berlin die für das Verhältnis von Bund und Ländern maßgebenden Bestimmungen des Grundgesetzes soweit wie möglich als Richtlinien für die Gesetzgebung und Verwaltung beachten. . . .

„Die Verfassung von Berlin", Berlin 1960, S. 32 und 49

V b

Genehmigungsschreiben der (West-)Alliierten Kommandanten vom 29. August 1950.

An den
Stadtverordnetenvorsteher,
Oberbürgermeister
Präsidenten des Kammergerichts

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet an:

1. Die Alliierte Kommandantur Berlin hat den ihr am 22. April 1948 vorgelegten Entwurf der Berliner Verfassung zusammen mit den am 4. August 1950 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und am gleichen Tage zur Genehmigung vorgelegten Nachträgen und Abänderungen geprüft.

2. Bei der Erteilung ihrer Zustimmung zu dieser Verfassung sowie zu den vorgeschlagenen Abänderungen derselben macht die Alliierte Kommandantur folgende Vorbehalte:

a) Der Stadtregierung durch die Verfassung übertragene Befugnisse sind den am 14. Mai 1949 veröffentlichten Bestimmungen der „Erklärung über die Grundsätze" oder irgendwelchen Abänderungen derselben unterstellt.

b) Absätze 2 und 3 des Artikels 1 werden zurückgestellt (suspended).

c) Artikel 87 wird dahingehend aufgefaßt, daß während der Übergangsperiode Berlin keine der Eigenschaften eines zwölften Landes besitzen wird (that during the transitional period Berlin shall possess none of the attributes of a twelfth Land).

Letter (BK—0/50/75) of Approval of the Berlin Constitution. Deutscher und englischer Text in „Berlin constitution and electoral Law", o. O., 1951, S. 4 f

VI

Fortgeltung der Genehmigungsvorbehalte der drei Westmächte zum Grundgesetz.

a) Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 23. Oktober 1954.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik haben zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

...

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. ...

b) Schreiben der Drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954.

Seiner Exzellenz
dem Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herr Bundeskanzler,

Wie wir Ihnen im Laufe unserer Erörterungen über die Verträge zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik, die heute unterzeichnet worden sind,

schon angekündigt haben, wird nach Inkrafttreten dieser Verträge der von den Militärgouverneuren hinsichtlich der Artikel 23 und 144 Absatz 2 des Grundgesetzes am 12. Mai 1949 ausgesprochene Vorbehalt von den Drei Mächten in Ausübung ihres Rechtes in bezug auf Berlin mit Rücksicht auf die internationale Lage formell aufrechterhalten werden . . .

„Die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland." Amtliche Texte, o. O., o. J. S. 40 und 240

VII

Erklärung des Französischen Außenministers Couve de Murville auf der 10. Vollsitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 22. Mai 1959 über das Verhältnis der Bundesrepublik zu Westberlin.

. . . Zur Zeit haben wir in Deutschland auf der einen Seite Westdeutschland, d. h. das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, das sich aus den ehemaligen Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zusammensetzt, auf der anderen Seite Ostdeutschland, das aus der ehemaligen Besatzungszone der Sowjetunion besteht; und schließlich haben wir noch den Sonderfall der Stadt Großberlin, die eine Einheit für sich bildet. Diese Tatsachen liegen so offenkundig auf der Hand, daß die drei Westmächte der Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Bildung vor fast zehn Jahren ausdrücklich erklärt haben, daß der westliche Teil von Berlin, für den wir die Verantwortung damals trugen und noch heute tragen, nicht der Bundesrepublik angeschlossen werden dürfe. Dieser Teil war und ist sui generis. Die Regierung von West-Berlin steht in keiner direkten Beziehung zur Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Das West-Berliner Gebiet gehört nicht zum Gebiet der Bundesrepublik . . .

„Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959", Bonn 1959, Bd. 1, S. 260 f

VIII

Kommentar der Britischen Botschaft in Bonn vom 9. Februar 1960 zu westdeutschen Pressemeldungen.

In London ist man etwas überrascht über Presseberichte, wonach die Bundesregierung „den rechtlichen Status Berlins ändern" und vor der Gipfelkonferenz ein „Veto" etablieren wolle.

Die Rechtslage ist völlig klar und eindeutig. (Sie ist niedergelegt in dem Brief der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, in dem das Grundgesetz mit den bekannten Vorbehalten bezüglich Artikel 23 und 144, Abschnitt 2, gebilligt wurde, ferner in der Verordnung der Alliierten Kommandantur vom 29. August 1950 über die Berliner Verfassung.)

„Rechtslage über Status von Berlin eindeutig", in „Londoner Diplomatische Korrespondenz" vom 9. 2. 1960

Lorenz Knorr

Der Kalte Krieg und der entpersonifizierte Mensch

Es besteht Klarheit darüber, daß der Kalte Krieg und die Politik der ungehemmten Aufrüstung die baldige Ausrottung des gesamten Menschengeschlechtes mit sich bringen kann. Es besteht zu wenig Klarheit darüber, daß nicht nur die physische Vernichtung des Menschen als Gefahr vorhanden ist, sondern auch seine Ausschaltung als geistig-seelisches Wesen. Die Entpersonifizierung des Menschen — wie sie Orwell und Huxley in utopischen Romanen beschrieben haben — erreicht im Kalten Krieg allgemein, vor allem aber unter den speziellen Bedingungen der deutschen Geschichte und als logische Folge der westdeutschen Restauration derartige Ausmaße, daß Worte wie „besorgniserregend" oder gar „alarmierend" kaum noch ausreichen.

Gewiß, der Zustand der schauerlichen Entpersonifizierung ist nicht bei allen Individuen gleich. Die einen besitzen mehr Immunität gegen die schleichende Substanzaushöhlung, die anderen weniger; die einen leben in günstigeren Umweltverhältnissen, andere sind negativeren Umweltwirkungen ausgesetzt. Da aber schon ein ansehnlicher Prozentsatz der Bevölkerung von dieser durch den Kalten Krieg auf die Spitze getriebenen Zivilisationskrankheit erfaßt ist, wird es für alle Einsichtigen höchste Zeit zum Handeln.

Der Prozeß menschlicher Selbstentfaltung

In der Geschichte des Menschengeschlechtes ist eine Tendenz aufspürbar, die wir mit der „Selbstentfaltung des Menschen" kennzeichnen. Durch die notwendige Bewältigung der vorgefundenen Umwelt, durch das ununterbrochene Meistern der vielfältigen Naturkräfte und durch das schöpferische Erarbeiten einer den jeweiligen materiellen und kulturellen Bedürfnissen entsprechenden Umgebung hob sich der Mensch aus den primitiven Bedingungen der fernen Urgesellschaft von Stufe zu Stufe bis in die komplizierte moderne Kulturgesellschaft. Indem er der Natur den prägenden Stempel seiner inneren Wesenskräfte aufdrückte, indem er vorhandene Widerstände und auftauchende Schwierigkeiten zu überwinden gezwungen war, wenn er weiterleben wollte, eignete er sich immer neue Kenntnisse und Erfahrungen, Einsichten und Fähigkeiten an. Sie versetzten ihn in die glückliche Lage, neue weiterführende Werke seiner unermüdlichen Schaffenskraft auf höherer Entwicklungsstufe zu gestalten. Das jeweilige fertige Werkstück war sozusagen der „Spiegel", in dem der Mensch sich selbst, oder genauer: in dem er seine gewachsenen praktischen Fähigkeiten und seine immer mehr erwachenden Bewußtseinskräfte erkannte. In dem „Spiegel" erkannte er aber zugleich seine Unvollkommenheit, das Noch-nicht-Gewußte und das Noch-nicht-Gekonnte. Als er jedoch bekanntes und erfahrenes Noch-nicht-Können und Noch-nicht-Wissen unbeirrbar und zielstrebig überwand, tauchten neue ungelöste Probleme als historische Sprungfeder für die weitere Entwicklung auf.

Nicht nur das Verhältnis des Menschen zur Natur bot ungeheure Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, welche vom Schleppast zum Auto, vom Einbaum zum Ozeanriesen, von der Urwaldtrommel zum Weltnachrichtendienst, von der Urwaldhöhle zum modernen Wolkenkratzer, vom Feuerpfeil zur phänomenalen Weltraum-Rakete führten. Auch im Verhältnis des Menschen zum anderen Menschen lagen und liegen ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten. Es gibt zwar im Zusammenleben des Menschen keine so steil aufsteigende Kurve wie im Verhältnis Mensch und Natur. Die Meisterung der aus dem Zusammenleben erwachsenden Probleme gleicht bisher eher einer Wellenlinie. Trotzdem: ob das Zusam-

menleben der verschiedenen Individuen gewalttätig geregelt, ob es unterschwellig manipuliert oder ob es auf freier Vereinbarung beruht, ob die gesellschaftlichen und moralischen Wertsetzungen von einer Religion, einer Ideologie oder von einem ökonomischen Rentabilitätsdenken hervorgerufen oder verkündet werden: in jedem Falle ist das entstandene gesellschaftliche Modell ein sozialer „Spiegel", in dem die Reife oder Unreife des Menschengeschlechtes erkannt werden kann und in dem Korrekturmöglichkeiten in Form von zeitentsprechenden Alternativen enthalten sind. In jedem Falle bietet auch das Verhältnis des Menschen zum anderen Menschen durch vielfältigen und allseitigen Erfahrungsaustausch, durch gemeinsames Suchen nach neuen humaneren Formen des Zusammenlebens, die jedem die ersehnte Wesenserfüllung gewähren und seine Würde respektieren, ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten.

Die unmittelbare Verbindung des vom Menschen geschaffenen materiellen oder sozialen Werkes mit der direkten Verantwortung dafür löst jene inneren Wesenskräfte aus, die den Menschen zum Menschen machen! Enteignung von der zum Werk unlösbar dazugehörenden Verantwortung führt erfahrungsgemäß immer zur Entmenschlichung; Zueignung von Verantwortung für das selbst- oder mitgeschaffene Werk — egal ob materiellen oder sozialen Charakters — löst dagegen Wesenserfüllung aus.

Der lange historische Prozeß der menschlichen Selbstentfaltung ist also wesentlich durch die bewußte Verarbeitung des selbsterzeugten „Spiegels" und der bewußt angenommenen Verantwortung dafür bedingt. Das heißt für unsere Zeit: sowohl die genaue Kenntnis der fertigen Werke individueller und kollektiver Produktion, als auch das Kennen und Durchschauen der mitgeschaffenen sozialen Wirklichkeit als zu verantwortende Ergebnisse menschlicher Tätigkeit wecken neue Kräfte zur Humanisierung der Umwelt und zur Emporbildung der inneren Kräfte des Menschengeschlechtes. Dieser Prozeß zielt auf einen Menschentypus, der sein eigenes Leben selbstverantwortlich und gebunden an sittliche Werte oder politische Prinzipien führt, der bewußt und zielklar an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens und an der Verwaltung des von allen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums mitwirken kann.

Die Voraussetzungen für die Entpersonifizierung

Der Prozeß menschlicher Selbstentfaltung ist — zumindest für die Mehrheit der Menschen — längst gestoppt. Der Lohnarbeiter z. B. hat keine Beziehung zum fertigen Werk seiner Arbeit. Es ist ihm entfremdet; es ist ihm kein „Spiegel" mehr, in dem er Gekonntes und Nicht-Gekonntes, Gewußtes und Nicht-Gewußtes zur eigenen Daseinserhellung und Daseinsbewältigung erkennen könnte. Er hat auch keine Verantwortung mehr für das fertige Werk, da er keine Verfügungsgewalt darüber besitzt. Der Arbeitsprozeß ist fremdbestimmt, d. h. die einzelnen Fertigungsgänge werden außerhalb der unmittelbaren Produktion bis in alle Einzelheiten vorgedacht und vorgeschrieben. Höhepunkt der fremd bestimmten Arbeit, die weder auf den menschlichen Lebensrhythmus, noch auf die notwendige schöpferische Tätigkeit oder verantwortliche Mitwirkung Rücksicht nimmt, ist die Fließbandarbeit. So ist der Arbeitsprozeß kein Mittel allseitiger schöpferischer Selbstentfaltung mehr, sondern nur noch ein Mittel für den materiellen Erwerb. Das allseitige Wollen reduziert sich in der Lohnarbeit auf das begrenzte Haben-Wollen. Eine gefährliche Einschränkung, eine Verkürzung ursprünglicher menschlicher Wesenskräfte und Antriebe ist eingetreten. Die Entpersonifizierung im modernen Produktionsprozeß beruht also nicht nur in der sogenannten Verdinglichung, die den Menschen nur als Ware oder als Kostenfaktor in der Betriebs-

kalkulation abstempelt. Sie beruht vor allem in der Veränderung des ursprünglichen Charakters der Arbeit.

Die Mitbestimmung sollte auf diesem Sektor die Entpersonifizierung durch Mitverantwortung für Arbeitsprozeß und Arbeitsprodukt einschränken. Aber von ihr sind wir noch weit entfernt. Die Mitbestimmung als eine Möglichkeit menschlicher Entfaltung in der Produktion wird aber gerade in Phasen der Aufrüstung abgebaut und verhindert. Der Beweis ist nicht nur in der Entwicklung seit 1949, sondern auch in der Weimarer Republik zu finden.

Auch in der Freizeit ist der moderne Mensch kaum noch in der Lage, seine auf Selbstentfaltung tendierenden Innenkräfte zu trainieren. Durch die gewaltige Expansion der Wirtschaft — bedingt durch die ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte — sind in das gegenwärtige Freizeitleben wesensfremde Kräfte eingedrungen und wirken auch hier fremdbestimmend mit: eine raffinierte Reklame und zweifelhafte Erzeugnisse der sogenannten Vergnügungsindustrie drängen dem Menschen unbewußt Wertungen auf, die er nicht selbst erarbeitet hat und die nicht zu seinem Vorteil sind. Er wird mit den banalsten Nebensächlichkeiten überschüttet, so daß er das Wesentliche und Eigentliche kaum noch erkennen und verarbeiten kann. Dadurch wird sein Lebensniveau sowohl moralisch als auch geistig erheblich herabgedrückt. Die quantitative Zunahme von „Freizeitgütern" führt unter den gegenwärtigen Voraussetzungen zur qualitativen Aushöhlung, zur geistig-moralischen Verarmung. Der Mensch unserer Zeit wird als kritikloser Verbraucher und als passiver Zuschauer erzogen, weil es angeblich der Absatzzwang erfordert. Damit aber verkümmern wesentliche Innenkräfte des Menschen, die nur durch ständiges Herausfordern und Trainieren aktiviert werden können.

Zugleich liegt in den „Segnungen" der modernen Freizeitindustrie die gefährliche Tendenz, die Menschen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, vom sozialen (Erkenntnisse vermittelnden!) „Spiegel" abzulenken und sie mit billigen Surrogaten nicht nur zu füttern, sondern sogar zu überfüttern.

Im Produktionsprozeß und im Freizeitleben wirken also — bedingt durch den Stand der sich entfaltenden Produktivkräfte — Tendenzen, die den Menschen von wahrer Wesensentfaltung abdrängen. Wie steht es nun mit der Politik? Arbeitet sie dieser inhumanen Tendenz entgegen — was auf Respektierung der Menschenwürde schließen ließe — oder fördert sie diese gefährliche Entwicklung gar?

Verschleierung der Realität als Mittel des Kalten Krieges

Eine unabdingbare Voraussetzung für freie Wahlen, für verantwortliche Urteilsbildung und unvoreingenommene Entscheidung oder Mitwirkung des demokratischen Staatsbürgers ist ein gewisses Maß an Tatsachenkenntnis und an Einsicht in die oft komplizierten Zusammenhänge des sozialen Lebens. Wenn aber die politische Realität verschleiert wird, wenn die tatsächlichen Machtverhältnisse vernebelt werden, nimmt man dem Staatsbürger diese notwendigen Voraussetzungen für sein eigenes politisches Urteil. Wenn man gar die Realität falsch darstellt, verwandelt man den Erfahrungen und Erkenntnisse vermittelnden sozialen „Spiegel" in einen mißweisenden „Zerrspiegel", der nicht nur zu falschen Urteilen führen muß, sondern auch das Individuum von seiner eigentlichen Wesensbestimmung ablenkt, es zu einem Zerrbild dessen macht, was es sein sollte und sein könnte.

An vielen Beispielen kann man der Bundesregierung nachweisen, daß sie den Wähler falsch informierte, daß sie die politischen Realitäten ununterbrochen zu vernebeln suchte und daß sie damit nicht nur der Demokratie einen schlechten Dienst erwies, sondern daß sie trotz permanenter gegenteiliger Beteuerungen die

Entpersonifizierung des Menschen, die Entfremdung von seinem wahren Wesen also, laufend mit Nachdruck förderte.

Unverrückbare Dogmen ihrer Kalten-Kriegs-Politik waren z. B., daß wir diesmal auf der Seite des Stärkeren stehen, wenn es zum Kriege kommt, und daß die Politik der Stärke und des Wettrüstens zum Erfolg, d. h. zur Wiedervereinigung und schließlich zum endgültigen Sieg über den Weltkommunismus führt.

Abgesehen davon, daß man dem Volke die ungeheure Vernichtungskraft der nuklearen Waffen nicht klarmachte — ja sogar noch zu verheimlichen versuchte! — und daß man dem Wähler krampfhaft verschwieg, daß der Krieg nicht mehr letztes Mittel der Politik sein kann, weil er keine Sieger, sondern nur noch Tote kennt — ganz abgesehen davon war seit Jahren nachzuweisen, daß die Politik des Wettrüstens für den Westen zur Schwäche, jedoch nicht zum Erfolg führt. Was Kennedy als trauriges Ergebnis des 10jährigen Wettrüstens und der Politik am Rande des Krieges bekanntgab, nämlich starker außenpolitischer Prestigeverlust, fast 6 Millionen Arbeitslose, nur 60%ige Ausnützung der US-Wirtschaftskapazität, Abfluß der Dollarreserven, Rückstand im Bildungswesen, Verschmutzung der Städte — dieses erschütternde Bild vom „american way of life" wurde seit Jahren bewußt verschwiegen. Verschwiegen wurden auch Vergleichsziffern der Entwicklung der Produktivkräfte in USA und UdSSR, wie sie nun Prof. Baade in seinem Buch „Wettlauf zum Jahre 2000" endlich veröffentlicht hat. Sie wurden verschwiegen, weil sie positiv für die UdSSR und negativ für die USA sind und weil die Kenntnis dieser Realität den Staatsbürger zu anderen Entscheidungen geführt hätte, als sie der Kanzler wünscht. Im Mittelalter hieß es „cujus regio, ejus religio" — wie der Fürst, so die Religion. Der Kanzler will offenbar heute noch, daß seine Dogmen vom ganzen Volke übernommen werden. Damit aber verkehren sich Demokratie und individuelle Selbstentfaltung in ihr Gegenteil!

Verschleiert wurden auch laufend die ökonomisch bedingten Absichten der UdSSR hinsichtlich des friedlichen Wettbewerbs. Wenn man selbst aufrüsten möchte, einerseits weil man die Krisengefahr überwinden will, andererseits weil man noch in veralteten Machtvorstellungen befangen ist, dann braucht man als Motiv für dieses das Volksvermögen z. T. vernichtende Vorhaben die drohende Angriffsgefahr aus dem Osten. Sie ist nicht vorhanden. Osteuropa fiel der UdSSR nicht als Folge eines Angriffes, sondern als Konsequenz des von Hitler begonnenen und verlorenen Krieges zu. Außerdem wollen die Kommunisten den Westen im friedlichen Wettstreit überrunden. Schlamm wußte das! Aber auch hier benützt man die Vernebelung der Situation und die Täuschung des Wählers, um die eigenen Interessen zu sichern. Der Staatsbürger aber wird durch Haßpropaganda von der bewußten und selbstverantwortenden Entscheidung auf das Feld gefährlicher Gefühlswallungen abgedrängt. Wo man aber auf unkontrollierte Stimmung und Emotionen spekuliert, steht die Würde des Menschen und das demokratische Recht der durch Wissen und Vernunft bedingten Entscheidungsbefugnis des Wählers nicht sehr hoch im Kurs.

Auch die innenpolitische Realität wurde laufend verschleiert. Man preist die Gewaltenteilung als demokratischen Vorzug, obwohl sie längst durchlöchert ist. Man spricht vom Primat der Legislative, obwohl man sie laufend überspielt und obwohl die Industriekapitäne längst mehr Einfluß haben als das Parlament. Man spricht vom Grundgesetz, obwohl man sich nicht daran hält und obwohl die dazu gehörende soziale Wirklichkeit längst nicht mehr mit seinen Maximen und Prinzipien übereinstimmt.

Analysen der Wahlkämpfe beweisen außerdem, daß der Bundeskanzler durch Verschleierung der Realität und ungehemmte Mobilisierung primitiver Gefühle

seine zweifelhaften Siege errang, d. h. aber in der Auswirkung auf die Situation des Menschen, daß er nicht nur auf politische Uniformiertheit und Dummheit spekulierte, sondern daß er sie auch noch förderte! Als z. B. 1953 die Aufrüstung anstand, wurde diese damals vom Volke eindeutig abgelehnte Absicht vernebelt, indem man davon sprach, Religion und Wohlstand seien in Gefahr, außerdem seien zwei SPD-Abgeordnete mit kommunistischen Geldern bezahlt. 1957, als die atomare Aufrüstung anstand, wurde dies zunächst dementiert und dann ein Ablenkungsmanöver erfunden: die SPD bedeute den Untergang Deutschlands.

Arnold Hauser sagt in seiner „Sozialgeschichte der Kunst", daß den Mächtigen im Zeitalter der freien Wahlentscheidung keine andere Möglichkeit zur Sicherung ihrer Interessen übrigbliebe, als das Volk zu täuschen und irrezuführen. Fürwahr, es gibt Meister in dieser Kunst! Vor allem im Kalten Krieg!

Das Abdrängen von der Verantwortung

Im demokratischen Staat ist die permanente Mitverantwortung eines jeden für das Schicksal der Gesamtheit zum unverrückbaren Prinzip erhoben. Im Grundgesetz fand die wichtige Erkenntnis, daß die Beteiligung des Staatsbürgers an der gesellschaftlichen Verantwortung ein wesentliches Moment menschlicher Selbstentfaltung und Wesenserfüllung sei, ihren verdienten Niederschlag. Wo dieses Prinzip durchlöchert oder gestört wird, ist nicht nur eine offene oder verschleierte diktatorische Regierungsform im Anzuge, sondern auch ein Abdrängen des Individuums von seiner Eigentlichkeit, die Entpersonifizierung des Menschen.

Auch in diesem Bereich kann man der Bundesregierung als Folge ihrer Kalten-Kriegs-Politik nachweisen, daß sie es nicht sehr ernst nimmt mit der Emporbildung der inneren Kräfte des Menschengeschlechtes, mit der Verantwortung des Menschen für die von ihm selbst geschaffenen oder mitinspirierten Werke, daß sie im Gegenteil die Entwürdigung des Individuums durch Trennung von Handeln und Verantworten laufend gefördert hat.

Die jüngsten Beispiele weisen darauf hin, daß man das sowieso schon auf die Stimmzettelabgabe in vierjährigen Intervallen eingeschränkte Mitspracherecht der Wähler noch weiter einengen will. Bundestagspräsident Gerstenmaier sagte vor kurzem vor der Raymund-Gesellschaft, daß das ewige Wählen für so viele Parlamente nicht gut sei und daß man längere Legislaturperioden brauche!! In der offiziösen „Wehrkunde" konnte man lesen, daß sich die Wahlen höchst nachteilig auf die Verteidigungsgesetzgebung auswirkten (!!!), und ein Bundesminister erklärte schon 1959: „Solange Europa noch abhängig ist vom jeweiligen Ausgang einer Parlamentswahl, haben wir noch nicht erreicht, was wir erreichen müssen." Die Versuche, das Notstandsgesetz, das Reisebeschränkungsgesetz und das „Maulkorb"-Gesetz durchzubringen, zeigen weiter, daß man auf eine Entmündigung des Staatsbürgers zielt und daß man ihn auf den Entwicklungsstand der Polizeistaaten des vorigen Jahrhunderts zurückdrängen möchte.

Bundesminister Erhard forderte die Arbeiter an einem Vorabend des 1. Mai auf, ins Grüne zu fahren und nicht an den Kundgebungen des DGB teilzunehmen. Die Regierung würde auch ohne DGB eine gute Politik machen. Dieser Stoß zielte zwar gegen den DGB und seine Forderungen im Wahljahr. Aber er traf die Demokratie und den einzelnen Menschen. Wenn sich der Staatsbürger nicht um die Wahrnehmung seiner eigenen Rechte und Interessen bemühen, wenn er sein Geschick allein der Regierung anvertrauen soll, dann wird er wiederum — zum eigenen Schaden und zum Schaden der Demokratie — von der grundgesetzlich fixierten Verantwortung abgedrängt.

Hinter dieser vordergründigen Argumentation gibt es noch eine weniger spürbare, die aber ebenfalls darauf abzielt, dem Staatsbürger die Sinnlosigkeit seines aktiven und verantwortungsbereiten Handelns zu demonstrieren. Wenn — wie Gerstenmaier sagt — Kriege wie Verkehrsunfälle passieren können und wenn sie — wie man auch sagt! — wie unvermeidbare Schicksalsfügungen über ein Volk hereinbrechen können, dann mobilisiert man keine Kräfte persönlicher Mitverantwortung, um den Krieg zu verhindern. Er ist von Menschen vorbereitet und kann von Menschen verhindert werden! Dies aber will man gerade verschleiern! So versucht man, Geschichte als etwas darzustellen, was wie ein Naturereignis unbeeinflußt vom Willen und der Verantwortungsbereitschaft der Menschen über sie hereinbricht. Damit aber höhlt man die Bereitschaft zur Mitverantwortung und zu aktiver Mitarbeit an der bewußten Lenkung des Kulturprozesses aus. Wo die Menschen aber orientierungslos vor der „Allmacht des Schicksals" stehen, das angeblich auch ohne ihr Zutun über sie hinwegrollt, dort taucht bald die Frage nach dem „Führer" oder dem „Vater" auf, der die nicht mehr zu tragende Verantwortung allein übernimmt!

Damit treibt man den Menschen vom Wege seiner wahren Bestimmung ab, und am Ende wundert man sich über die wachsende Entpolitisierung — oder man freut sich darüber, weil man endlich das gewünschte Resultat erreicht hat. Mit dem Auseinanderdrängen von Handeln und Verantworten fördert man den Wesenszerfall des Individuums.

Die Folgen einer gefährlichen Zweck-Propaganda

Jahrelang predigte man dem Wirtschaftswunderbürger fast ununterbrochen, die Überlegenheit des Westens im Kalten Krieg beruhe auf dem höheren Lebensstandard. Abgesehen davon, daß diese Aussage nur für Vergangenheit und Gegenwart richtig ist, hatte sie verheerende politische und menschliche Folgen. Indem diese billige Propaganda — unterstützt von einem Überaufwand an Reklame — die materiellen Glücksgüter unserer Zivilisation, also Auto und Eisschrank, Superradio und Television, Waschmaschine und Eigenheim, Pelzmantel und anderes pausenlos in den Vordergrund des Erstrebenswerten rückte (natürlich auch, um die Konjunktur auf dem Siedepunkt zu halten!), rückten als Ergebnis die religiösen und sittlichen Wertsetzungen für viele Menschen ins zweite Glied. Das hektische Arbeitstempo, das Keine-Zeit-mehr-haben für geistige, politische und kulturelle Fragen war und ist ein Ausdruck der bewußt provozierten und überspitzten Jagd nach materiellen Glücksgütern.

Und die Folgen? Die Eltern hatten für die Kinder kaum noch Zeit. Die Reaktionen einer an elterlicher Fürsorge armen Jugend sind hinreichend bekannt. Wundert man sich, daß eine Jugend, die nur ungenügend in die soziale Gemeinschaft der Familie eingebettet war, sich auch in die größere soziale Gemeinschaft nur ungern einbetten läßt? Und welche Auswirkungen muß das für die Zukunft haben?

Der Abbau der nach 1945 durchaus vorhandenen Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit in Staat und Gesellschaft war eine andere Wirkung der provozierten Jagd nach materiellen Glücksgütern. Die bewußte und gelenkte Konzentrierung des menschlichen Interesses auf rein materielle Fragen lenkte viele, allzuviele, vom politischen Geschehen ab und erzeugte nach Friedrich Sieburg „im politischsten Wetterwinkel Europas das unpolitischste Volk". Da man für ehrenamtliche Mitarbeit nichts bekam gab man sie auf — außer wenn man auf eine entsprechende Karriere zielte! —, um sich dem an sich gesunden, aber nun mißbrauchten und übersteigerten Erwerbsstreben schrankenlos hinzugeben. Dadurch aber kamen alle auf ehrenamtliche Mitarbeit gebauten Organisationen

in eine Krise; ebenso rutschte das Sozialprestige aller Opfer heischenden Berufe entsprechend ab. Die Bürokratie aber nahm sich der durch Verweigerung der ehrenamtlichen Mitwirkung liegengebliebenen Arbeit gierig an, was in der Konsequenz zu einem Abbau der demokratischen Substanz führen mußte, denn die Demokratie lebt nicht von Wahlmechanismen und von Bürokratien. Sie lebt von der verantwortlichen Mitarbeit der Staatsbürger, oder sie lebt nicht! Der scheinbar freiwillige, jedoch situationsbedingte Verzicht des Staatsbürgers auf ehrenamtliche Mitarbeit raubte ihm Entfaltungsmöglichkeiten und trennte ihn noch mehr von der politischen Verantwortung.

Das Ende geistiger und individueller Vielfalt?

Friedrich Sieburg wies in seinem Buch „Die Lust am Untergang" darauf hin, daß der Kalte Krieg die geistige Vielfalt und das selbständige Denken töte. Indem jede von der offiziellen Politik abweichende Meinung als potentielle Hilfe für den Gegner abgestempelt und diffamiert würde, dränge man nicht nur geistig produktive Menschen in die Vereinsamung (oder zur Rebellion! der Verf.), man fördere dadurch auch den Gleichschaltungsprozeß, einen öden Konformismus, ein Schmalspurdenken und eine bedenkliche Anpassungsgefahr. Damit könnten die Voraussetzungen für jede Kulturentfaltung, für eine lebendige Demokratie und für jede schöpferische Selbstdarstellung des Individuums im Keime erstickt werden.

Verbindet sich diese, von den politischen Dogmen des Kalten Krieges ausgehende (verfassungswidrige!) Gleichschaltung des Denkens mit der durch den ökonomischen Bereich bedingten und vorhandenen konformistischen Anpassung und Einpassung, mit der kritiklosen Zuschauer- und Verbraucherhaltung, dann wird die Entpersonifizierung des Menschen, der Abbau der individuellen Wesensunterschiede ein totaler. Dann ist der Mensch wirklich auf dem Wege, als geistig-sittliches Wesen auszusterben.

Berücksichtigt man die Manipulation der öffentlichen Meinung, die unterschwellige Beeinflussung des individuellen Denkprozesses und das ferngesteuerte Aufprägen von konformen Verhaltensmustern durch die modernen Massenmedien (wie sie Vance Packard in seinem Buch „Die geheimen Verführer — der Griff nach dem Unbewußten in Jedermann" beschrieben hat), dann fehlt wahrscheinlich nicht mehr viel, um viele Menschen unserer Zeit mit den Romanfiguren von Orwell und Huxley zu vergleichen. An den Schalthebeln der Meinungslenkung stehen eben keine an der Aktivierung und Humanisierung menschlicher Innenkräfte interessierte Individuen, sondern machthungrige und profitwütige Zyniker!

So entsteht der entfremdete, seinem wahren Wesen nur noch als Zerrbild gegenüberstehende, jeder Persönlichkeitswerte verlustig gegangene Mensch. Die mitschuldige Propaganda und vor allem die mitschuldige Herrenclique — sie nennen ihn den „Massenmensch"!

Gemeinsame Aktion der Rebellen!

Die Selbstentfremdung des Menschen, die forcierte Abkehr von seiner wahren Wesensbestimmung, die Entpersonifizierung des Individuums, oder wie man den durch den Kalten Krieg auf die Spitze getriebenen Prozeß der planmäßigen Enthumanisierung des Menschen sonst noch nennen mag, muß und kann ebenso gebremst werden wie die Kriegsgefahr. Die physische Vernichtung des Menschengeschlechts ist ebenso keine unabwendbare Schicksalsfügung wie die Vernichtung des Menschen als geistig-sittliches Wesen. Es kommt darauf an, die

positiven Kräfte der Staatsbürger zu mobilisieren. Vernunft und Verantwortung müssen wachgerufen werden.

Ein Appell an den einzelnen, die Gefahr zu sehen, ist gut und notwendig. Das Streben nach besserer Erziehung und Bildung, um den Menschen mehr Widerstandskraft gegen die süßen Gifte der Verführung und gegen die schleichende Entpersonifizierung zu geben, ist ganz gewiß auch nicht zu verachten. Aber dieser Weg kostet viel Zeit. Das entscheidende Moment jedoch scheint dieses zu sein: den Hebel bei der Änderung der machtpolitischen Verhältnisse anzusetzen. Das heißt konkret: Die Politik des Kalten Krieges und die Kalten Krieger mit vielfältigen politischen Mitteln zu überwinden, um das Haupthindernis für ein Leben zu beseitigen, in dem die Menschen in friedlichem Wettbewerb ihre Eigenkräfte messen, herausfordern und entfalten können.

Damit wird folgendes klar: Wenn sich in der Bundesrepublik eine neue politische Kraft formiert, wenn eine neue Oppositionspartei eine klare und konsequente Alternative gegen die zehnjährige Kalte-Kriegs-Politik der Bundesregierung aufstellt, dann bedeutet diese nicht nur Kampf dem Atomtod! Sie bewirkt z u g l e i c h den Kampf gegen die schleichende Aushöhlung des Grundgesetzes u n d gegen die verborgene Vernichtung des Menschen als geistig-sittliches Wesen.

Aufgerufen sind nicht nur jene, die sich gegen das Wettrüsten und gegen den Abbau der verbrieften Grundrechte des Menschen wehren wollen. Aufgerufen sind auch jene, welche über die ständigen Entmündigungsversuche empört sind und die den Menschen als selbständig denkendes und mitverantwortliches Wesen retten wollen.

Die Kalten Krieger haben sich als Menschenverächter in j e d e r Beziehung entpuppt. Sie sitzen auf der Anklagebank! Tun wir alles, damit sie bald endgültig in den Ruhestand geschickt werden.

P e t e r L o e w e n b e r g , Berkeley/Calif.

Oppositionelle Tendenzen in den USA

I.

Dem oberflächlichen Betrachter erscheint die amerikanische Gesellschaft gleichförmig und wie aus einem Guß. Die Hauptstraßen amerikanischer Kleinstädte sehen, wie Ilja E h r e n b u r g bemerkt hat, von Maine bis Kalifornien gleich aus. Die weit ausgedehnten Eigenheimanlagen — das sind die neuen Vorortsiedlungen, die wie Pilze aus den Äckern emporschießen, die einst Amerikas Städte umgaben — ähneln sich in monotoner Weise und entbehren jeder persönlichen Sphäre oder Individualität. Alle amerikanischen Jugendlichen sind gleich angezogen: die Mädchen in Rock und Pullover, für die Jungen sind „blue jeans", genau eineinhalb Zoll unter der Gürtellinie zusammengebunden, die große Mode. Reklame für Zigaretten und „soft drinks" ist ebenso blödsinnig wie allgegenwärtig. Die Gleichförmigkeit der politischen Meinungen und Urteile über weltpolitische Fragen verrät, daß diese von einigen wenigen dem Zeitgeschmack entsprechenden Zeitschriften herrühren, die im ganzen Lande verbreitet und mächtig genug sind, allgemeine Übereinstimmung zu erzeugen.

Die Uniformität der von Massenmedien getragenen Kultur — deren Kennzeichen Fernsehen und Radio sind — ist, wenn ins Ausland verpflanzt, typisch für die „Amerikanisierung Europas", und zwar immer im schlechten Sinne. Im eigenen Lande vertuscht sie nur oberflächlich tiefgehende ethnische, religiöse und soziale Spaltungen, deren Zeugnis sie in Wahrheit ist. Gerade die Tatsache, daß Amerika eine verhältnismäßig junge Nation ist und viele ihrer Bürger sich ihres amerikanischen Bewußtseins nicht sicher sind, führt zwangsläufig zu Gleichförmigkeit in Verhalten und Meinungen.

Zwischen 1900 und 1914 kamen 13 Millionen Einwanderer nach Nordamerika. Ihre Geburtenrate in den darauf folgenden 15 Jahren übertraf diejenige der „altamerikanischen" Bevölkerung im Verhältnis fünf zu drei. Die „alte" Einwanderung vor 1885 erfolgte größtenteils aus den protestantischen Ländern Nordeuropas und aus England. Die „neuen" Einwanderer kamen aus Süd- und Osteuropa. Es waren vornehmlich Katholiken, Orthodoxe oder Juden. Deren Abkömmlinge stellten in den letzten drei Jahrzehnten jene Wählerschaft, die in erheblichem Maße die amerikanische politische Struktur bestimmte, aber dabei das Trauma der Einwanderung und Assimilation in ihrem und ihrer Eltern Bewußtsein wachgehalten hat. Die Spannungen, die aus diesem grundlegenden Kennzeichen des amerikanischen Bevölkerungsaufbaues herrühren, sind auch im politischen Leben der letzten Jahre spürbar gewesen. Der stärkste Druck, den jede neue Einwandererwelle verursacht hat, liegt in der Sehnsucht, „echte Amerikaner" zu sein. Diese geht so weit, daß sie die oft karikierte Erscheinung der „110prozentigen Amerikaner" erklärt: Man will unbedingt beweisen, ein „besserer" Amerikaner als jeder andere zu sein.

Das augenscheinliche Paradoxon des McCarthyismus, der seinen Ursprung in Wisconsin hat, einem der fortschrittlichsten Gebiete Amerikas, läßt sich dementsprechend als ethnisches Problem erklären. Der obere Mittelwesten wurde von Deutschen und römisch-katholischen Amerikanern irischen Ursprungs besiedelt. Die Deutsch-Amerikaner, deren Loyalität im ersten Weltkrieg angezweifelt worden war, fanden nun für ihre „Politik der Revanche", wie Samuel Lubell es bezeichnet, das Mittel zur Vergeltung in einem Senator und in einer Bewegung, deren Zielscheibe der anglophile Osten, die Intellektuellen an den Universitäten, das State Department, ja eigentlich die gesamte amerikanische Außenpolitik der letzten beiden Jahrzehnte war. Legte man den Ersten Weltkrieg dem internationalen Finanzkapital zur Last, so wurden für den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg, auf den die amerikanische Öffentlichkeit psychologisch und gefühlsmäßig nicht vorbereitet war, die Kommunisten und Anhänger des „New Deal" verantwortlich gemacht, die in einen „zwanzigjährigen Verrat" verwickelt seien.

Katholiken, spät nach Amerika gekommen und stets in Verteidigungsstellung inmitten einer nach Ursprung und Färbung protestantischen Kultur, waren jetzt bessere Amerikaner als jedermann sonst. Zum ersten Male war der Feind Roms auch der internationale Feind. Stalin war die Inkarnation des Teufels. Katholisch zu sein, war ein eindeutiger Beweis der Gegnerschaft zu den „Roten". Wenn Kennedys Reichtum, Herkunft und Kriegszeugnisse nicht ausreichten — seine Religion stellte seine Loyalität außer Zweifel.

Genau so, wie sich im Zweiten Weltkrieg Polen, Tschechen und Juden voll und ganz mit den nationalen Zielen und Führern identifizieren konnten — und diese umgekehrt mit Amerikanismus identifiziert wurden — so konnten es jetzt Deutsch-Amerikaner und Katholiken. In der Wahl von 1940 brachen die Wähler deutscher, italienischer und irischer Herkunft scharf mit Roosevelt, aber er erzielte im Ausgleich Gewinne unter Juden und Wählern slawischer und englischer Her-

kunft. Der Vorsitzende einer Fakultät an einer international berühmten Universität, die bis 1939 keine jüdischen Lehrkräfte gehabt hatte, bemerkte: „Nach Hitler war Antisemitismus nicht länger anständig".

Dieselbe Einstellung liegt in diesem Jahrzehnt der offensichtlichen Übereinstimmung innerhalb der amerikanischen Massengesellschaft zugrunde. Der Grad der Erregung über MacArthurs Entlassung und die Politik gegenüber China zeigen, daß der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührende Konflikt zwischen den beiden einander entgegengesetzten Lehrmeinungen, zwischen den Anhängern des „MacArthur Pacific Theater" und der „Europe- d. h. Hitler-first"-Richtung, noch voll und ganz am Leben ist. Die England abgeneigten Isolationisten und diejenigen, die auf Grund ihrer Herkunft gegen den Eintritt in den Krieg gegen die Achsenmächte waren, wünschten zuerst die Besiegung Japans. Diejenigen Kräfte, die Hitler als die große Gefahr ansahen, behielten die Oberhand. So werden alte Auseinandersetzungen im Rahmen der sich wandelnden politischen Streitfragen und taktischen Erfordernisse immer wieder neu ausgefochten. Aber die Gewalt ethnischer Spannungen wirkt sich unablässig auf die Politik aus.

Es war und ist noch heute recht einfach, Amerikaner zu werden. Man muß nur bereit sein, sich gegebenen Verhaltensnormen anzupassen und leicht erkennbaren Moden und Geschmacksrichtungen zu folgen. Die tieferen Konflikte zwischen verschiedenen Standpunkten sind verdeckt durch Konformität an der Oberfläche.

Ältere Nationen sind sich ihrer selbst sicherer und bedürfen nicht der laufenden Versicherung ihres Zusammenhaltes. Als 121 führende französische Intellektuelle die jungen Männer ihres Landes aufforderten, nicht in Algerien zu kämpfen, wurden sie zensiert und bestraft, aber die Frage nach „unfranzösischem Verhalten" wurde und konnte nicht erhoben werden. Denn ein Franzose oder Engländer ist sich seiner französischen bzw. englischen Nationalität in jedem Falle bewußt. Er mag ausgesprochener Nonkonformist oder politischer Häretiker sein — die Gültigkeit seiner Mitgliedschaft in der nationalen Gemeinschaft steht außer Frage und bedarf keiner ritualistischen Bekräftigung.

Echter Pluralismus führt zur Polarisierung innerhalb einer Gesellschaft. Auf Grund einer Unbestimmtheit der Gesellschaft wird es zwingend notwendig, Parteiungen einer „nationalen Sache" unterzuordnen, mit der sich alle identifizieren können. Man braucht eine Gruppe fremder Außenseiter, auf die man alle Feindseligkeit konzentrieren kann und die — durch negative Definition — die Mehrheitsgruppe hervorbringt.

In diesem Zusammenhang sind gewisse Ähnlichkeiten zwischen Amerika und Deutschland auffallend. Beides sind verhältnismäßig junge Nationen, belastet mit den Problemen, die in der Schaffung eines nationalen Bewußtseins auf der Grundlage einer heterogenen ethnischen und religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung liegen. Nationale Identität war nicht selbstverständlich. Amerikaner, die sich traditionsgemäß von den Negern abgesetzt haben, treten nun seit zwei Jahrzehnten den Kommunisten gegenüber. Das eine zu sein, schließt das andere aus. Alle Amerikaner können militante Antikommunisten und deshalb „bessere" Amerikaner sein. Die Deutschen fanden sich zusammen gegen die Juden. Nicht arisch zu sein, bedeutete — definitionsgemäß — undeutsch zu sein. Beide Nationen zeigen Reaktionen einer Unsicherheit, die gerade von dem Problem fehlender Homogenität herrührt. Das soll allerdings keineswegs heißen, daß etwa die Verfolgung der Juden durch die Nazis ihre Entsprechung in der jüngsten amerikanischen Hysterie gegenüber dem Kommunismus hätte. Erstens haben die Vereinigten Staaten die Kommunisten nicht physisch ausgelöscht. Zweitens bedeuten die einheimischen — amerikanischen —

Kommunisten, im Gegensatz zu den Juden im Deutschland der Vor-Hitler-Zeit, einen Konflikt mit den nationalen Interessen und gelten als „Agenten einer fremden Macht". Aber was ich zum Ausdruck bringen möchte, ist, daß die antikommunistische Hysterie in gar keinem Verhältnis steht zu jeder wirklichen Bedrohung. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß eine Schätzung der „New York Times" aus dem laufenden Jahr 1961 die Stärke der amerikanischen kommunistischen Partei auf 5000 Mitglieder bezifferte. Die kürzliche Verwirrung nach den Entscheidungen des amerikanischen Supreme Court, die mit der knappen Mehrheit von 5 zu 4 zustandegekommen sind, zeigt, daß es ein echtes Definitionsproblem gibt, das bis zu den obersten Gremien hin schon in der Frage liegt, was denn nun eigentlich ein Amerikaner sei. Hier handelt es sich um eine ideologische, nicht um eine ethnische oder geographische Definition. Auch in der Sowjet-Union wurde mit großer Wirksamkeit „reinigender" Haß gebraucht, indem man sich des alten zaristischen Mittels des Antisemitismus bediente, wenn „Klassenfeinde" oder trotzkistische Abweichungen zu unvereinbar mit dem herrschenden Regime wurden.

II.

Amerika hat in den letzten Jahren einen neuen politischen Geist gezeigt. Obgleich es nach außen hin wie eine monolithische Gesellschaft erscheint, gibt es ‚Dissent'. Es gibt Opposition gegen die amerikanische Außenpolitik, gegen die politische Gleichförmigkeit und kulturelle Unfruchtbarkeit. Die neue Opposition ist unideologisch; sie ist moralisch begründet und von praktischer Natur. Es geht um Fragen wie menschliche Gerechtigkeit und sittliche Integrität und nicht um eine grundlegende politische Umwandlung der Gesellschaft: es geht um Frieden, Gleichheit der Rassen, bürgerliche Freiheiten, Todesstrafe, Ausbeutung landwirtschaftlicher Arbeiter, obligatorische militärische Ausbildung der Studenten an den Hochschulen. Die Reaktion kommt aus dem Gefühl, die Handlungen sind spontan, gewaltlos und unmittelbar.

Jedem der flott aufgemachten Magazine mit hoher Auflage steht eine kleine Zeitschrift, dünn, und auf rauhem Papier gedruckt, gegenüber, die jene versorgt, die sich einen frischen Ton des Dissents wünschen. Den alten Bannerträgern „The Nation", „The New Republic" und „The Progressive", haben sich neue Veröffentlichungen zugesellt, wie „I. F. Stone's Weekly", das von der nationalen Presse ignorierte Nachrichten bringt, die marxistische „Monthly Review", die radikalen „Studies on the Left" und die „New University Thought"; im September 1961 werden die demokratisch-sozialistischen „New Politics" herauskommen.

Zu den deutlichsten Anzeichen einer Meinungsänderung gehört, daß eine Opposition zur amerikanischen Außenpolitik im Entstehen begriffen ist, eine Erscheinung, die man seit über zwanzig Jahren nicht mehr gekannt hat. Die Opposition hat sich kristallisiert in dem, was man gewöhnlich die „Friedensbewegung" („Peace Movement") nennt. Diese Bewegung basiert allgemein auf einer Politik des Widerstandes gegen den Rüstungswettlauf; sie schließt im einzelnen unterschiedliche Elemente ein, die von solchen, die militanten zivilen Ungehorsam leisten, bis zu machtvollen und glänzenden Organisationen mit prominenten Persönlichkeiten als Förderern reichen.

Das „Committee for Nonviolent Action" bedient sich der Mittel des zivilen Ungehorsams, wie Besetzung von Polaris-Unterseebooten, Demonstration vor Kernwaffeneinrichtungen, Verweigerung der Steuerzahlung und Fahrten in Seegebiete, in denen Atombombentests vorgenommen werden. An Intellektuelle wendet sich besonders das „Committee of Correspon-

dence", das von Persönlichkeiten wie David Riesman und H. Stuart Hughes ins Leben gerufen wurde. Es leitet seinen Namen ab von den „Committees", die vor der amerikanischen Revolution der anti-englischen Gesinnung Ausdruck verliehen; es widmet sich der Entwicklung einer politischen Alternative zur Logik der militärischen Abschreckungspolitik.

Die angesehenste Friedensorganisation ist das „National Committee for a Sane Nuclear Policy" („SANE"), dem führende Persönlichkeiten aus allen Lagern des amerikanischen öffentlichen Lebens angehören. Der breite Kreis seiner Förderer reicht von Harry Belafonte aus Hollywood bis zu Dr. Walter Gropius vom (ehemaligen) „Bauhaus". „SANE" hatte sich mit einem Problem auseinanderzusetzen, das die Friedensbewegung gespalten und in diesem Falle ihre Organisation schwer, vielleicht lebensgefährlich belastet hat: mit dem Problem der Beteiligung der Kommunisten. Im vergangenen Frühjahr behauptete Senator Thomas E. Dodd, Vorsitzender des Unterkomitees für innere Sicherheit des Senats, daß „SANE" von Kommunisten infiltriert sei. Damit wurde diese Frage zu einem akuten Problem für die Friedensbewegung. Eine Gruppe war der Ansicht, die Bewegung solle allumfassend sein und alle jene willkommen heißen, die die gemeinsamen Ziele teilten. Sie verachtete die Furcht und kriecherische Feigheit aus der McCarthy-Zeit. Wenn wir saubere politische Zielsetzungen haben, so sagte sie, dann brauchen wir weder die Zusammenarbeit mit Kommunisten noch das „Stigma der Verunreinigung" im Auge der Öffentlichkeit zu fürchten. Sie hielt es für eine anständige Aufgabe, sich den Untersuchungen entgegenzustellen. Um den Ruf der sie fördernden Persönlichkeiten zu wahren und in dem Bemühen, wirkungsvoll zu bleiben, ergriff die Mehrheit jedoch Maßnahmen, durch die die örtlichen Gruppen veranlaßt wurden, öffentlich Stellung gegen „Parteidisziplin" zu nehmen und sich „kritisch" zu zeigen „gegen die Handlungsweise totalitärer Nationen". 25 Ortsgruppen traten daraufhin aus, und führende Persönlichkeiten der Friedensbewegung, wie Linus Pauling, zogen sich vom nationalen Ausschuß des „SANE" zurück.

Professor Pauling und seine Frau sind zum weithin bewunderten Symbol des Widerstandes gegen die Untersuchung von Ideen und Gedanken durch die Regierung geworden. Sie weigerten sich, die Namen von Leuten zu nennen, die mit ihnen bei der Sammlung von Unterschriften für ihren Aufruf zum Stop der Verbreitung von Atomwaffen zusammengearbeitet haben. Und kürzlich haben Professoren die traditionelle und unabänderliche akademische Zurückhaltung durchbrochen, indem sie sich an die Spitze eines Protestes gegen die Kuba-Politik der Regierung stellten. Insbesondere Gruppen aus Berkeley von der University of California und von der Stanford-University im Westen, sowie aus dem Gebiet von Boston-Cambridge (Harvard University, Massachusetts Institute of Technology — MIT — etc.) haben ihrer Kritik deutlich Ausdruck verliehen. Sie ließen große Zeitungsanzeigen erscheinen, um ihre offenen Briefe an den Präsidenten zu veröffentlichen, in denen sie sich gegen die militärische Intervention in Kuba wandten.

Die Professoren standen bei dem Erwachen der Universitäts-„Campusse" aus der Nachkriegsruhe nicht allein. Gewöhnlich gingen ihnen Studenten voran, die in ihrer Kritik bei weitem ausgesprochener, frischer und nicht selten durchdringender waren als die ältere Generation. Der Protest der Studenten richtete sich auf „sittliche" Fragen und Angelegenheiten, in denen unmittelbare und direkte Aktionen möglich waren. Verhandlungen des „House Committee on Unamerican Activities" (Ausschuß des Repräsentantenhauses für unamerikanische Betätigungen), die Mitte Mai 1960 in San Francisco stattfanden, hatten friedliche Demonstrationen der Studenten zur Folge. Gegen sie richteten sich die Wasserschläuche

eines Sonderkommandos der Polizei. Über 60 Studenten wurden festgenommen, ohne daß dem irgendeine Provokation voraufgegangen wäre. In einem darauf folgenden Gerichtsverfahren wurden die Studenten von der Anklage, einen Aufruhr begangen zu haben, freigesprochen.

Diese Ereignisse im Mai vergangenen Jahres erwiesen sich für eine Reihe von Studenten als eine politische Feuertaufe in mehr als einer Hinsicht. Eine Gruppe, die unmittelbar aus jenen Festnahmen heraus entstanden ist, ist das „Bay Area Student Committee on Un-American Activities". Diese Gruppe hat fast völlig allein einen die ganze Nationen umfassenden Aufklärungsfeldzug gegen die vom „House Committee" und offiziell vom FBI verbreitete Version dieser Demonstrationen durchgeführt. „BASCAHUAG", wie sie von ihren Freunden genannt wird, hat sich standhaft geweigert, von ihren Mitarbeitern Erklärungen gegen den Kommunismus zu verlangen. Die Gruppe weist vielmehr stolz darauf hin: „Wir werden und wollen mit jedem zusammenarbeiten, der gegen das (House) ‚Committee' ist."

Die Verweigerung der Visa-Erneuerung seitens der Einwanderungsbehörde für ausländische Studenten, die bei jenen Ereignissen in San Franzisco festgenommen worden waren oder Streikposten gestanden hatten, brachten der Studentengemeinschaft mit einem Male nahe, wie spärlich die Rechte ausländischer Besucher an diesen Gestaden sind. In einigen Fällen wurden Studenten gerichtlich verfolgt und hatten das Land zu verlassen, ehe ihr Studienjahr beendet war. In anderen Fällen nutzten die Petitionen von Studenten und Professoren gegen den Machtspruch der Behörden nichts; eine Demarche seitens des britischen Botschafters in Verbindung mit der Drohung einer Rede im englischen Unterhaus war notwendig, um die erforderliche Erneuerung der Visa zu erlangen.

Andere Fälle, die in den USA weithin Proteste der Studenten ausgelöst haben, sind der zweijährige militärische Unterricht für Studenten an den Hochschulen, durch den sie gegebenenfalls auf eine spätere Laufbahn als Reserveoffiziere vorbereitet werden sollen, sowie die Erfordernis eines „Loyalitäts-Eides", die ursprünglich mit der Verteilung von Bundesstipendien und Darlehen an Hochschulstudenten verbunden war. Wiederum war hier die Opposition sittlich begründet — es war sittlich unvertretbar, junge Menschen — als Voraussetzung für ihr Studium — zu zwingen, Soldat zu sein; und dasselbe war der Fall, wo politische Ideen zu einer Bedingung für Regierungsstipendien gemacht wurden. Viele Universitäten weigerten sich, an jenem N.D.E.A.-Programm teilzunehmen, ehe nicht die Vorschriften für die Loyalitätserklärung modifiziert seien.

Der Kampf gegen die Todesstrafe wird symbolisiert durch den Fall Caryl Chessman. Als ein Intellektueller, der mehr als elf Jahre unter der Drohung der Gaskammer gelebt hatte, sprach Chessman das Empfinden der Studenten für Lauterkeit an. Auflehnung gegen die moralische Heuchelei jenes Sadismus, der das Ritual der Todesstrafe umgibt, führte in der Nacht des 1. Mai 1960, der Nacht vor Chessmans Hinrichtung, Tausende von Studenten zu einer „Todeswache" am Zuchthaus von San Quentin zusammen.

Nirgendwo zeigt sich die Ablehnung von Heuchelei seitens der jüngeren Generation klarer als in ihrem kulturellen Geschmack. Zu den meistgelesenen Schriftstellern gehören J. D. Salinger, dessen Charaktere Aufrichtigkeit suchen und die Scheinheiligkeit der heutigen Gesellschaft analysieren, sowie ein noch viel glänzenderer Autor, Bernard Malamud, der über eine heute längst vergangene Zeit und über vergangene Ereignisse schreibt: über die erste Generation jüdischer und italienischer Einwanderer. Aber die Menschen in Malamuds kulturellem Milieu sind wirklichkeitsnah, erdhaft und warm. Es ist die Heuchelei der kleinen Leute, die nichts als ihr bißchen Stolz bewahrt haben; es geht nicht um den gro-

ßen und trügerischen Glanz der „Madison Avenue". James Baldwin, dessen tiefgehende Ehrlichkeit ihm unbestrittene Achtung als Sprecher der jungen Neger gewonnen hat, behandelt ohne Kompromiß oder Sentimentalität die Rassenfrage.

Das Halbstarkentum, wie es vor einigen Jahren bestand, mit seiner Kombination von Jazz und Poesie, ist vorbei. Moderne französische Autoren wie Camus und Sartre sind jetzt beliebter. Ingmar Bergman auf dem Gebiete des Films und Becket auf dem Gebiete des Theaters haben unter den jungen Intellektuellen zahlreiche Anhänger.

C. Wright Mills gehört zu jenen Wissenschaftlern, die ihre Beziehung zu den Problemen des Tages nicht verloren haben, was unter den Liberalen an den Hochschulen bewundert wird. Seine Auseinandersetzung mit den pragmatischen sozialen Experimenten in Kuba und Jugoslawien spiegelt das wache Interesse an neuen Formen, mit der Problematik der Industrialisierung, Massengesellschaft und Automation fertig zu werden, wieder, wie es unter jungen Volkswirtschaftlern und Soziologen zu finden ist. Seine Angriffe gegen die weit verbreitete Beschränktheit und Wirklichkeitsfremdheit des heutigen Akademikertums entsprechen der Ungeduld der jungen Generation; daß er sich nicht mit irgendeiner Partei, Fraktion oder Doktrin identifiziert, spricht ihren Pragmatismus und ihre Ablehnung von Dogmatismus an. Viele junge Studentenführer kommen von den zionistischen Jugendbewegungen her; die Idee der landwirtschaftlichen Kollektive übt auf viele noch eine gefühlsmäßige Anziehungskraft aus, obgleich sie nur für wenige eine praktisch anwendbare Alternative darstellt.

Das jüngste Wiedererwachen des studentischen „Radikalismus" legt einen Vergleich mit der Generation ihrer Lehrer an den Hochschulen nahe, die die amerikanischen „Radikalen" der dreißiger Jahre waren. Die „Radikalen" von heute sind etwa ein ebensolcher Ausdruck des Protestes gegen die schamlos-gefügige Generation der Jahre des Kalten Krieges, wie jene der dreißiger Jahre sich gegen die „Normalität" der zwanziger Jahre auflehnte. Ein wesentlicher Unterschied liegt in der wirtschaftlichen Prosperität der heutigen USA im Vergleich zur Depression jener Zeit. Die Reformbewegung ist daher im allgemeinen eher sittlich und kulturell als ökonomisch begründet. So gibt es denn auch keine Analogie zur „proletarischen Literatur" der dreißiger Jahre.

Der größte Gegensatz besteht jedoch in der Haltung gegenüber der Sowjet-Union. Diese stellt nicht mehr eine Art „radikalen Über-Ichs des sozialistischen Vaterlandes" dar. Die Studenten haben heute weniger naive Vorstellungen von den Gefahren des Stalinismus. Sie sind aufgeklärt in Sachen des Totalitarismus. Die Lehren der Kollektivierungen, Säuberungen und Ungarns sind eindeutig. Stattdessen sind sie mißtrauisch jeder Macht und jedem Imperialismus gegenüber, dem amerikanischen ebenso wie dem russischen.

Einen zweiten grundlegenden Wandel hat die amerikanische Wirtschaft bewirkt. „Big Labor" — die Organisation der Arbeiterschaft im großen Stil —, das in den dreißiger Jahren gerade zum Durchbruch kam, ist ein anerkannter Faktor geworden. Die machtvollen, bürokratisierten Arbeiterführer üben keine charismatische Anziehungskraft auf die Jugend mehr aus. Während es in den dreißiger Jahren so etwas wie ein Gebot war, „die Arbeiter zu lieben", besteht heute eine Art intellektueller Identifizierung, jedoch nicht mit den Fabrikarbeitern, sondern mit den am meisten benachteiligten Gliedern der Gesellschaft, wie den unorganisierten Landarbeitern und den „share-croppers" (Kleinbauern). Arbeiterführer, die bewundert werden, sind Einzelgänger, wie etwa Harry Bridges, der für die nationale AFL-CIO „persona non grata" ist. Auch er ist von jeder Machtstellung in der amerikanischen Gesellschaft ausgeschlossen.

Bis zum zweiten Weltkrieg war positiver Atheismus eine normale Erscheinung

unter amerikanischen „Radikalen"; jetzt sind sie häufig Existenzialisten, die Kierkegaard, Tillich und Buber folgen. Die Hoffnung der dreißiger Jahre war, entweder von der Demokratischen Partei Besitz zu ergreifen oder eine sozialistische Partei nach dem Vorbild der britischen Labour Party — auf der Basis einer starken Arbeiterklasse — zu gründen. Heute ist die sozialistische Partei klein und schwach. Sie hat ungefähr 25 Ortsgruppen. Ihr Dilemma bei den Wahlen wird gekennzeichnet durch jene Ortsgruppe, die bei den letzten Präsidentschaftswahlen ihren Mitgliedern empfahl, einen von vier alternativen Kandidaten zu unterstützen, anstatt einen der beiden Hauptkandidaten.

Die „alten" Radikalen sind heute das, was S. M. Lipset die „affluent intellectuals" genannt hat. Sie finden sich an den Universitäten, in den Redaktionen und in den Stiftungen, kurz, im akademischen Bereich. Es besteht ein natürliches Band gefühlsmäßiger Sympathie zu den „radikalen" Studenten. Aber es findet sich auch ein Antagonismus, entstanden aus den bitteren Erfahrungen der alten Generation der Marxisten. Ihr Idealismus wurde verraten durch die Stalin'schen Säuberungen und den Pakt zwischen Nazis und Sowjets. Ihre eigene Desillusionierung hat zur Folge, daß sie die idealistische Toleranz der Studenten gegenüber Kommunisten und ihre enthusiastischen Reden mit einiger Voreingenommenheit betrachten. So hat es keinen befriedigenden Dialog zwischen den Generationen gegeben.

III.

Die junge Generation der studentischen Dissenter kann in den nächsten Jahren eine außerordentlich entscheidende Rolle für die Demokratien spielen. Die Vereinigten Staaten haben wiederholt ihre Unfähigkeit gezeigt, soziale Bewegungen in der freien Welt zu führen. Diese Studenten, die Revolutionen, Marxismus und soziale Wandlungen studiert haben und verstehen, könnten von unschätzbarem Wert sein, wenn ihr Idealismus dazu mobilisiert würde, soziale Wandlungen zu verwirklichen, so wie das Peace Corps Amerikas große technische Hilfsquellen mobilisiert. Während technische Kenntnisse und Erfahrungen in den USA in Menge vorhanden sind, fehlt es an aufgeschlossenen Persönlichkeiten, die sich etwa mit den Studentenbewegungen in Korea, Japan oder der Türkei identifizieren würden. Studenten könnten — in verstehender Weise — etwa mit der Aprista-Bewegung in Peru in Verbindung treten, wie sonst keine anderen Amerikaner. Was heute notwendig ist, ist Idealismus, ideologische und soziale Geistigkeit. Das haben die Studenten in größerem Maße als jede andere Gruppe in Amerika.

Ein Sektor des amerikanischen Lebens, den sie in drastischer Weise umgeformt haben, ist das Gebiet der Beziehungen der Rassen untereinander. Die „Students for Racial Equality"-Organisation und der „Congress for Racial Equality" (CORE) haben die moralische Stärke der Studenten mittels gewaltloser und direkter Methoden, wie Sitzstreiks, Boykotts und Freiheitsfahrten, mobilisiert. Der Weg zur Integration ist erheblich beschleunigt worden. Die „Schlachtfelder" liegen jetzt im Herzen des tiefen Südens, in Jackson (Mississippi) und Montgomery (Alabama). Die alte führende Organisation der Neger, die „National Association for the Advancement of Colored People", die traditionsgemäß und stufenweise den Kampf um die Bürgerrechte vor den Gerichtshöfen geführt hat, ist jetzt abgelöst worden. So wird die NAACP jetzt angerufen, Rechtsbeistand zu leisten, wenn etwa Studenten festgenommen werden, die an einer „segregierten" Theke im Restaurant gesessen haben. Studentische Sympathieboykotts von Kettenläden im Norden, die die Rassendiskriminierung aufrecht erhielten, führten zu Streikposten in Universitätsstädten und anderen Städten im ganzen Lande. Der am meisten

bewunderte Neger in Amerika ist nicht mehr ein Blues-Sänger oder Sportler, sondern der Pfarrer Martin Luther King Jr.

Soziale Unruhe unter den Negern der unteren Klassen, für die jetzt zum ersten Male ein mittelständischer Lebensstandard erreichbar zu sein scheint, hat zu einer Art der Radikalisierung geführt, wie sie Tocqueville vor der Revolution beobachtet hat. Wenn die Lebensbedingungen sich bessern und neue Aussichten eröffnet werden, deren Erfüllung aber zunächst noch vage ist, dann entsteht eine Tendenz zum Extremismus. So hat sich unter den amerikanischen Negern eine nationalistische „Muslim-Negro"-Bewegung gebildet, die eine „schwarze" Überlegenheit behauptet und ein eigenes Territorium, zwei oder drei Staaten im amerikanischen Süden, für sich verlangt. Die amerikanischen Neger haben in den letzten beiden Jahrzehnten sozial und wirtschaftlich sowohl wie hinsichtlich ihrer Bürgerrechte einen größeren Schritt vorwärts getan als jemals zuvor; aber gleichzeitig ist auch ihre Enttäuschung gewachsen. Unter den Negern der unteren Klassen hat das Beispiel eines unabhängigen schwarzen Afrika dazu geführt, ihr Amerikanertum zu verleugnen und Autonomie zu verlangen.

Die kommenden Auseinandersetzungen in Amerika werden sich an der Natur dessen, was „amerikanisch" ist oder sein soll, und am Konzept der (nationalen) Selbständigkeit entzünden. Im einzelnen läßt sich natürlich nicht voraussagen, wodurch diese Auseinandersetzungen ausgelöst werden. Es mag ein atomarer Zwischenfall sein, der die Notwendigkeit atomarer Abrüstung eindeutig klarmacht. Oder es mag ein Fortschritt bei den Verhandlungen über das Verbot von Atomversuchen sein, wodurch eine gewisse Kontrolle amerikanischen Gebietes durch Neutrale oder Kommunisten notwendig wird. Das würde natürlich bis zu einem gewissen Grade die Aufgaben absoluter nationaler Souveränität bedeuten.

Die Schwäche der „United World Federalists"-Bewegung und anderer sich für eine Weltregierung einsetzender Gruppen in Amerika zeigt, daß die amerikanische Öffentlichkeit noch nicht reif ist für den — wollen wir überleben — fraglos notwendigen nächsten Schritt. Die sechs „Friedensabgeordneten" im Kongreß, die bemüht waren, den Anstrengungen für den Krieg gleiche Anstrengungen für den Frieden entgegenzusetzen, unterlagen im Jahre 1960. Das sog. „Connally Admendment", das die Gerichtsbarkeit des Weltgerichtshofes in Fällen, in die die Vereinigten Staaten verwickelt sind, beschränkt, genießt weiterhin Unterstützung. Das „„Antarctica Treaty", das zur Demilitarisierung jenes Eiskontinents führte, begegnet starker Opposition, da amerikanische Gebietsansprüche damit aufgegeben würden.

Der Streitpunkt wird im Begriff „amerikanisch" liegen. Die gesamte nationalistische Presse, die „America-first"-Leute, die John Birch Society und die Veteranenorganisationen werden an der Spitze aller jener stehen, die diesem Begriff eine nationalistische, Feindseligkeit gegen alles Fremde ausdrückende Bestimmung geben. Hinter ihnen werden solche ethnischen Gruppen zu finden sein, die England mißtrauen und das Reservoir des amerikanischen Isolationismus bildeten. Alles, was weltbürgerliche Liberale und Internationalisten tun können, ist, die Lehre weiterzutragen, daß staatliche Souveränität ein schönes Konzept des 16. Jahrhunderts war, aber vollkommen unangebracht ist in einer „atomaren Welt". Die ethnische Vielgestaltigkeit Amerikas wird sich ihnen dabei entgegenstellen.

Diplom-Volkswirt Alfons Vogel

Weltwirtschaft zwischen Rüstung und Frieden (II)

Wirtschaftlicher Wettbewerb, die Offensive des Ostens

Offenbar eben dieser Angstpsychose der Rüstungsinteressierten ist es letzten Endes auch zuzuschreiben, wenn in der westlichen Welt dem Gedanken einer solchen wirtschaftlichen Annäherung von beiden Seiten stellenweise mit Zurückhaltung oder gar offenem Mißtrauen begegnet wird. Dem vom Osten unermüdlich angebotenen — und von weiter vorausschauenden westlichen Wirtschaftlern bereits erfolgreich praktizierten — „friedlichen Wettbewerb" haben die Gegner dieser Entwicklung nichts anderes entgegenzusetzen, als die abgedroschenen Slogans „östliche Propaganda" oder „kommunistische Infiltrationsversuche". Sowjetische Kaviar-Dosen als „Trojanische Pferde" zu fürchten, geht das nicht etwas zu weit? Im Ernst, mit Schlagworten aus dem geistigen Waffenarsenal des Kalten Krieges ist der Wirtschaft schlecht gedient. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß heute neben der kapitalistischen Wirtschaftsform auch das sozialistische Wirtschaftssystem existiert. Aber das ist kein Grund zur Panik, sondern zu sachlichem wirtschaftspolitischem Umdenken. Die Welt hat sich verändert. Auf ihren Märkten begegnen sich heute beide Wirtschaftssysteme. Hier aber entscheiden nicht die politischen Schlagworte, sondern die besseren Waren und Leistungen.

Von dieser Seite betrachtet — unter dem Gesichtspunkt, daß also der Osten entschlossen ist, sich mit der westlichen Konkurrenz wirtschaftlich zu messen — spricht jedenfalls nichts dagegen, daß die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion aufrichtig gemeint sind. Außerdem ist eine andere beachtliche Tatsache nicht von der Hand zu weisen: Rüstungsprofite fallen im System der verstaatlichten Wirtschaft nicht ab. Somit gibt es dort auch keine wirtschaftlichen Interessengruppen, die in der Sorge um Erhaltung ihrer Gewinne durch die Hintertüren der Lobbies beispielsweise in den Kreml eindringen und Einfluß auf die Entscheidungen des Obersten Sowjet oder der Parteikongresse nehmen könnten, um etwa positive Entscheidungen in der Frage der Abrüstung zu hintertreiben.

Und schließlich: Moskau will bekanntlich in absehbarer Zeit den höheren westlichen Lebensstandard einholen und sogar überholen. Diese „Wohlstands-Offensive", die Chrustschow seinem Volke versprochen hat, verlangt eine gewaltige Ausweitung der industriellen Kapazität und der Konsumgüterproduktion. Daneben sind heute schon weitreichende zusätzliche Großprojekte in Angriff genommen: die Fruchtbarmachung unproduktiver Landstriche durch Bewässerungsanlagen und umfangreiche Bewaldung (zur Erzielung eines feuchteren Klimas und Eindämmung der Bodenerosion); die Anlage von Staudämmen und Wasserkraftwerken; die Trockenlegung von Seen- und Sumpfgebieten; die Erschließung reicher Bodenschätze in den östlichen Sowjet-Republiken.

Um diese umfangreichen Vorhaben zu verwirklichen, benötigt die Sowjetunion gut und gern sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte, Geldmittel und Rohstoffe, was zwangsläufig das Streben nach Abbau des Militärbudgets, nach Abrüstung fördert. Nach dem bereits zitierten Artikel der New York Times geben die Russen laut ihrem Haushaltsplan im Jahr 1961 — umgerechnet — 10,2 Milliarden Dollar für die Rüstung aus, bei einem Gesamtbudget von 86 Milliarden Dollar. Der Artikelschreiber geht jedoch davon aus, daß weitere Rüstungsausgaben in anderen „harmlos klingenden" Etatposten enthalten sind, wie dies in

westlichen Budgets bekanntlich die Regel ist, und berechnet damit den Totalbetrag der Ausgaben auf 42 Milliarden Dollar.

Wirft man dazu einen Blick auf das Ausmaß der „Entwicklungsaufgaben", denen sich der Westen wie der Osten konfrontiert sehen, so wird ohne weiteres sichtbar, daß — ganz abgesehen von der militärischen Gefahr des Wettrüstens — die Welt sich diese ungeheure und nutzlose Verschwendung von Arbeitskraft, Rohstoffen und Geld einfach nicht weiter leisten kann!

Vom Schwert zum Pflug

Jedem nüchtern denkenden Rüstungsgegner wird jedoch klar sein, daß es eine schöne Illusion ist, zu erwarten, daß die allgemeine, totale kontrollierte Abrüstung quasi von einem Tag zum anderen am grünen Tisch realisiert werden könnte. Selbst im Optimalfall einer grundsätzlichen Verständigung der Weltmächte über Prinzip und Modalitäten der Abrüstung würden die organisatorischen, konjunkturellen und personellen Probleme zu einem stufenweisen Vorgehen — wenn auch in denkbar kurzen Zeittakten — nötigen. Sorgfältige Durcharbeitung erfordert vor allem das Problem, wie in der Übergangsperiode von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft in den Volkswirtschaften eine „Recession" vermieden werden kann. Für den Osten dürfte dies in seinem System der relativ glatt zu handhabenden Planung vorwiegend eine Sache zentraler Weisungen und organisatorisch-wirtschaftstechnischer Steuerung sein. Im rein privatwirtschaftlich aufgebauten Westen wäre im Übergang sicherlich gebietsweise mit vorübergehenden strukturellen — also durchaus nicht unüberwindlichen — Spannungserscheinungen zu rechnen. Der Aufbau einer echten, kooperativen Weltwirtschaft unter Einschluß der Entwicklungs-Kontinente bietet sich hier geradezu an!

Gewiß lassen sich Schwerter nicht einfach als Pflugscharen verwenden. Doch die eigentlichen Schwierigkeiten — und Widerstände! — dürften nicht so sehr auf dem Sektor der technischen Umstellung liegen, als vielmehr bei der Umstellung des Kapitalmarktes, der Einordnung von Finanz- und Börseninteressen in die neue Wirtschaft. „Auf lange Sicht könnte natürlich", schreibt W. W. Leontief, Professor an der Harvard Universität, in einer eingehenden Analyse der US-Wirtschaft im Falle der Abrüstung, „jede Unausgeglichenheit zwischen den Produktionskapazitäten einzelner Industrien und dem wechselnden Bedarf durch eine bewußte Neuverteilung von Arbeit und Kapital vermieden werden". Grundsätzlich ist dieser amerikanische Experte der Auffassung, daß mit Hilfe der Statistiker des Landes Mittel und Wege zu finden sind, um die Abrüstung ohne nennenswerte Erschütterung der Volkswirtschaft der USA zu steuern.

Keine Angst vor Überproduktion und Arbeitslosigkeit!

Also nur keine Angst vor der Abrüstung, keine Angst vor Überproduktion und Arbeitslosigkeit! Vielmehr bietet sich für den Fall der Rüstungseinstellung ein Weltwirtschaftsbild voll aufsteigender technischer und sozialer Perspektiven. Die gewaltigen Produktions- und Finanzmittel, die durch den Rüstungsabbau frei werden, würden jenen großen und vordringlichen Aufgaben im zivilen Raum zufließen, die vorher mit Rücksicht auf die vorrangigen Militärzwecke vernachlässigt wurden oder gar gänzlich unberücksichtigt blieben: Bau und Einrichtung von Krankenhäusern, Sanatorien und Erholungsstätten, von Schulen und Sportstätten, von Universitäten mit großzügig ausgestatteten Einrichtungen und Forschungsinstituten, von Wohnungen, von Straßen usw. Die Beispiele, auch in der Form zusätzlicher Staatsaufträge für den zivilen Sektor, lassen sich beliebig vermehren.

Dem Verbrauchsgütermarkt aber werden in einer entmilitarisierten Wirtschaft bei sinkendem Steuerdruck zusätzlich die Produkte aus denjenigen Rohstoffen zur Verfügung stehen, die sonst für Kriegsgerät benötigt wurden, das seinerseits — durch den technischen Fortschritt schnell veraltet und zwangsläufig zu Schrott geworden — zu einer der einschneidensten materialintensiven Dauerbelastungen unserer Wirtschaft geworden ist.

Die Freisetzung aller Menschen, die bislang unmittelbar oder mittelbar im Dienst der Rüstung standen — die einen als Waffenträger, die anderen in der Industrie, Verwaltung, Forschung usw. —, wird einer zukünftigen Friedenswirtschaft einen unschätzbaren Zustrom an wertvollen menschlichen Arbeitsenergien zuführen. Nach einer amerikanischen statistischen Schätzung, die berücksichtigt, daß mindestens vier Menschen für Ausrüstung, Ernährung und Unterhalt eines einzigen Soldaten beschäftigt werden müssen, würden im Falle der gedachten totalen Abrüstung in den USA etwa 15 Millionen Menschen für produktive Arbeit in produktiven Berufen frei. Diese neue Friedensarmee von Arbeitskräften wird vor allem auch die arbeitsintensivsten Jahrgänge der Bevölkerung umfassen, nämlich die in den besten Jahren einberufenen ehemaligen Soldaten. Der Zuwachs an Staatsaufträgen nichtmilitärischer Art wird die Kapazitätslücken der Wirtschaft auf die Dauer nicht nur ausfüllen, sondern neuen Anreiz zur Kapazitätserweiterung geben. Die freigewordenen Arbeitskräfte werden von der alsdann wachsenden Konsumgüterindustrie ohne Zweifel schnell genug aufgenommen werden, so daß auch die Gefahr einer ernstlichen Arbeitslosigkeit gar nicht erst auftaucht.

Mehr fiskalische Mittel werden der Wirtschaft wie auch dem Bürger auf dem Umweg über konjunkturfördernde Kredit- und Zinserleichterungen sowie über Steuersenkungen, Rentenverbesserungen und ähnliche staatliche Maßnahmen zugute kommen. Eine positive Wirkung auf die Raten des wirtschaftlichen Wachstums und der Kapitalakkumulation, Stabilität der Währungen, Hebung der Kaufkraft und schließlich ein solider Wohlstand — aber wirklich für alle! — dürften als volkswirtschaftliche Auswirkung dieser regulierenden Impulse bald zu erwarten sein.

Während der Vertrag der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)" davon ausgeht, daß die Konjunkturpolitik die Aufgabe hat, so weit wie möglich das „magische Dreieck" zu erfüllen: hoher Beschäftigungsgrad, stabiles Preisgefüge, Sicherung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz und des Vertrauens in die Währung, paßt das Konjunkturbild der wettrüstenden Nationalökonomien des Westens gegenwärtig ganz und gar nicht in dieses magische Dreieck; und die angekündigten Opfer unseres Wohlstandes würden in der wirtschaftlichen Praxis die Reste dieses Idealdreiecks vollends zerstören — noch dazu im Zeichen der EWG ...

Eine solche verpflichtende Aufgabe kann, mit Aussicht auf Erfolg, nur einer Konjunkturpolitik gestellt werden, deren Wirtschaft nicht auf das Prokrustesbett der Rüstung gespannt ist, sondern die sich in der weltweiten Freiheit eines gesicherten Friedens ungehindert entfalten kann.

Weltumspannende Gemeinschaftsaufgaben warten

Die Logik eines konstruktiven Friedens würde schließlich auch, an den gegenwärtigen Verhältnissen gemessen, unerhörte Perspektiven für die Lösung der wirklichen Weltprobleme eröffnen. Mit der Abschaffung des Krieges wären zugleich auch die erforderlichen ungeheuren Mittel — die heute noch in Waffen und Soldaten investiert sind — bereit zur Abschaffung auch der anderen Geißeln der Menschheit: Armut, Hunger, Seuchen und Elend in gleich welcher Ge-

stalt. Durch gemeinsame Anstrengungen einer ökonomisch solidarisierten Welt könnten gewaltige Staudämme und Bewässerungsanlagen gebaut sowie Trockenlegungen durchgeführt werden, um Neuland für die Ernährung und Versorgung der stetig wachsenden Menschenmassen in allen Erdteilen zu gewinnen. Welche Möglichkeiten heute noch ungenutzt liegen, besagt allein die Tatsache, daß von der gesamten Landoberfläche der Erde bis heute nur 10% landwirtschaftlich bearbeitet sowie nur 6,5% wirklich intensiv bebaut werden.

Die Aufgabe einer echten Entwicklungshilfe im humanitären Geist könnte die Kräfte aller Menschen zu einer Solidaritätsgemeinschaft verbinden, die zu ungeahnten Leistungen befähigt. Weltverändernde Projekte sind dann nicht mehr Utopien, sondern realisierbare Unternehmen, wenn sich die beiden Teile der Welt, die alten hochentwickelten Industrieländer und die heute noch unterentwickelten, zusammentun in der einzig richtigen Erkenntnis, daß sie einander brauchen und sich wirtschaftlich ergänzen. Auch die ersten mutigen Schritte zur Erforschung des Weltraums sind getan. Aber es wird noch ein weiter Weg bis zu dem Endziel der produktiven Nutzbarmachung des Weltraumes für den Menschen sein. Das Raumschiff mit G a g a r i n und die ballistischen Raumflüge von S h e p p a r d und G r i s s o m haben den Weg zu neuen Erfolgen des menschlichen Geistes und Wagemutes gewiesen; lassen aber auch die unermeßliche Gefahr ahnen, was geschehen könnte, wenn dieses Instrument der Astronautik zu einem Werkzeug der astronautischen Kriegführung würde. Es bedarf wohl dieses Arguments hier nicht mehr, um für die zwingende Notwendigkeit einer Entmilitarisierung von Wirtschaft und Technik zu überzeugen. Aber eine Bemerkung von Prof. Dr. Fritz B a a d e in seinem Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000" sei in diesem Zusammenhang abschließend angefügt: „Die Ehrlichkeit des russischen Vorschlags der radikalen Abrüstung kann besonders auch in der Bereitwilligkeit Rußlands gesehen werden, die weitere Arbeit an dem Problem der bemannten Weltraumstation aus dem Bereich der nationalen Experimente zu entrücken und an weltumspannenden Gemeinschaftsarbeiten mitzuwirken."

Jede ernsthafte Beschäftigung mit den ökonomischen Problemen der Abrüstungsfrage führt mit zwingender Notwendigkeit zu dieser letzten Gewißheit: Falls der Weltuntergang — unter dem atomaren Atompilz — nicht stattfindet, weil die Vernunft am Ende über den Wahnwitz siegt, dann hat sich die Menschheit damit nicht nur für das „Weiter-leben", sondern im anspruchsvollsten Sinne des Wortes für das „Besser-leben" entschieden.

C h i g o z i e N j o k u

Yomo Kenyatta und der Unabhängigkeitskampf Kenias

Eine neue Zeit in der Geschichte Kenias begann im Sommer 1961 mit der Freilassung Yomo K e n y a t t a s. Am 21. August war Kenyatta wieder ein freier Mann im Lande seines Vaters. Von diesem Tage an darf er sich wieder politisch betätigen.

Trotz neunjähriger Gefängnishaft wegen politischer Tätigkeit ist Kenyatta der politische Geist Kenias geblieben. Seine politische Tätigkeit geht bis in die zwan-

ziger Jahre zurück, als ganz Afrika noch unter Imperialismus litt und Kenia noch das Land der weißen Siedler war.

Aber jetzt, nach der Freilassung, erwartet man sehr viel von Kenyatta. In ihm sieht man den ersten Ministerpräsidenten und politischen Vater nicht nur seines Vaterlandes Kenias, sondern ganz Ostafrikas. Um seine politische Zukunft deutlicher zu sehen, ist es gut, seine Bestrebungen und seinen Kampf für die Unabhängigkeit Kenias zu untersuchen.

Ist Kenyatta wirklich der Mau-Mau-Führer, mit dessen Namen sich das Bild menschenfressender Neger mit Buschmessern zwischen den Zähnen verbindet, das Bild von Rebellen, die Terror und Unsicherheit verbreiteten, von Revolutionären, die nicht Freiheit, sondern Zwang und Gefängnis verdienten? Eine geschickte Propaganda durch solche Weiße, die wie Seiltänzer immer abzustürzen drohen, hatte diese Parole in die Welt geschrien. Daß dabei die öffentliche Meinung vergewaltigt wurde, lag ausschließlich in ihrem Interesse. Die Wirklichkeit sah aber ganz anders aus. Dieser Bericht schildert, wie es zu der revolutionären Gegenbewegung der Farbigen Kenias kam. Er schildert den heldenhaften Kampf einer Handvoll Männer, die nur einen Wunsch hatten und nur ein Ziel kannten: den afrikanischen Menschen die Freiheit zu bringen.

Kenyattas Geschichte

Februar 1938. Yomo Kenyatta, ein junger Nationalistenführer, erregt zum erstenmal in der englischsprechenden Welt Aufsehen: Er ist der Autor eines Buches, das den Titel trägt: „Im Antlitz des Berges Kenia". Dieses Buch enthält hochexplosiven Sprengstoff, der sich gegen die Kolonialherrschaft Großbritanniens richtet. Die Intellektuellen Afrikas jubeln. Hier spricht ein Afrikaner zu Afrikanern. Alles, was sie sich je erhofft und erträumt haben, Freiheit vom Kolonialismus, Selbstbestimmung in ihrem Land, die Anerkennung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde, fordert der Afrikaner Kenyatta von London aus, wo er studiert.

Acht Jahre später, im Sommer 1946, steht Kenyatta auf der Rollbahn von Nairobi. Er ist beladen mit dem Gepäck britisch-westlicher Erziehung und Bildung. Im Herzen ist er Afrikaner geblieben mit dem Wunsche, seinem Volk zur Freiheit zu verhelfen. Nur wenige Vertraute kennen den Termin seiner Rückkehr in die Heimat. Sie sind gekommen, um den Mann zu begrüßen, der für den Freiheitskampf in Kenia einmal die gleiche historische Bedeutung erlangen sollte wie später etwa Patrice Lumumba im Kongo.

Yomo Kenyatta hat an den vornehmen und traditionsreichen Universitäten Englands, in Oxford und Cambridge, Vorlesungen gehört. Philosophie und Völkerrecht, politische Wissenschaften gehören ebenso zu seinen Studienfächern wie Jurisprudenz und Psychologie. Je tiefer er in die Geheimnisse dieser Wissenschaften eindringt, je mehr Wissen er wie ein Schwamm in sich saugt, umso tiefer fühlt er die Mission, die Bevölkerung seiner Heimat Kenia vom Joch des Kolonialismus zu befreien. Warum sollen die Afrikaner nicht gleichberechtigt in den Kreis der Völker aufgenommen werden? Warum unterdrückt man sie und beutet sie aus, statt ihnen das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte und -würde zu geben? Es gibt Fragen über Fragen. Kenyatta sucht in vielen Diskussionen mit führenden Engländern eine Antwort auf seine Fragen zu erhalten. Keine dieser Antworten überzeugt ihn. „Analphabetentum, soziale Unsicherheit, wirtschaftlicher Rückstand, mangelnde hygienische Verhältnisse, kurz, Armut und Not geben keiner Macht auf dieser Welt das Recht, die menschliche Freiheit zu kastrieren, wie es in Afrika und nicht nur in Afrika geschieht", schreibt er aus seinem selbstgewählten Londoner Exil an seine afrikanischen Freunde.

Wen wundert es, daß es viele Engländer gibt, die diesen intellektuellen Starrkopf bändigen wollen? Wen wundert es, daß seine Professoren bei allem Sinn für Fairneß beginnen, die revolutionären Ideen dieses Rebellen zu beargwöhnen? Die Dossiers über Kenyatta im britischen Kolonialamt nehmen die Form eines dicken Wälzers an. Doch Yomo Kenyatta denkt seine Konzeption zu Ende. Die „Afrikanische Union Kenias" (KAU), die führende Partei des Landes, dankt es ihm, indem sie ihn ein Jahr nach seiner Rückkehr in die Heimat zum Präsidenten wählt. Aus dem ehemaligen Arbeiter in einem Wasserwerk in Nairobi wird damit über Nacht eine politische Kraft, mit der die Kolonialherren fortan rechnen müssen. Was Keyatta einst von London aus als politisches Modell für Afrika entwickelt hat, muß in die Tat umgesetzt werden. Aber noch dauert es fünf Jahre, bis sich diese Kraft entladen kann.

März 1952. Kenyattas Männer sind bis in die letzten Winkel des Landes vorgedrungen, um die Bevölkerung aufzuklären. Sie plädieren für die Befreiung vom Kolonialismus. Sie wenden sich gegen jede Art von Rassendiskriminierung. Sie fordern die Gleichberechtigung, sie wollen die Menschenwürde ... Zu dieser Zeit ist das wirtschaftliche und soziale Leben in Kenia gestört. Es gibt zwar Afrikaner, die es aus Angst vor Gefängnis und Prügelstrafen vorziehen, den Weißen sklavisch ergeben zu sein; ihre Zahl verringert sich aber von Monat zu Monat.

Kenias Kampf

Die Kikujus erkennen plötzlich, daß sie ihre Sicherheit und Würde, ihre Bindungen an die Familie und ihre Stämme, ihre Gesetze über das Landeigentum usw. nur dann erhalten können, wenn sie nicht länger ausgebeutet werden und wenn sie das gleiche Recht erhalten, das die Weißen selbstverständlich in Anspruch nehmen. Diese Einstellung kommt nicht von ungefähr. Die britische Kolonialpolitik hatte versagt, obwohl gerade die Engländer auf Grund ihrer großen Erfahrungen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik Vorbildliches hätten leisten können. Stattdessen mißbrauchten sie ihre Macht und setzten sie falsch ein. Um die Hintergründe ihrer verfehlten Politik zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf die zwei Gesichter des britischen Kolonialismus in Afrika nötig.

In Westafrika gibt es riesige Gebiete, die für England wirtschaftlich und handelspolitisch Zuschußgebiete sind. Diese Gebiete sind in der englischen Handelsbilanz mit roten Zahlen ausgewiesen. Hinzu kommt, daß in Westafrika nur wenige weiße Siedler ansässig sind. Als die Weltöffentlichkeit den Kolonialismus immer mehr anprangert, entschließen sich die Briten unter dem Druck der öffentlichen Meinung, den westafrikanischen Ländern die Freiheit zu geben.

Anders ist es in Ost- und Zentralafrika. Die weißen Siedler halten hier zunächst ihre Macht, wobei ihnen jedes Mittel recht ist, auf Kosten der farbigen Bevölkerung Kenias einträgliche Positionen zu erhalten und auszubauen. Nach dem Grundsatz „Recht oder Unrecht, mein Vaterland" wurden die britischen Untertanen in Afrika systematisch ausgebeutet.

Kenyatta hatte die Bevölkerung aufgeklärt. Daraus ergaben sich Gefahren für die britische Kolonialpolitik. Es wäre für die Kolonialherren höchste Zeit gewesen, ihre Politik zu ändern, da die Unzufriedenheit der Bevölkerung Kenias immer mehr wuchs. In Nairobi gab es ständig etwa 10 000 junge Afrikaner, welche erwerbslos waren. Die weißen Siedler lebten wie Feudalherren, sie behandelten die Kikujus wie Leibeigene. Anstatt soziale Maßnahmen durchzuführen, setzten die weißen Siedler die Farbigen immer stärker unter Druck. Der britische Generalstaatsanwalt erließ Gesetze, welche für die Kikujus entwürdigend waren; nach Absprache mit dem Kolonialamt in London wurden sie den Kikujus am 25. September 1952 bekanntgegeben.

Es wird verfügt, daß nicht lizenzierte Zeitungen und Zeitschriften beschlagnahmt und Rotationen, auf denen sie gedruckt wurden, zerstört werden.

Über Afrikaner, welche Mitglieder der „Afrikanischen Union Kenias" sind, wird ein Ausgehverbot verhängt.

Jede Organisation mit zehn oder mehr Mitgliedern muß registriert werden. Gesellschaften, die nicht registriert sind, werden automatisch für ungesetzlich erklärt. Organisationen, die über internationale Verbindungen verfügen, werden verboten und verurteilt. Ausgenommen von dieser Regelung sind Genossenschaften, Gewerkschaften und Freimaurer.

Am 28. Oktober 1952 wendet sich die Afrikanische Union Kenias (KAU) in einem Manifest an die Weltöffentlichkeit. Dieses Manifest kennzeichnet den tiefen Riß zwischen Afrikanern und Engländern. Es enthält die Forderungen der Kikujus:

Jeder Afrikaner hat ein verbrieftes Recht auf Grund und Boden. Dieser Anspruch muß erfüllt werden. Einwanderungsgenehmigungen von Europäern und Asiaten sind so lange nicht zu erteilen, bis dieser Anspruch erfüllt ist. Nicht davon betroffen ist das Ausbildungs- und Studienpersonal in Erziehung, Wirtschaft und Industrie.

Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten und andere Lehranstalten sind zu erweitern oder neu einzurichten. Der Austausch von Studenten muß verstärkt werden. Mit Hilfe von Stipendien sollen mehr Afrikaner die Möglichkeit erhalten, im Ausland zu studieren. Allen afrikanischen Mädchen und Jungen ist die Möglichkeit einer Grundausbildung zu geben.

Afrikanern über 21 Jahren ist das Stimmrecht zu geben, soweit sie lesen und schreiben können. Diese Maßnahme bezieht sich ebenfalls auf Frauen. In der gesetzgebenden Versammlung ist die Aufteilung der Sitze so zu regeln, daß gleich viel Nichtafrikaner und Afrikaner in die Versammlung gewählt werden können.

Auf Grund dieses Manifestes wurden Yomo Kenyatta und andere führende Afrikaner verhaftet. Von jetzt an standen Massenverhaftungen von Mitgliedern der KAU auf der Tagesordnung. Jetzt tauchte auf einmal das geheimnisvolle Wort „Mau Mau" auf. Es geisterte durch Presse und Rundfunk. Es sollte eine Geheimorganisation der Kikujus sein, die durch geheime Eide zusammengehalten wurde. Ihr Ziel sei es, alle Weißen und alle Freunde der Weißen umzubringen. Eine Angstpsychose erfaßte alle Europäer. Frauen und Kinder wurden in Flugzeugen nach England gebracht. Die gleichen Maschinen brachten auf dem Rückflug Soldaten und Kriegsmaterial nach Kenia. Kriegsschiffe zum Schutze der Evakuierten kreuzten vor der Küste.

Die „Mau-Mau"-Legende

Da die Nationalisten-Führer als Terroristen gebrandmarkt waren und hinter Gefängnisgittern saßen, versuchten die europäischen Siedler mit Hilfe der Regierung ihre politische und wirtschaftliche Lage in Kenia zu festigen. Sie triumphierten. Niemals wieder sollte es in Afrika einen „Mau-Mau"-Aufstand geben. Kenia sollte ein Land des weißen Mannes werden, nach dem Vorbild Südafrikas. Was zunächst aussah wie eine Notlage, wurde zu einer militärischen Operation, die in Afrika seit dem Burenkrieg und dem Krieg in Algerien ohne Vorbild war. Über 30 000 britische Soldaten wurden nach Kenia entsandt, um die dortige Polizei zu verstärken. Das königlich-afrikanische Grenadierregiment kämpfte zusammen mit der in Kenia stationierten Home-Guard, um die Befreiungsarmee Yomo Kenyattas niederzuringen.

Der Wille der Bevölkerung und die Sehnsucht nach Freiheit waren stärker als

die modernen Kriegsoperationen der britischen Imperialisten, welche das Ziel hatten, die Afrikaner in Kenia zu vernichten. Durch die Tapferkeit „Marshall Dedan Kimathies", „General Chinas" und „General Tanganyikas", welche mehr als 20 000 Freiheitskämpfer als reguläre Truppen gewinnen konnten, dauerte der Krieg sieben Jahre lang. Nie hätten die Engländer vorher geglaubt, daß der Krieg so lange dauern würde.

Die Afrikaner waren gezwungen, ihre Rechte durch einen grausamen Krieg zu erzwingen, weil man ihnen keine anderen Möglichkeiten einräumte. Die Aufständischen wollten eine Verbesserung der schlechten sozialen Verhältnisse und des Unrechts, welche in Kenia herrschten. Diese Forderungen hätte ein demokratisches Land, wie es England ist, erfüllen können, ohne ein solches Blutbad zu veranstalten. Stattdessen versuchten die Engländer durch einen kaltblütigen Krieg den sterbenden englischen Imperialismus wieder ins Leben zu rufen.

Die „Mau-Mau" waren ein Hirngespinst der Siedler. Es war kein Terror der Schwarzen, sondern der Weißen. Die Statistik beweist das. Der Krieg hat bis zum Ende des Ausnahmezustandes im Jahre 1959 der afrikanischen Bevölkerung ein kaum vorstellbares Elend gebracht. Obwohl die offiziellen Schätzungen der Engländer die Zahl der getöteten Afrikaner sehr niedrig angeben, nennt man von afrikanischer Seite die Zahl 25 000. Bis zur Ausrufung des Ausnahmezustandes waren nur 100 Europäer getötet worden. Dieser Zahlenvergleich dürfte das Bild des Aufstandes und der „Mau-Mau" deutlich genug zeigen.

Man wird sich fragen, warum so viele Afrikaner getötet wurden und warum man in Europa vom „schwarzen Terror der Mau-Mau" spricht. Diese Frage, wie so viele andere dieser Art (z. B. die zur Zeit bestehenden Zustände in Angola, im Kongo und in Südafrika) sind ebenfalls ohne Antwort geblieben. Außerdem könnten diese Fragen nur von Afrikanern beantwortet werden, welche unter der Folter des Imperialismus gelebt und gelitten haben.

Lange bevor die Welt jemals von den „Mau-Mau" hörte, haben die Afrikaner die englische Regierung um Hilfe und Befreiung von der Herrschaft der weißen Siedler gebeten. Sie benutzten dabei die beschränkten konstitutionellen Mittel, welche ihnen offen standen. Schon 1922 wurden die ostafrikanischen Verbindungen gegründet, um gegen die Vertreibung der Afrikaner von ihrem Land zu protestieren. Die Europäer wurden nach dem Ersten Weltkrieg durch die englische Regierung ermutigt, in Kenia zu siedeln. Statt gegen die Vertreibung der Afrikaner von ihrem Land zu stimmen oder den Ruf der um ihr Land Beraubten zu erhören, hielten es die Regierung von Kenia und die englische Regierung für notwendig, die ostafrikanischen Vereinigungen zu verbieten. Diese Vereinigungen — wie tausend andere, ferner auch Parteien — entstanden in Kenia zwischen 1922 und 1954, und alle wurden verboten, unter dem Vorwand, die afrikanischen Organisationen planten entweder, alle Weißen in Kenia umzubringen oder die Regierung mit Gewalt zu übernehmen, um eine kommunistische Regierung in Afrika zu gründen. In Wahrheit ging es darum, die Afrikaner wie „Schafe ohne Schäfer" zurückzulassen, weil die unorganisierten Afrikaner leicht zu beherrschen waren. Colonel Ewart Grogan, Mitglied des „Legislature Coucil", sagte, „wir Europäer müssen dieses Land regieren, und wir werden es mit eiserner Disziplin tun". Tatsache ist, daß die weißen Siedler die Regierungsgeschäfte nicht mit den Afrikanern teilen wollen. Die englische Regierung gibt nur den weißen Siedlern Unterstützung. Dies ist der Hauptgrund für die soziale Spaltung in Kenia.

Frieden für Schwarze und Weiße

Die Sorgen der Afrikaner in Kenia können nicht mit Waffen beseitigt werden, noch ist es ihr Wunsch, in ganz Afrika die Freiheit durch Blutvergießen zu er-

ringen. Was die Afrikaner in Kenia wollen, ist nicht mehr, als in Frieden im Land ihrer Väter zu leben. Sie wollen an den Geschenken der Natur teilhaben und wollen, daß ihre Kinder ohne Furcht aufwachsen können.

Es ist eine Tatsache, daß Kenia ein afrikanisches Land mit einer weißen Minderheit ist, aber trotzdem ist Kenia kein Multi-Rassen-Staat. Es gibt weniger weiße Siedler in Kenia als Farbige in England oder Frankreich. Aber wir sprechen von Frankreich und England nicht von Multi-Rassen-Staaten. Obwohl die weißen Siedler in Kenia in der Minderheit sind, besitzen sie noch die meisten fruchtbaren Teile des Landes und hindern die Afrikaner, Teile der Regierung ihres eigenen Landes selbst zu übernehmen. Die schwarze Bevölkerung macht 97,1 %, die weiße 1,3 % und 1,6 % die Inder und Araber aus. Von der Gesamtoberfläche des fruchtbaren Landes besitzen die Weißen 52,5 %. Die Mehrheit der Afrikaner, die in der Hauptstadt arbeiten, leben in Slums. Die Arbeitslosen, die nicht mehr imstande sind, ihre Unterkunft zu bezahlen, schlafen unter Schaufenstern, zwischen Toreingängen usw. Die UNO gab 1953 die sozialen Zustände in abhängigen Ländern bekannt. Der Durchschnittsverdienst in Kenia war: Europäer 660 Pfund, Asiaten und andere Nichteuropäer 280 Pfund, Afrikaner 27 Pfund pro Jahr. Im Durchschnitt kommen auf jeden Afrikaner 5 Pfund 18 shilling pro Jahr, auf Nichtafrikaner 205 Pfund 18 shilling.

In Kenia, wie in vielen anderen Kolonien, bedeutet „Demokratie" die Herrschaft der in der Minderheit lebenden Weißen. Deshalb zählte 1953 das Parlament nur sechs Afrikaner (um 5½ Millionen zu vertreten) und 38 Weiße (um 30 000 zu vertreten, welche die Legislatur ausüben, die gegen die Schwarzen gerichtet ist). In allen sozialen Einrichtungen gibt es Diskriminierungen der Schwarzen; das Erziehungswesen sowie andere Regierungsinstitutionen sind nach strengen Rassenlinien eingeteilt. Es gibt drei separate Schulen mit verschiedenen Systemen für Europäer, Asiaten und Afrikaner. Schulpflicht besteht nur für die weißen Kinder. Die Mehrheit der afrikanischen Kinder im Schulalter kommt nicht in den Genuß einer Schulerziehung. 1952 waren im Haushalt der Regierung 512 581 Pfund für europäische Kinder und 1 089 749 Pfund für 337 000 Afrikaner eingesetzt; mit anderen Worten, jedes weiße Kind hatte 72 Pfund und jedes afrikanische Kind nur 3 Pfund. Die Möglichkeiten, ein Gymnasium zu besuchen, waren noch geringer. 1952 waren von den 5½ Millionen Afrikanern nur 3 891 im Gymnasium eingeschrieben und nur 115 in Hochschulen. Nicht ein Afrikaner war Arzt, Ingenieur usw. Keiner hatte eine richtige Ausbildung absolviert.

Was Yomo Kenyatta und seine Kollegen in Kenia gemacht haben, war nichts anderes, als eine unerträgliche Situation zu verbessern. Man hat sie als „Mau-Mau" gebrandmarkt, weil sie für Gleichberechtigung der Afrikaner kämpften. Es wurde versucht, der Weltöffentlichkeit über die Wahrheit des Geschehens in Kenia ein falsches Bild zu geben.

Am 8. April 1953 wurde Kenyatta von einem britischen Gericht in Kenia zu sieben Jahren Gefängnis, „verbunden mit harter Arbeit", verurteilt. Die Begründung besagte, daß er der Inszenierung einer verbrecherischen Verschwörung gegen die Bevölkerung Kenias, besonders gegen die weißen Siedler, überführt worden sei. Hauptbelastungszeuge war ein Afrikaner namens Rawson Macharia Mbogwa, der unter Eid aussagte, er sei Zeuge der Vereidigung von „Mau-Mau-Verschwörern" durch Kenyatta gewesen.

Am 22 November 1958, nach 5½ Jahren schwerer Haft für Kenyatta, erschien derselbe Macharia vor einem britischen Gericht und erklärte, er habe gegen Kenyatta einen Meineid geschworen. Er sei dazu veranlaßt worden und habe 1358 Pfund dafür erhalten. Macharia erhielt 2 Jahre Zuchthaus wegen Meineides.

Kenyatta wurde nicht aus der Haft entlassen. Am 14. April 1959 wurde Yomo Kenyatta unter Bewachung nach Lodwar in der Turkanwüste im Nordwesten Kenias in die Verbannung geschickt.

Nach seiner jetzt erfolgten Freilassung hofft man nun, daß die Stimme der Mehrheit gehört und daß die Sozialreformen durchgesetzt werden, damit Schwarze und Weiße in Kenia in Frieden leben können.

Dr. Horst Lademacher

Der Friede von Brest-Litowsk 1918

Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Der Mehrheitssozialist Philipp Scheidemann schrieb 1921 rückschauend zum deutsch-russischen Sonderfrieden von Brest-Litowsk: „Den Abschluß fand das erst so hoffnungsvolle und schmerzlichste Kapitel der Kriegspolitik, das Kapitel Deutschland—Rußland, in Brest-Litowsk. Dort hätten mächtige Quadersteine für den Bau des allgemeinen und wirklichen Friedens gelegt, wenigstens aber ein dauernd gutes Verhältnis zu Rußland angebahnt werden können." Wesentliches Hindernis zu einer solchen Entwicklung seien jedoch politische Unzulänglichkeit und „diplomatische Unehrlichkeit" ebenso wie militärischer „Machtkitzel" gewesen [1]). Maximilian Harden sprach vom „Aberwitz" der Generäle [2]), und der Spartakist Karl Liebknecht sah als wesentliches Ergebnis des Sonderfriedens die „Entlarvung der Mittelmächte, die Entlarvung der deutschen Habgier, Verlogenheit, Hinterlist und Heuchelei" [3]). Das sind harte, aus unmittelbarer politischer Teilnahme gewonnene Urteile, deren Zahl durch die Äußerungen führender Politiker und Diplomaten noch erweitert werden könnte; eine nähere Betrachtung der deutschen Kriegszielpolitik von 1914 bis 1918 erlaubt den Schluß, daß auch Liebknecht bei aller Emotionalität und Schärfe des Ausdrucks — man pflegte sich eben in der Hitze des politischen Kampfes nicht immer des euphemistischen Wortes zu bedienen — durchaus die adäquate Form der Beurteilung gefunden hat.

I.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die deutsche historische Forschung wieder mit der Problematik des Ersten Weltkrieges in einem der Bedeutung des Themas gebührendem Maße. Neben einer Arbeit von Werner Conze sind es vor allem ein breit angelegter Aufsatz von Fritz Fischer [4]) und die Hamburger Dissertation von Imanuel Geiss, die sich mit der deutschen Weltkriegspolitik befassen [5]). Geiss behandelt mit dem „polnischen Grenzstreifen" ein für den Beweis der Abstrusität deutscher Kriegszielvorstellungen besonders wichtiges Teilproblem. Fritz Fischers Aufsatz ist als eine Vorstudie zu einer umfassenden Darstellung der deutschen Kriegsziele anzusehen. Die historische Forschung darf hier gewiß eine gründliche Nachprüfung der Kriegszielpolitik im einzelnen erwarten.

Der Sonderfrieden von Brest-Litowsk als Ergebnis militärisch-taktischer Überlegung oder als Frucht der Bemühungen um die Verwirklichung weitgesteckter Kriegsziele, das sind zwei Ausgangspunkte der Betrachtung, die den Frieden in einem jeweils anderen Lichte erscheinen lassen. So etwa stellte Dr. Bloch,

der Sekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, 2. Unterausschuß, die Frage, ob der Vertrag von Brest-Litowsk solcher Art gewesen sei, daß ein Verständigungsfrieden mit Rußland auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts wirklich erfolgt sei oder ob beispielsweise die Oberste Heeresleitung „den Willen der Reichsleitung, der zu einer Verständigung neigte", gehemmt habe [6]). Während so Bloch dem Anteil der Obersten Heeresleitung beim Abschluß des Sonderfriedens nachgehen will und selbst schon in seiner Formulierung — in der Gegenüberstellung von Oberster Heeresleitung und Reichsleitung nämlich — ein politisches Urteil zugunsten der Reichsleitung gefunden zu haben glaubt, weist uns die jüngere historische Forschung auf der anderen Seite auf die selbständige Politik der Reichsleitung und den Einfluß der außerparlamentarischen Verbände und Gruppierungen, die es zu untersuchen gelte. Uns scheint — ohne daß hier die Rolle der Obersten Heeresleitung als untergeordnet betrachtet werden soll — jener zweite Weg der Beobachtung für das Verständnis des Sonderfriedens bedeutsamer. Bei solchem Ausgangspunkt ist die militärische Situation 1917/18 und die Überlegung, den Krieg nur auf einer Front bei Abschluß eines Separatfriedens erfolgreich fortführen bzw. einen neuen Krieg strategisch günstiger beginnen zu können, sekundär gegenüber Plänen, die — wie Fischer schreibt — „Ausbau und Sicherung einer deutschen Weltmachtstellung als Ertrag des mit ungeheueren Opfern als Verteidigungskrieg . . . begonnenen Weltkrieges" enthielten [7]).

In der Tat, unter der Losung vom Verteidigungskrieg hatten die Parteien den Burgfrieden geschlossen, die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt. Aber dieser Begriff erwies sich im Laufe der Monate als außerordentlich interpretationsfähig, und es konnte so nicht verwundern, daß schon vom Dezember 1914 an innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (Minderheit) Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Parole auftauchten. Wie sich die Reichsleitung das Ende des „Verteidigungskrieges" vorstellte, mag aus einem Wort des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Zimmermann, hervorgehen, der 1914, als deutsche Truppen vor Paris standen, dem Botschafter Wilsons, Gerard, auf ein amerikanisches Friedensvermittlungsangebot antwortete: „Deutschland wünsche unter allen Umständen den Krieg durch einen dauerhaften Frieden zu beendigen. Dieser Wunsch würde durch einen Vertrag nach dem entwickelten Muster [8]) im gegenwärtigen Augenblick zweifellos nicht erfüllt, seine Erfüllung setze vielmehr eine Abrechnung nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Rußland und England voraus. Andernfalls würden wir in wenigen Jahren einen neuen Krieg mit den Ententemächten zu gewärtigen haben, was das deutsche Volk unbedingt nach den gegenwärtigen gewaltigen Kraftanstrengungen vermieden wissen wolle . . ." [9]) Wie die „Abrechnung" im einzelnen auszusehen hatte, mag im Moment auf sich beruhen bleiben. Zuvörderst sei vielmehr die Rolle Rußlands in der Argumentation vom Verteidigungskrieg erwähnt. Der Hinweis auf Rußland als den drohenden mächtigen Koloß im Osten schuf einmal die propagandistische Voraussetzung für weite industrielle und agrarische Wünsche und fiel vor allem auch bei der Sozialdemokratie auf fruchtbaren Boden. Ja, die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist wesentlich unter dem Aspekt des Feldzugs gegen Rußland zu sehen. Es war schon ganz richtig, wenn Charles Andler 1919 in seiner Beurteilung der Sozialdemokratie schrieb: „Il était sûr d'avance que le parti socialiste allemand n'opposreait aucune résistance effective à la mobilisation de 1914 dès l'instant que la Russie serait mêlée à cette guerre" [10]). Lange vor dem Kriege hatte sich Bebel bereit erklärt, das Gewehr zu schultern, wenn es in den Krieg gegen den Zarismus ginge. Dieser antizaristische Affekt entsprang leidenschaftlicher demokratischer Überzeugung im Sinne der 48er Tradition, der ohne Zweifel nach der

russischen Revolution 1905 der Überprüfung bedurft hätte. Das Jahr 1914 bewies jedoch, daß man sich des alten Urteils nicht begeben hatte. Im Gegenteil, die Aversion nahm zuweilen recht skurille Formen an; nicht genug damit, daß man sich wiederholt einschlägiger Zitate aus Arbeiten von Marx und Engels bediente, die immerhin Nikolaus' I. Niederwerfung der Wiener Revolution als Zeitgenossen mitgemacht hatten, es ist sogar festzustellen, daß in den ersten Kriegsmonaten bei manchen Sozialdemokraten — eigenartig genug — die antizaristische Haltung in einen antislawischen Affekt umschlug[11]). Die Haltung einiger Parteigenossen mochte nun gewiß nicht repräsentativ für die gesamte Partei sein, aber es sollte doch nicht übersehen werden, daß manches Unterschwellige hier an die Oberfläche kommen konnte. So nahm Rußland in der Beurteilung imperialistischer Machtpolitik durch die Sozialdemokraten einen exponierten Platz ein, ungleich verabscheuungswürdiger als die anderen Mächte. Eduard David, der immerhin in der Reichstagsfraktion ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte, umriß die sozialdemokratische Haltung in harten Worten in einer 1915 geschriebenen Broschüre. Es heißt da: „Halbasiatisch auch nach seinem ganzen politisch-kulturellen Wert, liegt dieses Reich wie ein drohendes Ungeheuer vor den Toren Westeuropas. Das Konglomerat von Völkern verschiedener Rasse, Religion und Kulturentwicklung, das durch die Zwangsgewalt eines absolutistischen Regierungssystems zusammengehalten wird, zählt über 100 Millionen Menschen . . . Es ist das Produkt einer konsequenten Raub- und Unterdrückungspolitik, die ihren Ausgang von dem kriegerischen Großfürstentum Moskau nahm . . . Eine auf rücksichtslose Herrschaftserweiterung eingestellte Dynastie, gestützt auf eine beutegierige Militär- und Beamtenaristokratie, begleitet von den Segenssprüchen einer fanatischen und fanatisierenden Priesterschaft und gefolgt von einer gehorsamen, zu Gesinde-, Büttel- und Kriegsdiensten mißbrauchten Volksmasse, hat diesen ungeheuren Länderkomplex zusammengeschweißt und ihrer Nutznießung unterworfen" [12]). Ganz gleich, ob es sich hier um das Bekenntnis eines Sozialdemokraten oder nur um eine opportunistische Äußerung — im Kampf gegen die Opposition in den eigenen Reihen — handelt, solche Darstellung fällt ein scharfes Urteil über den Wert einer ganzen Nation und half das Verständnis für eine scharfe, aggressive Politik gegenüber dieser Nation vorbereiten.

Demgegenüber nahmen sich die Publikationen des zu dem Kreis um Bethmann-Hollweg zählenden Paul Rohrbach gemäßigt aus, zumindest wurde hier deutscher Machtzuwachs auf Kosten Rußlands ganz nüchtern und rational als weltpolitische Komponente im Zuge imperialistischer Politik verstanden, und nicht ein irrationaler Affekt zum Ausdruck gebracht[13]). Neben Rohrbach waren es Jäckh und Naumann sowie Albert Südekum von der SPD, die als eine in Regierungskreisen einflußreiche Gruppe der deutschen Weltmachtstellung Gestalt zu geben versuchten. Sie verfolgten dasselbe Ziel wie die Schwerindustrie, der Alldeutsche Heinrich Class oder Ludendorff-Hindenburg als Vertreter der Obersten Heeresleitung. „Der einzige Unterschied", so schreibt Fritz Fischer, „zwischen den Alldeutschen der Schwerindustrie und Ludendorff einerseits und der genannten Gruppe andererseits lag in Akzenten der Propaganda, Taktik und Methode zur Erreichung der von allen bejahten deutschen Weltmachtstellung" [14]).

II.

Das Kriegsziel des „dauerhaften Friedens" und der „Sicherung der deutschen Grenzen" nahm gegen Osten schon gleich nach Beginn des Krieges in den Plänen zur Revolutionierung der russischen Randvölker konkrete Formen an. Man sprach von Förderung eines Aufstandes in Finnland, Polen und der Ukraine[15]). Die Bildung einer unabhängigen Ukraine war schon im Oktober 1914 geplant.

Im Februar 1918 hat man diesen Plan dann durch den Abschluß eines Separatfriedens mit der Ukrainischen Rada noch während der Verhandlungen in Brest-Litowsk verwirklicht. 1915 weitete sich der Plan einer Revolutionierung der Randvölker zu dem einer Revolutionierung Rußlands überhaupt aus — unter Ausnutzung der sozialen Spannungen. Das Wort von der Identität deutscher machtpolitischer und russischer sozialrevolutionärer Interessen tauchte auf. Eine wichtige Rolle spielten hier Alexander Parvus-Helphand[17]), russischer Emigrant und deutscher Sozialdemokrat, wie auch — wiewohl in geringerem Maße, da anderweitig im Auftrag der deutschen Regierung tätig — der schon genannte Sozialdemokrat Albert Südekum[18]). Die Revolutionierung als Methode sollte die Voraussetzung für eine Politik schaffen, die Rußland sowohl von der Ostsee als auch vom Schwarzen Meer abzuschließen hatte, wie es Matthias Erzberger in einer Denkschrift im September 1914 ausdrückte[19]). Nichts läßt darauf schließen, daß man gegenüber einem revolutionären Rußland — darauf arbeitete man ja hinaus — eine andere Außenpolitik zu führen gedachte. Im Gegenteil: Revolutionierung des Landes, Abschluß eines Separatfriedens und dadurch bedingte Auflösung der Koalition (Entente) sowie schließlich Verwirklichung der Kriegsziele waren in dieser Reihenfolge unlösbar miteinander verquickt. Es muß hinzugefügt werden, daß ein Separatfrieden im Osten schon gegen Ende 1914 als wichtige Voraussetzung auch für die Verwirklichung der Kriegszielwünsche im Westen erkannt wurde. Angesichts der militärischen Lage im Westen geriet die deutsche Regierung natürlich insofern in eine Zwangslage, als hier doch die Möglichkeit eines baldigen Sonderfriedens mit dem zaristischen Rußland — also nicht mit einem durch die Revolution mürbe gemachten Land — erwogen werden mußte. Ein Frieden auf dem Boden des status quo ante aber hätte die Liquidierung der Kriegszielpläne im Osten bedeutet. Gerade diese Zwangslage enthüllte dann die in der deutschen Politik bzw. bei den einflußreichen Interessengruppen vorherrschende annexionistische Tendenz. Begründete Hoffnung auf Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland im Sommer 1915 und die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler fielen zeitlich wohl nicht zufällig zusammen[20]). In dieser sehr langen Eingabe hieß es hinsichtlich der im Osten zu erreichenden Ziele, man müsse die „erhebliche Erweiterung der Reichs- und preußischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten", anstreben. Von seiten Rußlands habe die Kriegsentschädigung „in großem Umfange in der Übereignung von Land zu bestehen"[21]). Ähnliche alldeutsche Positionen nahmen die u. a. von Dietrich Schäfer, Andreas Gildemeister und Reinhold Seeberg verfaßte und versandte Professoren-Denkschrift (Intellektuellen-Eingabe) ein, die die Unterschrift von mehr als tausend Personen trug und sich durch ideelle — dem Habitus der Unterzeichner[22]) gemäße — Verbrämung politischer und wirtschaftlicher Forderungen auszeichnete.

Indessen konkretisierten sich auf einer Konferenz in der Reichskanzlei am 13. Juli die Forderungen gegen den Osten in Form der Abtretung des „polnischen Grenzstreifens" längs der Warthe-Narew-Linie, welches Verlangen mit einem ausführlichen Programm zur Germanisierung dieses „Streifens" verbunden war. Interessant und bezeichnend zugleich ist, daß der Grenzstreifen nicht nur von Alldeutschen und den Militärs um Hindenburg-Ludendorff gefordert wurde, sondern daß Bethmann-Hollweg und der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Wahnschaffe, schon im Herbst 1914 diese Forderung in den Kriegszielprojekten eingeplant hatten, wie unlängst in einer Hamburger Dissertation nachgewiesen worden ist[23]). Auf dieses Faktum muß ganz besonders hingewiesen wer-

den, weil hier gründlich die „geschichtsnotorische" Auffassung von Bethmann-Hollweg als dem annexionsfeindlichen Staatsmann widerlegt wird. Zu diesem permanenten Irrtum schreibt Geiss, die deutschen Annexions- und Umsiedlungspläne in Polen seien in ihrer Konsequenz so fatal gewesen, „daß die meisten deutschen Autoren die Regierung des Kaiserlichen Deutschland eines solchen Gedankens gar nicht für fähig hielten" [24]). Es sei ein „schmaler Grenzstreifen" in Polen von den „Russen zu evacouieren", hatte im Dezember 1914 Bethmann-Hollweg dem Grafen Hertling — dem späteren Reichskanzler — gegenüber geäußert. Dieser schmale Landstrich umfaßte immerhin ein Gebiet von 35 000 Quadratkilometern bis an Narew, Weichsel und Warthe. Unterstaatssekretär Wahnschaffe zog Sachkundige heran, die den genauen Plan der Annexion und Umsiedlung auszuarbeiten hatten. Zu ihnen zählten der Oberpräsident von Ostpreußen, von Batocki, und von Schwerin, der Regierungspräsident von Frankfurt an der Oder. Man habe eine Mission zu erfüllen, so wurde bedeutet; das deutsche Volk brauche Siedlungsraum, da es für die Sicherung der weißen Rasse „vor einer Überwältigung durch die an Zahl ihr so gewaltig überlegenen farbigen Rassen" zu sorgen habe. Batocki, der gern noch einen Teil Litauens in das Projekt einbezogen hätte, betrieb „völkische Flurbereinigung", indem er „Neupreußen" durch eine große Umsiedlungsaktion zu einem „wirklich deutschen Lande" machen wollte. Schwerin schloß sich an: „Das deutsche Volk, das größte Kolonisationsvolk der Erde, muß wieder zu einem großen kolonisatorischen Werke aufgerufen werden; es müssen ihm erweiterte Grenzen gegeben werden, in denen es sich ausleben kann." Er wollte die annektierten Gebiete bei der Übergabe möglichst menschenleer haben — bis auf die Städte. Fremdes, fremdrassisches Landvolk sollte jenseits der neuen Grenzen angesiedelt werden. In solchen Plänen manifestierte sich ein ebenso abstruser wie für die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses unglücklicher Agrar-Rassismus, der in dieser Form seinesgleichen in der Geschichte noch zu suchen hat. Daß es nicht zur weitgehenden Verwirklichung der Pläne gekommen ist, lag weniger an der Einsicht der Urheber als an der militärischen Entwicklung von 1917/18 an der Westfront. Immerhin sind Anfänge zur Verwirklichung des Umsiedlungsprojektes gemacht worden. So sollten nach einer Anweisung an die deutsche Zivilverwaltung in Warschau im Dezember 1917 alle Polen und Juden ohne viel Aufsehen aus dem Gebiet des Grenzstreifens abgeschoben werden. Gegen Ende des Krieges noch — im August 1918 — verlangte Ludendorff aus Warschau Bericht über den Stand der Umsiedlungsaktion.

Und diese Pläne wurden im Laufe der Monate noch umfassender. Was der „polnische Grenzstreifen" für die Ostgrenze des Reichs bedeutete, sollten die Ostseeprovinzen für den Nordosten sein. In der Forderung nach Annexion dieser Gebiete unterschieden sich die einzelnen Interessengruppen nur in der Form. Da war das gebieterische Verlangen des alldeutschen Sprechers Heinrich Class, der 1917 noch einmal ganz deutlich die Annexion der „russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland und Estland sowie das Gebiet, das die Landbrücke zwischen baltischen Provinzen und Ostpreußen bildet" [25]) zugunsten des Kaiserreiches verlangte; und da waren die im Sinne „alter Ideale" geäußerten Wünsche des Kreises Delbrück-Naumann, Rohrbach-Meinecke, der zwar in einer Gegeneingabe zur Intellektuellen-Petition der Schäfer und Seeberg sich gegen die Annexion ganz Polens stellte, immerhin aber sonst „freie Hand" im Osten gab. Delbrück konkretisierte im August 1915 die Vorstellungen: Angliederung der Ostseeprovinzen, Suwalkis und Kownos. „Alte Ideale steigen da vor uns auf", bekannte er in diesem Zusammenhang, „die Erlösung des alten deutschen Koloniallandes vom Joch der Moskowiter" [26]). Der nur in weltpolitischen Größen denkende Paul Rohrbach

sprach sich in vielen Worten für den Erwerb der Ostseeprovinzen bis an den Peipus-See aus [27]). Bethmann-Hollweg sprach in nüchternen Worten von „Grenzkorrekturen" unter Einschluß von Litauen und Kurland, welche Gebiete zusammen mit dem polnischen Grenzstreifen etwa 90 000 Quadratkilometer umfaßten. Im Rahmen solcher Pläne lag eine Annexion ganz Polens schon im Bereich des Möglichen. Daß Rußland im Hinblick auf die Ostseeprovinzen besonders empfindlich sein mußte, hat seinerzeit schon der für die deutsche Regierung besonders eifrig tätige Parvus-Helphand gesehen, der, wie Brockdorff-Rantzau mitteilt, eine Abtrennung dieses Gebietes insofern für unklug hielt, „weil Rußland nicht verschmerzen würde, von der Ostsee abgeschnitten zu sein" [28]).

So steigerten sich die Forderungen, die man Rußland in einem eventuell abzuschließenden Sonderfrieden zu stellen gedachte, unter dem von Bethmann-Hollweg im Reichstag propagierten, wenig glaubwürdigen Motto, eine längere Dauer des Krieges verlange für Deutschland ein Mehr an realen Garantien für die Sicherung der Zukunft. Der Weg nach Brest-Litowsk war von diesen Annexionsvorstellungen ebenso vorbestimmt wie belastet. Die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917, die — wie Fischer richtig bemerkt — nur als „temporäre Abweichung von der durchgehenden Hauptlinie" [29]) zu betrachten ist und wesentlich eine Folge des fehlgeschlagenen U-Boot-Krieges, der angespannten Versorgungslage und der Rückwirkung der russischen Februarrevolution war, verlor doch vieles von ihrem Wert, wenn Matthias Erzberger dem damaligen Kanzler Michaelis mitteilte, daß die Formel „Keine erzwungenen Gebietserwerbungen" den Erwerb von Kurland und Litauen nicht ausschlösse. Zwar sprach man jetzt von Autonomie, was man jedoch darunter verstand, zeigten die Unterhandlungen von Brest-Litowsk. Nach der Annahme der Friedensresolution verstärkte die von Tirpitz gegründete, annexionistisch eingestellte Vaterlandspartei ($1^1/_4$ Millionen Mitglieder) ihre agitatorische Tätigkeit, die insofern schon von großem Einfluß sein konnte, als die Mitglieder im allgemeinen in Staat und Gesellschaft auf hoher sozialer und wirtschaftlicher Stufe standen.

Mit der Oktoberrevolution in Rußland schienen nun alle Voraussetzungen für einen Friedensschluß an der Ostfront gegeben. Man sah die Möglichkeit der Realisierung des „diplomatischen Kriegsziels" — die Sprengung der Entente — in Reichweite liegen. Aber es war auch der Zeitpunkt angebrochen, der eine Verwirklichung der annexionistischen Kriegsziele zu gewährleisten schien. Im Reichstag sagte Graf Westarp am 29. September 1917 als Vertreter der Konservativen: „Wir, meine Freunde und ich, betrachten die Ereignisse der russischen Revolution nüchtern und ruhig in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus, welche Vorteile für Deutschlands Lage sich aus den Ereignissen ergeben" [30]). Die Möglichkeit, den Krieg mit der Ausschaltung Rußlands allein auf die Westfront zu konzentrieren, mochte sich gewiß als wesentlicher Vorteil darstellen, und von seiten der Westmächte sind genug Anstrengungen unternommen worden, diese Möglichkeit von vornherein zu unterbinden; aber noch wesentlicher war die Aussicht auf Gebietserwerbungen — schon seit Jahren in den Papieren des Auswärtigen Amtes festgelegt — und die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile. Die Forderung nach einer „Dekomposition Rußlands", wie sie Paul Rohrbach vertrat, entsprach einem maßlosen Verlangen nach Erweiterung des deutschen Machtbereichs, und niemand dachte daran, das sowjetische Rußland einer anderen Behandlung zu unterziehen, als es für das zaristische Rußland geplant gewesen war. Der ganze imperialistische Charakter des Krieges manifestierte sich in den Forderungen, die nunmehr — vor allem im Dezember 1917 — im Auswärtigen Amt das Diskussionsthema waren, und das Motiv von der „Sicherung der deutschen Grenzen", das man immer noch propagierte, verlor alles an Glaubwürdigkeit. Da

war die Oberste Heeresleitung, der angesichts der militärischen Erfolge im Osten jeder Sinn für Mäßigung und damit jeder politische Verstand verlorenging. Sie legte, wie von Kühlmann, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, berichtet, in einer internen Vorbesprechung bei Bialystok ein umfangreiches Annexionsprogramm vor, das Hindenburg rechtfertigte, indem er auf den nächsten Krieg mit Rußland wies, der „Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels" erfordere [31]). Und da waren ebenso die Wirtschaftsverbände, für die die räumliche Ausdehnung ganz konkret zu Buche schlagen sollte. Schon am 9. Dezember 1917 sprach sich der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes gegen das Selbstbestimmungsrecht für Esten, Letten und Litauer aus. Die Handelskammer Lübeck stellte im November 1917 eine Denkschrift aus, in der die Abtrennung Litauens, Kurlands, Livlands und Estlands von Rußland gefordert wurde, damit Deutschland eine starke Vorherrschaft im Baltikum gesichert würde [32]. Hindenburg erhielt ebenso im Dezember 1917 ein Schreiben vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in dem auf die Bedeutung der russischen Erzvorkommen für die deutsche Industrie gewiesen wurde: „Was die russischen Manganerze anlangt, so legt unsere Eisenindustrie den allergrößten Wert darauf, daß uns die Fundgruben im Kaukasus und in Südrußland wiedergeöffnet werden." Dazu erhielt Karl Helfferich — Referent für wirtschaftliche Fragen beim Friedensabschluß mit Rußland — vom Reichsmarineamt die Anweisung, auf „schnelle Rohstoffversorgung durch Rußland" für die Flottenrüstung zu achten [33]). Dabei paarten solche Wünsche nach Rohstoffen (neben Erzen auch Kohle, Erdöl, Baumwolle) sich mit Plänen für ein von Deutschland dirigiertes Wasserstraßen- und Eisenbahnnetz, das, organisiert von einem im Sommer 1918 (nach Friedensabschluß also) gebildeten Syndikat von Reich, Großindustrie und Großbanken, eine wirtschaftliche Neuerschließung Rußlands zugunsten Deutschlands unterstützen sollte; wie sich nach Brest-Litowsk auch Ludendorff mit dem Erreichten nicht mehr begnügen wollte und im Sommer 1918 — vor und nach Abschluß der Zusatzverträge — Livland, Estland, die Krim, das Gebiet der Kuban- und Donkosaken, ja sogar Turkmenien und Turkestan als deutsche Einflußsphäre zu sichern versuchte [34]).

IV.

Solchermaßen belastet trat die deutsche Delegation in die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ein, die hier im einzelnen nicht verfolgt werden sollen. Sie hat die Hoffnungen, die die außerparlamentarischen Interessenverbände in sie und in die Oberste Heeresleitung setzten, nicht enttäuscht. Im einzelnen sah das so aus: Rußland verzichtete auf Finnland, verlor Litauen, Kurland, Polen und die Ukraine. Livland und Estland blieben von der deutschen Polizeimacht besetzt, bis Rußland im Zusatzvertrag vom 27. August endgültig auf beide Landgebiete verzichtete. Eine Meistbegünstigungsklausel wurde in den Vertrag eingefügt und dem Lande eine Kriegsentschädigung von 6 Millionen Goldmark — im Zusatzvertrag — auferlegt. Das bedeutete: Rußland verlor 26 % seines Territoriums, 26 % des Eisenbahnnetzes, 27 % des anbaufähigen Landes, 73 % der Eisenindustrie und 75 % der Kohlenbergwerke sowie 33 % der Textilindustrie [35]). Ein deutscher Sachverständiger sprach in einem Schweizer Blatt von dem Verlust eines Gebietes von über einer Million Quadratkilometern, in dem 50 Millionen Menschen wohnten [36]). Diese Bestimmungen wurden im Reichstag gutgeheißen. Gustav Stresemann sah nunmehr die Voraussetzungen für eine Niederlage der Entente gegeben. Die Mehrheitssozialdemokratie enthielt sich der Stimme. Scheidemann als ihr Sprecher gebrauchte die Formel: „Wir können uns mit wesentlichen Teilen des Friedensvertrages mit Rußland nicht einverstanden erklären. Da aber durch

diesen Vertrag der Kriegszustand tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn nicht ablehnen. Aus dieser Erwägung heraus werden wir uns der Stimmabgabe enthalten" [37]). Solche Begründung war zugleich die Formulierung der eigenen Ausweglosigkeit, in die man sich seit dem 4. August 1914 in einseitiger nationalpolitischer Orientierung hineinmanövriert hatte. Jetzt drohte angesichts der unruhigen Arbeiterschaft der Verlust von Anhängern an die Unabhängigen Sozialdemokraten, die gegen den Vertrag von Brest-Litowsk stimmten. Eduard David sprach das Dilemma von nationalpolitischer Treue und parteipolitischer Erwägung aus, wenn er auf das „große Mißbehagen" im deutschen Volke wies und zugleich versicherte: „Die Sozialdemokratie steht im großen und ganzen hinter der Regierung, hinter ihrer Sache" [38]).

Gegenüber der Forderung der russischen Revolutionäre „Keine Annexionen, keine Kontributionen" nahmen sich die deutschen Kriegszielwünsche politisch insofern besonders unklug aus, weil einmal der Entente genug Material gegeben wurde, um auf die gefährlichen Konsequenzen eines deutschen Sieges weisen zu können, und weil zum anderen in keinem Moment dem Bruch des revolutionären Rußland mit dem zaristischen Rußland Rechnung getragen wurde. Deutscherseits übersah man einfach die angesichts des Krieges besonders starke moralische Position, die solche Formel barg, und überging auch die Möglichkeit eines Ansatzes zur Neuordnung des Verhältnisses zu Rußland. Karl Radek wies im Dezember 1917 ganz richtig auf diese Tatsache hin; er sah Deutschland auf die Probe gestellt, ob es wirklich einen „allgemeinen demokratischen Frieden" anstrebe. Bestünde Deutschland diese Probe vor den Russen nicht, so gebe es eine „feste moralische und materielle Position" auf, „um einer ungewissen Zukunft zuzustreben" [39]). Moralische Überlegungen, die für die Zukunft bei der Neuordnung der Verhältnisse durchaus konkreten politischen Wert hätten haben können, waren kleineren Kreisen vorbehalten, deren Einfluß auf die Haltung der deutschen Regierung und der außerparlamentarischen Interessengruppen nicht zu spüren war. So reichten schon im April 1917 — kurz nach der Februarrevolution also — die Deutsche Friedensgesellschaft (L. Quidde), der Bund Neues Vaterland (von Tepper-Laski), der Nationale Frauen-Ausschuß für dauernden Frieden (Gustava Heymann) und die Zentralstelle Völkerrecht (Rößler und Gerlach) gemeinsam eine Denkschrift an den Reichstag ein, in der gerade im Hinblick auf eine zukünftige Ordnung und auf den durch die Revolution veränderten außenpolitischen Charakter des russischen Staates verlangt wurde, „in klarer, unzweideutiger Weise zu bekunden, daß die deutsche Regierung und mit ihr die übrigen Regierung des Vierbundes, wenn Rußland zum Friedensschluß bereit ist, von ihm keinerlei Gebietsabtretungen fordern" [40]). Gewiß, die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Völkerschaften wurde auch von der deutschen Regierung akzeptiert, nur zeigte sich während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, welch eigenwillige Interpretation man diesem Begriff zu geben trachtete. Kühlmann ließ sich an dem Brester Verhandlungstisch nieder, um, wie er selbst sagte, den Vorsitzenden der russischen Delegation in eine „rein akademische Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und eine mögliche praktische Anwendung zu verstricken, und was wir an territorialen Zugeständnissen durchaus brauchten, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen" [41]). Was es also mit dem Gedanken der Autonomie auf sich hatte, wie er im Herbst 1917 von der wiederhergestellten Kriegszielmehrheit des Reichstages geäußert worden war, konkretisierte hier Kühlmann, der den Gegensatz von Annexionsforderungen und Autonomie mittels Dialektik zu überwinden gedachte — und zwar zugunsten der Annexionen. Bei den Beratungen zur Räumung der besetzten Gebiete trat dann auch die Gegensätz-

lichkeit der Meinungen klar zutage. Kühlmann wollte gleich die schon bestehenden „historischen" Körperschaften als legitime Vertretung des Volkswillens anerkannt wissen und argumentierte, daß die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland derart ausgeübt hätten, „daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute schon nicht als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden könnten" [42]). Trotzki als Sprecher der russischen Delegation verlangte dagegen Volksabstimmung des ganzen Volkes und nicht privilegierter Teile desselben bei Abwesenheit der Besatzungstruppen. In diesem Sinne machte er auch ganz konkrete Vorschläge und veranlaßte den Kaiser zu den Randbemerkungen: „Blech! Gibt es nicht! Unannehmbar! Wir sind die Sieger, und wir werden den Teilen befehlen" [43]). Daß die russische Delegation wissen wollte, welchen Verlauf die Entwicklung in Polen, Litauen und Kurland sowie Livland und Estland nehmen sollte, war nur natürlich und allzu berechtigt, ließ sich doch aus der deutschen Haltung — selbst wenn man die in mehreren Beratungen festgesetzten Kriegszielpläne nicht gleich kannte — unschwer entnehmen, daß die Bildung autonomer Staaten einzig zum Vorteil Deutschlands ausschlagen sollte. Es kann nach dem heutigen Stand der Forschung nicht mehr ernstlich bezweifelt werden, daß der von deutscher Seite akzeptierte Autonomie-Gedanke lediglich als Camouflage von Annexionswünschen zu dienen hatte. Noch vor der Kriegszielkonferenz von Kreuznach (Kaiserl. Hauptquartier) im April 1917 hatten Bethmann-Hollweg und der innere Kreis des Staatsministeriums von einer Autonomie wenig übriggelassen, wenn sie sich zugleich für wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland und großzügige deutsche Besiedlung aussprachen. Dazu darf nicht außer Acht gelassen werden, daß schon im Februar und März 1917 zwei Konferenzen über die Siedlung im Nordosten — ähnlich der Germanisierung des polnischen Grenzstreifens — abgehalten worden waren (Wahnschaffe) [44]). In den Bingener Beschlüssen vom Juli 1917 war im einzelnen das Vorgehen in Litauen und Kurland im Hinblick auf günstige Verbindung von Selbstbestimmungsrecht und Annexionswünschen festgelegt, und im Dezember machte man sich Gedanken darüber, ob Preußen oder ein anderer deutscher Staat (Ambitionen des Königs von Sachsen) in die Personalunion mit Litauen-Kurland eintreten sollte. Recht eindeutig sind in diesem Zusammenhang die Worte Karl Helfferichs, der rückschauend schreibt: „Unsere deutsche Politik hatte sich in ihrer Praxis auch nur mit starken Vorbehalten zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völkerschaften der besetzten russischen Gebiete bekannt, indem sie das Recht, an der Gestaltung der Neuordnung der unmittelbar vor unserer Haustür liegenden Gebiete mitzusprechen, tatsächlich ausübte und in den Staatsräten, Landesversammlungen und Landesräten Polens, Litauens und Kurlands hatte Organe schaffen helfen, deren Beschlüsse sie als Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Bewohner jener Gebiete anzusehen gewillt war" [45]).

Eine Volksabstimmung bei Letten und Esten hätte gewiß die politische Schwäche des baltischen Elementes (6,5 % der Bevölkerung) gezeigt, hätte ihm auch seine führende Stellung genommen und wäre vielleicht sogar zugunsten eines Verbleibens im russischen Reichsverband mit garantierten autonomen Rechten, gewiß aber zugunsten völliger Selbständigkeit ausgefallen. Die Deutschen, die den Gegensatz zwischen estnischem und lettischem Bauertum und dem patriarchisch regierenden großgrundbesitzenden baltendeutschen Adel kannten und schon aus diesem Grunde von einer Revolutionierung dieser Gebiete von vornherein abgesehen hatten, mußten also eine Abstimmung, wie sie von den Bolschewiki gefordert wurde, auf jeden Fall vermeiden [46].

Die geographische Form der Abtrennung Polens vom russischen Reichsverband

nun endlich zeigte, welchen Vorrang annexionistische Ambitionen vor den Fragen nationaler Selbstbestimmung genossen. Der polnische Staat war auf der Grundlage ausgiebiger Amputationen eingeplant, von denen die oben schon erwähnte Abtrennung des polnischen Grenzstreifens die am weitesten gehende und absurdeste war. Bei dem Grenzstreifen handelte es sich um ein Gebiet von der doppelten Größe und Einwohnerzahl Elsaß-Lothringens. Es war so auch kein Wunder, daß die beabsichtigte Amputation des polnischen Gebietes mit anschließender Aussiedlung der Polen — man dachte noch daran, im Nordosten Litauen und im Südosten die Ukraine auf Kosten des polnischen Gebietes zu erweitern — entscheidend dazu beigetragen hat, die deutsche Politik der Einbeziehung Polens in den mitteleuropäischen Block scheitern zu lassen [47]).

V.

Im Banne der eigenen Annexionswünsche übersah man die Irrtümer, denen man unterlag. Und was hier für Polen im besonderen gesagt ist, mag für die gesamte deutsche Ostpolitik jener Zeit im allgemeinen gelten. Man schloß einen Sonderfrieden, dessen militärisch-strategische Notwendigkeit glaubwürdig erschien und der sich allerdings auch in dieser Hinsicht später als Fehlspekulation entpuppte. Der Sonderfrieden wurde zum Diktat, das gleichsam prototypischer Auswuchs imperialistischer Machtpolitik war. Es hatte schon seinen Reiz, in weltpolitischen Vorstellungen zu schwelgen, wie es noch für den Sommer 1918 kennzeichnend war, als das Syndikat von Reich, Großbanken und Großindustrie zur Hamburg-Bagdad-Linie eine West-Ost-Achse von Antwerpen bis Rostow und Baku (Eisenbahn- und Wasserstraßennetz) projektierte. Aber solchen Plänen gebrach es an einem guten Verhältnis zur politischen Wirklichkeit. Es ging nicht an, Weltpolitik einfach als Annexion zu deuten, nicht einmal, wenn die Annexion unter dem Namen der Autonomie erfolgen sollte. Die Kenntnis des Gesetzes vom Maß in der Politik hätte dem weltpolitischen Ehrgeiz bessere Richtlinien an die Hand geben können. Das ist zweifellos auch in den Jahren 1917/18 gesehen worden. In einem Brief an den Reichskanzler Graf Hertling im Januar 1918 äußerte Kühlmann, daß die Abtrennung so großer Landesteile einer seit Jahrhunderten konsolidierten Großmacht ersten Ranges „nach allen historischen Erfahrungen eine schwere Erschütterung" bedeute. Es sei wohl falsch, zu glauben, daß eine so revolutionäre Partei oder ein noch so friedensbedürftiges Volk dies leicht verwinden könnten [48]). Und Viktor Naumann schrieb an Hertling, „einer unserer ersten Strategen" habe ihm, Naumann, geschrieben, daß die Forderung nach Annexionen weit hinter der wichtigeren Forderung nach einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Rußland zurücktreten müsse [49]).

Daß in der Tat die im Grunde indiskutablen deutschen Friedensbedingungen ein Gefühl des Ressentiments ausgelöst haben, hat Bruce Lockhart aus einer Unterredung mit Tschitscherin, dem Außenkommissar der Bolschewiki, folgern können [50]). Bei einer Würdigung des Brest-Litowsker Vertrages wird eben diese Frage nach der Sorge um ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland vornehmlich beleuchtet werden müssen. Der Historiker hat in seiner hier schon mehrfach zitierten Schrift dieses Problem in den Vordergrund gerückt und schreibt dazu: „Darüber hinaus ... haben die Brester Friedensbedingungen zu ihrem Teil dazu beigetragen, zumindest eine ... zweckvolle Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen zu verhindern, wie sie später der Rapallo-Vertrag darstellte" [51]). Im Sinne einer solch zweckvollen Normalisierung wird der Blick zugleich auf die Geschichte des so bedeutsamen preußisch(deutsch)-russischen Verhältnisses seit dem Siebenjährigen Krieg gelenkt. Es sei gedacht an das Jahr 1812, an die wichtige Rolle Rußlands in der Bismarckschen Außenpolitik oder

schließlich — gleichsam als Fortsetzung der Brest-Litowsker Politik — an die Ostpolitik der Jahre 1933 bis 1945. Es war doch noch gar nicht so lange her, daß Bismarck eine Randstaatenpolitik mit dem Hinweis abgelehnt hatte, Preußen-Deutschland sei saturiert. Gewiß waren seit 1890 andere Maßstäbe in die Außenpolitik getragen worden, und insoweit wurde die deutsche Politik von der Welle imperialistischer Hochkonjunktur mitgetragen, aber das war nicht Grund genug, um jeden Sinn für Grenzen zu verlieren, der einer klugen vorausschauenden Politik nötig war. Die Möglichkeit einer solchen Politik war recht eigentlich mit der russischen Revolution gegeben, zumal mit dem Umsturz und dem Fall des Zaren auch das Motiv der alten Politik entfallen war. Von den Sozialdemokraten ist nach der Februarrevolution mehrfach darauf hingewiesen worden, sie blieben jedoch ungehört. Es muß hier hinzugefügt werden, daß eben dieselben Sozialdemokraten auch nach Brest-Litowsk die Kriegskredite weiter bewilligten. Darüber hinaus: die Tatsache, daß sich die deutschen Annexionswünsche gegenüber der Forderung „Keine Annexionen, keine Kontributionen" als ein Stück politischer Unmoral ausnahmen, war insofern bedeutsam, als der Westen angesichts des Friedensschlusses dieser Art nicht nur seine Anstrengungen verstärkte, sondern auch im neutralen Ausland Verständnis und Zustimmung finden konnte. Der Frieden von Versailles kann zudem nicht zuletzt als Reaktion auf den Frieden von Brest-Litowsk aufgefaßt werden. „Im letzten unrealistisch, sind diese Friedensbedingungen ... im Sinne eines unheilvollen Präzedenzfalles in die Geschichte eingegangen" [52]). Ein letztes kommt hinzu: das Versäumnis von Brest-Litowsk ist bis in unsere Tage hinein nicht eingeholt worden, wenn man einmal von der Rapallo-Episode absehen will. Das Dritte Reich betrieb Ostland-, nicht aber Ostpolitik, in unheilvoller Übersteigerung machtpolitischer Konzeptionen. Am Ende jener Zeit des abtrusesten Annexionismus war Deutschland auf kleinste Grenzen zurückgeworfen, ohne sich jedoch des Vorurteils gegenüber Rußland begeben zu haben. Im letzten wohl auch unselbständig, reihte es sich ein (zur einen Hälfte) in die Front der Gegner. Die Frage nach der Schuld wurde nicht mehr gestelt.

---

[1]) Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, (1923) S. 153.

[2]) Maximilian Harden, Götzendämmerung. In: Die Zukunft, Bd. 106 (1919) S. 197.

[3]) Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, (1921) S. 51.

[4]) Fritz Fischer, Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914—1918. Historische Zeitschrift, 188,2 (1959) S. 249 ff.

[5]) Anmerkung Nr. 23.

[6]) Nach Werner Hahlweg, Der Diktatfriede von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution. Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. Heft 44 (1960) S. 7. Hahlweg bereitet eine Dokumentenpublikation vor.

[7]) Fritz Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 251.

[8]) Nach dem Fall von Paris könnten die Deutschen Frankreich eine beliebig hohe Kriegsentschädigung auferlegen und von seinen Kolonien nehmen, soviel sie wünschten.

[9]) Zitiert nach Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 252.

[10]) Charles Andler, La décomposition politique du socialisme allemand, 1914—1919, (1919) S. 47.

[11]) Das dürfen wir zahlreichen Briefen von Sozialdemokraten entnehmen, die im Internationalen Institut für Sozialgeschichte liegen.

[12]) Eduard David, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, (1915) S. 49 f.

[13]) So z. B. Paul Rohrbach, Zum Weltvolk hindurch! (1914).

[14]) Fritz Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 254.

[15]) Ebd. S. 257.

[17]) Zur Tätigkeit von Parvus-Helphand s. vor allem die Dokumentation von A. B. Zeman, Germany and the Revolution in Russia 1915—1918, (1958) und Werner Hahlweg, Lenins Rückkehr nach Rußland 1917 (1957). Studien zur Geschichte Osteuropas, IV.

[18]) Die Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes sowie die Bestände des Bundesarchivs enthalten reichhaltig Material zur Tätigkeit Südekums im Auftrag der deutschen Regierung.

[19]) Bei Fischer, Deutsche Kriegsziele S. 258.

[20]) Die sechs Wirtschaftsverbände waren der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband.

[21]) Eingabe vom 20. Mai. Zitiert hier nach Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, (1958) S. 355. Bartel lag das Original vor.

[22]) Walter Bartel, Die Linken, S. 357, zählt 396 Professoren, 25 Oberlehrer und Studienräte, 69 Pfarrer, 37 Abgeordnete, 16 höhere Offiziere, 82 Beamte neben Künstlern, Industriellen und Bankiers unter den Unterzeichnern.

[23]) Hierzu und zu den folgenden Austührungen über den „politischen Grenzstreifen" vgl. Imanuel Geiß, Der polnische Grenzstreifen, 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Hist. Studien 378 (1961).

[24]) Lediglich der sehr weiträumig denkende Ludendorff hatte Bethmann-Hollweg solcher Absichten beschuldigt, zu seiner Zeit jedoch keinen Glauben gefunden.

[25]) Nach J. Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, II, (1950) S. 67.

[26]) Zitiert nach Fritz Fischer, Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg. Historische Zeitschrift 191,1 (1960) S. 87 und ebd. Anm. 2. Dieser Aufsatz ist eine Auseinandersetzung mit Hans Herzfeld, Zur deutschen Politik im Ersten Weltkriege. Kontinuität oder permanente Krise. S. 67 ff. in demselben Heft der „Historischen Zeitschrift".

[27]) Paul Rohrbach, Weltpolitisches Wanderbuch, (1916) S. 273. Zu Recht weist Fritz Fischer, Kontinuität des Irrtums S. 88, darauf hin, wie wenig innere Berechtigung Rohrbach eigentlich gehabt habe, sich von den Alldeutschen zu distanzieren, was er Mitte 1916 tat.

[28]) Nach Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 268, Anm. 2.

[29]) Ders., Kontinuität des Irrtums S. 89.

[30]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. 311 S. 3956.

[31]) R. von Kühlmann, Erinnerungen, (1948) S. 527.

[32]) S. Günter Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917—1922. (1960) S. 31 und ebd. Anm. 135.

[33]) Ebd. S. 32.

[34]) Vgl. Fischer, Deutsche Kriegsziele S. 305 f.

[35]) Ziffern nach Georg von Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, (1955) S. 111.

[36]) „Volksrecht" (Zürich) vom 6. März 1918.

[37]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. 311 S. 4463 (Stresemann) und S. 4536 (Scheidemann).

[38]) Ebd. S. 4439. Vgl. auch Fischer, Kontinuität des Irrtums, S. 86.

[39]) Nach Werner Hahlweg, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk, S. 23.

[40]) Die Friedensfrage nach der russischen Revolution, Eine Eingabe an den deutschen Reichstag mit einer Denkschrift. (Broschüre) S. 11. In dieser Denkschrift wird vor allem auch auf die unheilvollen Folgen der alldeutschen Agitation im Ausland hingewiesen.

[41]) Nach Hahlweg, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk, S. 25.

[42]) Ebd. S. 32.

[43]) Ebd. S. 36.

[44]) Vgl. Fischer, Kontinuität des Irrtums, S. 95, und Rosenfeld, Sowjetrußland, S. 32 f.

[45]) Karl Helfferich, Der Weltkrieg, II. Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch (1919) S. 257 f.

[46]) Vgl. Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 296 f.

[47]) Das betont insbesondere Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 294.

[48]) Nach Hahlweg, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk, S. 62.

[49]) Viktor Naumann, Dokumente und Argumente, (1928) S. 318.
[50]) R. H. Bruce Lockhart, *Memoirs of a British agent, being an account of the authors* early life in many lands and of his official mission to Moscow in 1918, (1932) S. 243.
[51]) Werner Hahlweg, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk, S. 61.
[52]) Ebd.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Die redlichen Publizisten

Unsere „publizistische Redlichkeit" — das sei das, was wir den „Propagandaergüssen der Zonenmachthaber" über die Berliner Mauer hinweg entgegenzusetzen hätten, verkündete Dr. Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, auf Westberliner Boden nach jenem 13. August 1961, von dem es einst heißen wird, er habe die letzte Runde der Ära Adenauer eingeläutet.

Publizistische Redlichkeit. Ein hehres, ein sehr großes Wort. Laßt die Ulbricht, Eisler, Schnitzler „hetzen" — wir, die Publizisten der Bundesrepublik, haben das nicht nötig, wir können es uns leisten, bei der Wahrheit, redlich zu bleiben ... Dies ungefähr will das Wort doch wohl besagen. Es ist nicht Programm allein, es ist auch Zeugnis: es erteilt der westdeutschen politischen (Tages-) Publizistik die Note „redlich".

Gewiß, dafür gibt es Beispiele. Wie ja überhaupt unsere pluralistische Gesellschaft Belege für alles liefert. Das kann nicht anders sein. Entscheidend bleibt allerdings das Typische. Redlichkeit — typisch für das Gros aller Nachrichten, Berichte, Kommentare, Leitartikel, die unseren Bürger durch das Dickicht der deutschen Krise führen sollen?

Zu Recht weisen wir publizistische Unredlichkeiten zurück, wenn sie aus der DDR kommen. Reduziert zum Beispiel Walter Ulbricht in einer Rundfunkrede die bundesrepublikanische Kritik an den Verhältnissen in der DDR auf die Wiedergabe der angeblichen Behauptung, der Arbeiter in der DDR sei „am Verhungern", so ist das eine unzulässige Verkürzung; so leicht darf man sich eine geistige Auseinandersetzung nicht machen.

Doch haben wir in erster Reihe vor der eigenen Tür zu kehren. Macht man es sich nicht auch bei uns erschreckend leicht? Wo bleibt die publizistische Redlichkeit — von anderem zu schweigen —, wenn unser Bundespräsident öffentlich wehklagt, heutzutage werde schon allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zugestanden, „nur uns nicht"? Oder wenn der von Woche zu Woche unverhüllter nach einer „Führerauslese" rufende, volksverhetzerische Konstitutionsfaschist Hans Zehrer in dieser siedendheißen geschichtlichen Stunde den innigsten Wunsch aller normalen Menschen in einem Leitartikel als „Geschwätz vom Verhandeln" abtut, das „dicht an der Grenze der Kapitulation entlangläuft"? Oder wenn alle unsere Massenmedien in gespenstischem Konformismus eine in aller Welt geachtete Gestalt wie Pandit Nehru plötzlich zu einer Art Nichtwisser und den in aller Welt verehrten Weisen Albert Schweitzer zu einer Art altem Trottel stempeln, nur weil beide — zu unser aller Heil — es sich erlauben, in deutschen politischen Fragen von der engen Bonner Sprachregelung abzuweichen?

Publizistische Redlichkeit? Was nutzt es, Einzelheiten richtig wiederzugeben, wenn die Voraussetzungen schief gesehen, die Grundlagen verkannt werden? Wie konnte es passieren, daß bei uns so viele Men-

schen der Meinung sind, eine so rabiate Defensivmaßnahme wie die Errichtung der Berliner Mauer sei eine Offensive, ein Angriff auf uns, — Auftakt (womöglich zum dritten Weltkrieg), nicht Schlußstrich (unter eine zwölfjährige Berliner Entwicklung), — Willkür, nicht Wirkung ganz bestimmter Ursachen?

Das konnte passieren, weil ein sehr alt gewordener, auf Restauration erpichter Mann stets jeden Gedanken an einen Vergleich nach Osten hin weit von sich wies — und weil die tausend redlichen Publizisten, an die Herr Bausch gedacht haben mag, diese grundsätzliche Ablehnung jedes Vergleichs aufgriffen und dem Volke fünfzehn Jahre lang tagtäglich einhämmerten, — ohne allerdings hinzufügen zu können, welche andere Möglichkeit als den Vergleich es denn für uns noch gebe oder mit welchen Mitteln der Prozeß doch noch gewonnen werden könne. Um das Maß der politischen Entmündigung der Massen voll zu machen, versäumten die redlichen Publizisten keine Gelegenheit, diejenigen schlecht zu machen und mit dem Etikett einer landesverräterischen Minderheit zu versehen, die von Anfang an zum Vergleich rieten, weil sie wußten, daß in ihm die letzte deutsche Chance lag.

Die redlichen Publizisten wollten das nicht, sahen es vielleicht nicht einmal. Während sie sich vollständig der ununterbrochenen Äußerung ihres antikommunistischen Abscheus überließen, vergaßen sie nur allzu oft, die Konsequenzen der großen Linie zu beachten, das Gesetz von Ursache und Wirkung zu studieren und dem Volke das Mögliche als das zugleich Beste darzustellen. Vor allem aber — und hier nimmt jede publizistische Unredlichkeit ihren Anfang — unterzogen sie sich nur in Ausnahmefällen der Mühe, dem Gegner eigene Bedingungen, einen eigenen Ernst zuzugestehen. Sie haben ihre Leser, Zuhörer und Zuschauer in jenen somnambulischen Zustand der Wirklichkeitsfremdheit versetzt, der jedem ausländischen Beobachter der Bundesrepublik als Erstes so beklemmend auffällt.

Und sie fahren auch nach dem Schlag vom 13. August fort, redlich ihren Abscheu zu bekunden —, statt dem Volke nun endlich das zu sagen, was die Warner (an die Herr Bausch bei der Vergabe seiner Note „redlich" wohl kaum gedacht hat) ihm schon seit Jahr und Tag sagen:

Daß uns die Welt unsere Friedfertigkeit erst glaubt, wenn wir die 1945 geschaffenen Tatsachen mit Brief und Siegel und mit der Verpfändung unserer Seligkeit akzeptiert haben.

Ernest Waldteufel

Habt mehr Angst!

„Angst" ist eine Glosse in der, ach, so angstlosen „großbürgerlichen" „Welt" vom 4. September überschrieben, und sie beschäftigt sich mit der so eindeutig gegen den Bonner Strich verlaufenden Belgrader Konferenz. Noch sei das Ergebnis dieser Konferenz nicht bekannt (als wenn es sich am vorletzten Tag nicht schon klar genug abgezeichnet hätte!), aber „der Faktor, der entscheidend alle Überlegungen" bestimme, sei „bereits eindeutig erkennbar: Es ist die Angst. Die Angst vor einem neuen Krieg."

„Diese Angst schiebt alle anderen Überlegungen in den Hintergrund . . . Angst vor einem neuen Krieg hat den Ärger und die Empörung über Chrustschows neue Atomversuche überspielt . . . Angst vor einem neuen Krieg veranlaßt viele der Vorwürfe und Forderungen Belgrads gegenüber dem Westen . . . Angst vor einem neuen Krieg bestimmt auch die Haltung der Belgrader Konferenz gegenüber Deutschland und Berlin . . . Man kann die blockfreien Staaten dafür tadeln, daß sie ihre Politik durch die Angst bestimmen lassen. Aber es ist eine Tatsache . . .'

Das alles ist in der „Welt"-Glosse zu lesen. Nach dem Alphabet dieses Hans-Zehrer-Organs sind es nicht politisches Verantwortungsgefühl, staatsmännischer Ernst, Sorge um die Erhaltung von Zivilisation und Leben, die die höchsten Repräsentanten eines Drittels der Erdbevölkerung in jener europäischen Hauptstadt, die von allen in ihrer Geschichte am öftesten zerstört worden ist, zusammengeführt haben, sondern — pure Angst. Die neutralen Herrschaften haben laut „Welt" einfach die Hosen voll.

„Man kann sie dafür tadeln . . ." Und man tut es auch. Einmal indirekt — indem man diesen Staatsmännern, von denen fast jeder Verbannung, Exil oder Gefangenschaft ausgekostet hat, kein anderes Motiv zugesteht als ausgerechnet Angst —, dann aber auch direkt und ganz unverblümt: „Die Neutralen werden allerdings die von ihnen ersehnte Rolle des Mittlers zwischen Ost und West nicht spielen können, so-

lange sie nicht einsehen, daß ein Nachgeben aus Angst die Katastrophe nicht verhindert, sondern gerade herausfordert."

Abgesehen von der Unlogik eines solchen bösartigen Satzes, abgesehen auch davon, daß da vom „Ersehnen einer Rolle" gar keine Rede mehr sein kann, denn die Blockfreien „spielen" ihre Mittlerrolle ja längst und dies gar nicht unwirksam; und abgesehen schließlich von der Taktlosigkeit, einem so eindrucksvollen Chor von Souveränen Belehrungen zu erteilen: Ist es nicht unglaublich, sich zu mokieren, wo man Hochachtung haben, zu belehren, wo man lernen müßte?

Denn nehmen wir einmal an, hinter den Überlegungen dieser historischen Konferenz stecke wirklich nichts weiter als „Angst", — was für eine Art Angst wäre das dann wohl? Doch nicht etwa Angst um das eigene Leben — zum Beispiel bei Tito, auf dessen Kopf die Deutschen einst 10 000 Reichsmark ausgesetzt hatten. Oder Angst um die eigene Zivilisation, um das eigene Land? Indien, Ghana, die VAR, sogar das europäische Jugoslawien hätten doch wohl von einem thermonuklearen Krieg viel weniger das Äußerste zu befürchten als wir Deutschen! Und doch haben sie Angst! Jawohl, Angst; doch nicht Angst im Sinne jener eigensüchtigen, kleinbürgerlichen Empfindung, die ihnen, um sie verächtlich zu machen, die „Welt" hier in schäbigem Snobismus unterstellen möchte, sondern: Angst um das Ganze — dessen betroffener Teil heute jeder ist —, Angst auch um uns, Angst um das Leben schlechthin, Angst um den Frieden als höchste Idee des Menschengeschlechts, Angst um die Vernunft, um den Fortschritt, um den Sinn menschlichen Strebens, um den innersten Kern all der vielen großen Worte von Freiheit, Selbstbestimmung, Glaube, Liebe, Hoffnung, — einfach Angst in jenem Sinne, daß man, wenn man ein anständiger Journalist ist, darüber nur entweder schreiben kann, sie sei heute des Menschen bester Teil, oder, wenn man die Neutralen so gar nicht verstehen will, darüber schweigen.

Wer im Ausland diese „Welt"-Glosse liest, ganz gleich in welchem Ausland, wird erinnert werden an das bedenkliche Wort, die Deutschen liebten das Leben nicht, und an das andere, sie hätten immer schon eine untergründige Lust am Untergang gehabt.

Mögen die Leute von der „Welt" diese Lust haben — wir haben sie nicht, und mit uns entdecken viele Deutsche gerade in diesen dramatischen Spätsommertagen 1961, daß in vorderster Linie unser gebranntes Volk es ist, das mehr, noch viel mehr von jener Art lebensbejahender Angst haben und politisch bekunden müßte, wie sie — für eine bestimmte Sorte unter uns so beschämend — bei der Belgrader Konferenz der Blockfreien, der scheinbar Machtlosen, zum Ausdruck gekommen ist.

Johannes Weidenheim

Buchbesprechungen

Zwei politische Deutschlandbücher

Christian Geißler: Anfrage (Claassen Verlag, Hamburg)

Heinz Abosch: L'Allemagne sans miracle — d'Hitler à Adenauer. (Les Temps Modernes, Collection dirigée par Jean-Paul Sartre, Verlag René Julliard, Paris.)

Diese beiden Bücher entsprechen sich überraschend. Und doch nicht so überraschend für den einsichtigen Leser: Wie sollte die Analogie der Antworten auf die deutsche Frage bei aller Unvergleichbarkeit der Fragesteller überraschen, da sie doch anderes nicht als die Evidenz der Aussage bestätigt?

Beide Autoren erkennen als Tatsache — welche für den orthodoxen Adenauer-Adepten gewiß keine Tatsache ist —, daß eine „deutsche Frage" bedrohlich existiert (als Frage nach der endogenen Daseinsform der Bundesrepublik —, deren Beantwortung die Voraussetzung für die Beantwortung jener bekannteren und obsoleten Frage erst ist: der „deutschen Frage" als exogenen Faktors der Weltpolitik). Beide Autoren stellen in Frage, daß die Bundesrepublik „das gute

„Von der Ablehnung der Kollektivschuld gelangte man zur Kollektivunschuld, von der nur einige Verbrecher oder Wahnsinnige auszuschließen sind."

„Ein breiter Konformismus, der auf wirklicher oder angenommener Befriedigung beruht, verbindet die gesamte Gesellschaft. Obwohl jeder genauso wie der andere handelt, glaubt er nach eigenem Gutdünken zu verfahren und erfreut sich seiner Freiheit. Es ist der Triumph der bedingten Reflexe, die so geschickt hervorgerufen werden, daß man ihre Mechanik nicht mehr entdeckt."

„Die beiden deutschen Staaten sind durch Haß und Unwissenheit voneinander getrennt. Nichts ist für einen Bundesbürger fremdartiger als der Staat nebenan. Und umgekehrt gilt das gleiche. Er wird sich noch nicht einmal dafür interessieren, da er überzeugt ist, bereits alles zu wissen: das heißt, mit dem übelsten Regime zu tun zu haben, das man jemals gesehen habe. Seine Meinung ist bereits gemacht, er braucht sich nicht mehr mit Einzelheiten abzugeben. Im übrigen informieren ihn seine Zeitungen reichlich. Und welche Informationen! Sähe man die DDR durch ein Zerrglas an, könnte das Bild nicht ungenauer sein."

(Abosch)

„Kriege ‚kommen' nicht über Nacht ins Land wie Schnee und Frühlingsrauschen, Kriege werden gemacht durch falsches Denken, so wie Freiheit nicht das Feuer ist, sondern richtiges Denken."

„Das Hurra von Millionen macht Generale."

„Fast in jedem Drecknest gibt es heute schon wieder ein Denkmal Ewig deutscher Osten, an Feiertagen magisch beleuchtet. In jedem Jahr mindestens dreimal irgendein Heimattreffen, Orgien triebhafter Vergeßlichkeit, nicht minder magisch! Aber hast du hier etwa bei uns schon ein Denkmal gesehen zur Erinnerung an das Heer von verschleppten und vertriebenen Polen?"

„Er hätte es doch nicht geglaubt am Ende".

„Er soll denken, nicht glauben!"

„Ich habe ihm nicht gesagt, daß Tapferkeit für sich noch kein Wert ist, daß jeder echte Verbrecher tapfer ist, wenn es um sein Leben geht — er wird trotzdem verurteilt!"

„1946 war es für den Herrn Kandidaten gefährlich, s e i n e Meinung zu sagen — wann war es für ihn also nicht gefährlich? Doch wohl vor 45, muß man annehmen ... Aber was für ein übler Anwurf ist das an den Wähler, ihm in Bausch und Bogen zu unterstellen, was auf Ihren Herrn Kandidaten zutreffen mag: damals habe er seine Meinung nicht sagen können! Was für Wähler reden Sie eigentlich an?"

„Braucht man sie wieder, diese rüden Büttenredner, gegen die W e l t g e f a h r Nr. 1? Dann danke, Freiheit. Keinen einzigen Schuß mit diesen Herren in gleicher Richtung, auch dann nicht, wenn es um h ö c h s t e G ü t e r geht, Geliebte!"

(Geißler)

Hans v. U s l a r

Dokumente zum Zeitgeschehen

J a m e s P. W a r b u r g

Die Berlin-Frage; Hintergrund und Zukunft

Der bekannte und angesehene unabhängige amerikanische Publizist James P. W a r b u r g (vgl. auch Heft 2 und 3/1961 der „Blätter"), hat der Redaktion den Text eines Memorandums zur Berlin-Frage zur Verfügung gestellt, das er am 30. Juni 1961 Präsident Kennedy und dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hat.

Wir veröffentlichen im folgenden die wichtigsten Teile dieser Denkschrift.

D. Red.

I.

. . .

Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Ansicht, waren es nicht die Russen, sondern die Franzosen, die als erste das Potsdamer Abkommen sabotierten und verursachten, daß die vier Zonen letzten Endes zu vier unter Fremdherrschaft stehenden hermetisch gegeneinander abgeriegelten Satrapien wurden.

Allerdings stimmte es, daß daraufhin die Russen, besonders hinsichtlich der Reparationen, das Abkommen verletzten. Dann verletzten es die Vereinigten Staaten und bereits im Jahre 1947 war das Potsdamer Abkommen zum toten Buchstaben geworden.

5. Der Marshall-Plan vom Juni 1947 hätte, wenn er von der Sowjetunion als ein gesamt-europäisches Wiederaufbauprogramm angenommen worden wäre, den ost-westlichen Bruch überbrücken und zu einem Friedensvertrag für Gesamt-Deutschland führen können. Aber dem Marshall-Plan war die Truman-Doktrin der globalen Bindungen vorangegangen, die das Mißtrauen und die Feindschaft Sowjetrußlands geweckt hatte. Durch die sowjetische Ablehnung des einzigartigen Marshall-Planes wurde der Eiserne Vorhang quer durch Europa und durch ein geteiltes Deutschland herabgelassen.

Nachdem sich die Teilung einmal stabilisiert hatte, war es logisch, daß die Westmächte ihre deutschen Besatzungszonen statt in ein gesamteuropäisches Wiederaufbauprogramm in das nun entstandene westeuropäische Programm eingliederten. Aber hier stoßen wir auf einen anderen und folgenschweren Fehler. Die Westmächte kamen zu dem Entschluß, ihre drei Zonen nicht nur als wirtschaftliches Ganzes zu behandeln, sondern sie in einem neuen westdeutschen Staat zu vereinigen.

Der Verfasser dieses Memorandums wies vor der Öffentlichkeit warnend darauf hin, daß die Schaffung eines westdeutschen Staates zwei höchst unerwünschte Folgen haben würde: 1. die Bildung eines ostdeutschen Satellitenstaates durch die Sowjetunion, wodurch die Teilung erstarren würde; und 2. den sowjetischen Versuch, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben mit der Begründung, die Vier-Mächte-Regierung habe aufgehört zu regieren. Letzterer Versuch wurde schließlich durch die glänzend improvisierte Berliner Luftbrücke vereitelt, aber die westliche Enklave im Herzen des ostdeutschen Sowjetsatelliten blieb in den kommenden Jahren als ein gefährlicher Unruheherd bestehen.

Dieses sind die vier gröbsten Fehler, die nach Meinung des Unterzeichneten in erster Linie verantwortlich sind für das Vorhandensein einer Berlin-Frage. Trotzdem ist diese Frage tatsächlich nicht zu trennen von dem größeren Problem des geteilten Deutschland. Es ist deshalb notwendig, einige der Faktoren zu erwähnen, durch die Deutschland geteilt blieb und die diese Teilung zu einer der stärksten Bedrohungen des Weltfriedens machten.

II.

Wenn es ein Fehler war, einen westdeutschen Staat zu schaffen und so die Bildung eines ostdeutschen sowjetischen Satellitenstaates herauszufordern, war es ein sogar noch größerer Fehler, diesen beiden deutschen Staaten die Wiederaufrüstung zu bewilligen. Die Russen fingen mit dieser Unsinnigkeit an. Der Westen vollendete sie. Und dieses trotz der Tatsache, daß beide Seiten die Wiederbewaffnung Deutschlands fürchteten und sich verpflichtet hatten, sie zu verhindern . . .

Es ist angeführt worden, daß der Korea-Krieg den grundlegenden Gesinnungswechsel hinsichtlich der Remilitarisierung (Westdeutschlands) verursacht habe, eine Darstellung, die den Tatsachen nachweislich nicht entspricht. Der Entschluß, Westdeutschland wieder zu bewaffnen, war in aller Ruhe bereits Monate vor dem nordkoreanischen Angriff getroffen worden; er war mit einbegriffen in dem Beschluß, Europa am Eisernen Vorhang zu verteidigen. Korea gab nur eine willkommene Begründung.

Der Verfasser hat den Beschluß, Deutschland zu bewaffnen, immer für einen verhängnisvollen Fehler gehalten, einen Fehler, der die Kriegsgefahr in Europa eher vergrößert als verringert hat. Diese Ansicht wird in den Vereinigten Staaten nicht allgemein geteilt. Der Verfasser war überzeugt davon, daß der einzige Weg, Westeuropa gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen, die Verhinderung eines Angriffes überhaupt wäre — daß, wenn ein sowjetischer Angriff einmal im Gang wäre, Westeuropa nicht verteidigt werden könne, weder mit noch ohne einen Verteidigungsbeitrag — und daß

die Wiederbewaffnung Deutschlands mit größerer Wahrscheinlichkeit einen sowjetischen Angriff herausfordern als abschrecken würde.

Die Tatsache, daß kein sowjetischer Angriff erfolgt ist, ist nicht der lange aufgeschobenen Aufstellung einiger deutscher Divisionen als Verstärkung der kläglich schwachen, von der NATO während ihres 12jährigen Bestehens aufgestellten Boden- und Luftstreitkräfte zu verdanken. Was einen sowjetischen Angriff abgehalten hat — angenommen, daß ein derartiges Abenteuer überhaupt ins Auge gefaßt wurde — war die Angst vor dem Atomkriege.

Seit 1957 waren es nicht nur die Russen, die eine atomare Vergeltungsaktion fürchteten. Die Vereinigten Staaten leben jetzt unter derselben Bedrohung. Seit 1957 hat sich Europa darüber Gedanken gemacht, inwieweit es sich auf die Atommacht Amerika als Abschreckungsmittel verlassen kann.

. . .

IV.

. . .

Das ursprüngliche Ziel der amerikanischen Politik war es, ein friedliches demokratisches Gesamt-Deutschland zu schaffen. Die Teilung in drei, vier oder fünf deutsche Staaten war 1943 in Teheran diskutiert und verworfen worden. Die im Vorangegangenen beschriebenen Entwicklungen führten dann zu dem verfehlten Experiment der Viermächte-Regierung und der Bildung von zwei getrennten deutschen Staaten.

Nachdem das geschehen war, wurde das Ziel der amerikanischen Politik die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten durch allgemeine freie deutsche Wahlen — ein Ziel, das Staatssekretär Acheson und der Kanzler Adenauer durch eine „Politik der Stärke" zu erreichen suchten — d. h., indem sie Westdeutschland so stark und wohlhabend machten, daß es Ostdeutschland unwiderstehlich gefügig machen würde. Dieses Bestreben besaß die etwas laue Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs und war letzten Endes zum Scheitern verurteilt durch den Beschluß, Westdeutschland als Partner der NATO-Allianz wieder zu bewaffnen.

In dem Augenblick, in dem Deutschland ein Mitglied der Anti-Sowjet-Allianz wurde, bedeutete die Wiedervereinigung entweder, daß die NATO-Mitgliedschaft aufzugeben wäre, oder, daß das wiedervereinigte Deutschland die Mitgliedschaft übernehme. Kein vernünftig denkender Mensch kann annehmen, daß der Kreml letzterer Alternative zustimmen würde, d. h. der Wiedervereinigung beipflichten würde, wenn sie die Vereinigung Ostdeutschlands mit dem westdeutschen Staat als Mitglied des Anti-Sowjet-NATO-Bündnisses bedeutete. Trotzdem haben sich die Vereinigten Staaten während des letzten Jahrzehnts geweigert, zu erkennen, daß sie zwei sich gegenseitig ausschließende Ziele verfolgten — daß sie nicht sowohl die Wiedervereinigung Deutschlands als auch die Erhaltung einer deutschen militärischen Beteiligung an der NATO-Allianz erreichen könnten.

V.

Dies führt uns in die Gegenwart. Wenn wir die deutsche Frage klären wollen, müssen wir uns entscheiden, was wir wollen — Wiedervereinigung oder die Erhaltung einer westdeutschen Beteiligung an der NATO. Man kann nicht beides haben.

Jede der Alternativen trägt klar erkennbare Verwicklungen im Hinblick auf die Zukunft Berlins in sich.

Wenn wir eine Wiedervereinigung anstreben um den Preis eines Verzichts auf einen deutschen militärischen Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung, haben wir ein gutes Argument, auf der Erhaltung des Status quo in Berlin zu bestehen, bis Berlin wieder Hauptstadt einer wiedervereinigten deutschen Nation sein wird.

Wenn wir die Hoffnung aufgeben, Deutschland wieder zu vereinigen, damit Westdeutschland in der NATO bleiben kann, müssen wir die Existenz eines ostdeutschen Staates anerkennen, die Teilung Deutschlands sozusagen als Dauerzustand hinnehmen und uns mit der Tatsache aussöhnen, daß wir nicht darauf hoffen dürfen, auf die Dauer eine westliche Insel der Freiheit im Herzen eines kommunistischen Staates halten zu können. Dieses mag der legalen Situation nicht entsprechen, aber es ist harte, von der Vernunft diktierte Wirklichkeit.

Länger als ein Jahrzehnt ist der Verfasser für die Annahme der ersten Alternative eingetreten und hat er eine Anzahl bestimmter Vorschläge zu ihrer Realisierung vorgebracht. Die Vorteile dieses Kurses würden darin bestehen, daß er nicht nur die Stellung des Westens in Berlin aufrechterhalten würde, sondern daß er ein und für allemal das größere Problem, nämlich das deutsche, lösen würde. Dazu würde er die Spannungen des Kalten Krieges verringern, indem ein militärisch neutrales Gebiet zwischen Rußland und Westeuropa geschaffen würde.

Die beste Gelegenheit, diesen Versuch zu prüfen, war 1957—1958 gegeben, als Polen den Rapacki-Plan zur ‚Entatomarisierung' Polens, der Tschechoslowakei und der beiden deutschen Staaten vorlegte. Dieser Plan wurde von Moskau gutgeheißen, jedoch von der Eisenhower-Regierung verworfen. Etwas ähnliche Vorschläge wurden von Mr. Hugh Gaitskell, dem Führer der britischen Arbeiterpartei, und von Mr. George F. Kennan, dem ehemaligen Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, gemacht. Ein früherer Vorschlag wurde General Eisenhower vom Verfasser unterbreitet, ehe er Präsident wurde und ein weiterer, der vom Verfasser für die „Arden House Disarmament Conference" im Dezember 1956 entworfen wurde, wurde Präsident Eisenhower von zwei Senatoren der Vereinigten Staaten vorgelegt — John Sparkmann (D) aus Alabama und Ralph Flanders (R) aus Vermont. Ersterer wurde anscheinend niemals in Betracht gezogen. Der zweite Vorschlag wurde von Mr. Eisenhower abgelehnt mit der Begründung, er gefiele dem westdeutschen Kanzler, Konrad Adenauer, nicht.

Es ist nur eine geringe Übertreibung zu behaupten, daß von 1953 bis 1961 die amerikanische Politik in Hinsicht auf Deutschland eher in Bonn gemacht wurde als in Washington. Staatssekretär Dulles und sein Bruder Allen, Chef des „Central Intelligence Agency", waren durch langjährige Verbindung mit den deutschen Industrieführern eng liiert und Dr. Adenauer übte einen beinahe hypnotischen Einfluß auf die Regierungskreise Washingtons aus. Unglücklicherweise hatte der ehrwürdige Kanzler sein Prestige in der Heimat und seine magische Wirkung im Ausland auf die irrtümliche Vorstellung aufgebaut, daß Deutschland wieder vereinigt werden und Mitglied des NATO-Bündnisses bleiben könnte. Diese trügerische Lehre war ursprünglich von der deutschen sozialdemokratischen Opposition verworfen worden, ist aber jetzt vom Bürgermeister Westberlins, Willy Brandt, dem Gegner des Kanzlers bei den in diesem September stattfindenden Wahlen, gutgeheißen worden. So wird sich Deutschland, einerlei wie die Wahlen ausgehen, vermutlich weiterhin beharrlich auf eine Verteidigung des unhaltbaren Status quo festlegen.

Aus besonderen Gründen hat Präsident de Gaulle die westdeutsche kompromißlose Haltung unterstützt, obschon er offensichtlich nicht den Wunsch nach einem vereinigten Deutschland hat.

Großbritannien neigte dazu, einen flexibleren Standpunkt einzunehmen, aber während die Engländer einem wiederaufgerüsteten geteilten Deutschland mißtrauen, sehen sie andererseits in einem entmilitarisierten vereinten Deutschland einen Konkurrenten erstehen. Die Vereinigten Staaten halten den Schlüssel zur Zukunft der westlichen Politik in der Hand.

Vom Standpunkt Sowjet-Deutschlands aus muß zugegeben werden, daß die Existenz einer von den Westmächten kontrollierten Insel des Wohlstandes und der Freiheit im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik nicht tragbar ist — „einer Gräte im Hals, die entfernt werden muß." Westberlin ist nicht nur ein Schaufenster des Westens und seine Propagandazentrale, sondern auch ein Schlupfloch, durch das jährlich ungefähr 200 000 höchst nützliche Bewohner Ostdeutschlands den Weg in die Freiheit nehmen.

Angesichts der Entschlossenheit Sowjet-Rußlands, diese Situation zu beenden, genügt es nicht, daß die Westmächte erklären, daß sie, wenn nötig kämpfen werden, um ihre legalen Rechte und den Status quo aufrecht zu erhalten. Dieses zu tun, und nur dieses zu tun, bedeutet, den Krieg herauszufordern oder aber sich auf die allmählich zermürbende Beendigung eines durchaus unhaltbaren Zustandes gefaßt zu machen. Es genügt auch nicht abzuwarten, was Herr Chrustschow nun wirklich in den kommenden Monaten unternehmen wird. Für den Westen ist die Zeit endlich gekommen, dem Kreml die Initiative aus der Hand zu nehmen.

„Senate Majority Leader" Mike Mansfield aus Montana hatte tausendmal recht, als er die Notwendigkeit einer neuen westlichen Initiative erkannte. Man kann in Frage

stellen, ob sein Vorschlag, das ganze Berlin zu einer international garantierten freien Stadt zu machen, des Rätsels Lösung ist — ob es eine Lösung des Berlin-Problems geben kann außer im Zusammenhang mit einer Lösung des Deutschland-Problems. Es ist eine interessante, wenn auch entmutigende Tatsache, daß der Vorschlag des Senators kritisiert worden ist, und zwar nicht auf seine Verwendbarkeit hin, sondern weil jeder neue Verständigungsversuch ein Zeichen westlicher Schwäche darstellen würde. Natürlich ist dies vollendeter Unsinn. Es heißt soviel wie zu behaupten, daß der Westen immer in der Defensive bleiben muß.

Die einfache Wahrheit ist, daß, wenn die Westmächte das Ziel der Wiedervereinigung aufgeben, um Westdeutschland in der NATO zu behalten, sie die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik anerkennen müssen. Sie müssen sich mit ihr, sowie mit Moskau, über die Zukunft Berlins auseinandersetzen ...

...

Der Westen sollte vorschlagen:

1. Die militärische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten und, wenn das noch möglich ist, von Polen, der Tschechoslowakei und vielleicht auch Ungarn und Dänemark.

2. Die Zurückziehung fremder Truppen von dem zu neutralisierenden Gebiet.

3. Ein Ost-West-Abkommen, das den beiden deutschen Staaten erlaubt, den Weg zur Wiedervereinigung ohne irgendwelche Einmischung von außen zu finden.

...

Andererseits wäre es durchaus möglich, daß ein wiedervereintes Deutschland in jeder Beziehung, außerhalb eines militärischen Bündnisses, eng an den Westen gebunden bleiben könnte. Es könnte dem Gemeinsamen Markt angeschlossen bleiben und schließlich ein Glied eines starken vereinigten Westeuropas werden und beträchtlich zu der westlichen Unterstützung der weltwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Aber dies könnte nur in dem breiten Zusammenhang einer Loslösung von Ost-West-Bindungen geschehen, die darauf gerichtet wäre, das ganze Europa zu vereinen, während sie zugleich einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur regionalen Abrüstung bedeutete.

Einen derartigen Vorschlag vorzubringen, würde ein Zeichen von einfallsreicher Klugheit und Stärke auf westlicher Seite bedeuten. Er würde diesmal die Sowjetunion in die Defensive versetzen.

Andererseits würde die Fortsetzung der zehn Jahre durchgeführten einfallslosen und starren Politik des Westens im Hinblick auf Berlin und Deutschland zu der endgültigen Torheit führen, der deutschen Forderung nach Atomwaffen nachzugeben. Wenn wir einmal diesem Anspruch nachkämen, werden wir den Punkt überschritten haben, von dem aus es kein zurück mehr gibt.

Copyright dt. Übersetzung „Blätter für dt. u. int. Politik".

Anhang:

Hinweis auf einige früher erschienene Veröffentlichungen des Verfassers über das Thema

Germany — Bridge or Battleground; Harcourt Brace, 1947.

Put Yourself in Marshall's Place; Simon & Schuster, 1948.

Last Call for Common Sense; Harcourt Brace, 1949.

Testimony before Senate Foreign Relations Committee on the North Atlantic Treaty; Congressional Record; May 10, 1949.

Germany — Key to Peace; Harvard University Press, 1953.

Turning Point Toward Peace?; Current Affairs Press, 1955; Reprinted in full in the Congressional Record.

Agenda for Action Toward Peace Through Disengagement; Monde, 1957.

Testimony before Senate Foreign Relations Committee concerning U. S. Policy in Europe; Congressional Record of June 4, 1958.

The West in Crisis; Doubleday & Co. 1959.

Disarmament, Challenge of the Nineteen Sixties; Doubleday & Co., 1961.

Prof. Erich Kahler mahnt zur Vernunft

Die New York Times veröffentlichte am 21. August den folgenden Leserbrief von Prof. Dr. Erich Kahler, Princeton, dem Verfasser des Aufsatzes „Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede" in Heft 7/61 der „Blätter". D. Red.

Man bedauert allgemein, daß wir die Initiative an Sowjet-Rußland verloren haben. Aber allzuwenig Leute scheinen zu erkennen, daß dies nicht nur eine Sache von mehr oder weniger ungestümer Aktivität ist. Die Gründe liegen in den Methoden unserer Außenpolitik in den letzten zehn Jahren, die uns in die gegenwärtige gefährliche Lage gebracht haben, und von denen sich die gegenwärtige Regierung unglücklicherweise nicht gänzlich gelöst zu haben scheint.

Ein neues Gewand könnte, so scheint es mir, nur durch drei grundlegende Änderungen in der Ausführung unserer Politik erreicht werden:

Aufgabe der sterilen Methode bloßer „Eindämmung", das heißt, des Bestehens auf dem status quo, bis dieser gänzlich unhaltbar wird und uns mit der Notwendigkeit konfrontiert, ein verhängnisvolles Dilemma von unserem Gegenspieler zu akzeptieren. Das richtige wäre, nachzudenken und eine aktive Rolle in den unausweichlichen Reformen und Revisionen zu einer Zeit zu übernehmen, da wir noch in der Lage sein könnten, den Gang der Dinge frei zu beeinflussen.

Aufgabe der Methode, Vorschläge nur um der Propaganda willen zu machen, oder um unseren Gegenspieler zu ärgern, Vorschläge, von denen wir von vornherein wissen, daß er sie nicht annehmen kann; Vorschläge mit der offenen, tatsächlich sogar publizierten Absicht, ihre Annahme zu verhindern, wie im Falle des kommunistischen China. Die Zeit ist viel zu ernst für derartige alte diplomatische Tricks

Das Vertrauen der Völker der Welt beruht auf dem Beweis unserer ernsthaften Bemühungen, Spannungen zu entschärfen, die unbewegliche Haltung des Gegners aufzulokkern, indem man seine Gründe und Befürchtungen in Rechnung stellt, so daß Lösungen auf Grund gegenseitigen Kompromisses gesucht werden können.

Das russische Bestehen auf der Troika, und darin dem gewiß unannehmbaren Veto, geht zurück auf die Haltung des UN-Generalsekretärs in Bezug auf die Ermordung Lumumbas, die weder verhindert, noch ordentlich untersucht, noch bestraft wurde, während Tschombé, der gleichermaßen lästig, aber auf der belgischen Seite ist, wieder freie Hand gegeben wurde; Chrustschows Forderung nach neuen Berlin-Verträgen ist, wie Walter Lippman berichtet hat, verursacht durch die verständliche Furcht vor einer beabsichtigten atomaren Bewaffnung Deutschlands.

Verzicht auf die Betonung militärischer Methoden und Drohungen (wie jüngst der unglaubliche Alarm in Berlin zum Jahrestag von Hitlers Invasion in Rußland, der einen an jenen ähnlichen Alarm am Vorabend der Gipfelkonferenz in Paris erinnert). Das Übergewicht der militärischen Ansicht ist gefährlich, im Innern nicht weniger als international, und hat uns in der Vergangenheit nirgendwohin geführt.

Wir sind engagiert in einer Auseinandersetzung um die Gesinnung von Menschen in der ganzen Welt. Wir können mit Rußland nicht konkurrieren, indem wir ihre geschickten Methoden mit altmodischer Macht-Politik kontern. Da wir eine Demokratie sind, die Absicht haben, eine Demokratie zu bleiben und sie zu verteidigen, haben wir die ihr innewohnenden Verpflichtungen und Nachteile in Kauf zu nehmen. Wenn wir diese Verpflichtungen aufgeben, rechtliche und moralische Verpflichtungen, dann haben wir einfach nichts, worauf wir stehen könnten.

Es wird uns draußen nicht helfen, und es wird uns zwingen, zu Hause aufzugeben, was wir vor der Welt verteidigen wollen, die Sicherungen von Gesetz und Bürgerrechten, einer Ordnung der Rechtmäßigkeit, der Gewaltlosigkeit, der Übereinstimmung und der friedlichen Verbesserung. Es würde uns von einem Abgrund an den anderen führen, bis wir schließlich in die letzte Absurdität taumeln könnten.

Läßt es sich vernünftigerweise verteidigen, daß wir, um den gegenwärtigen Status von West-Berlin aufrechtzuerhalten, einen thermonuklearen Krieg riskieren sollten, der nicht nur ausgerechnet diese Stadt zu einem Haufen von Schlachtfeldern werden ließe, sondern dazu noch das Ende Europas bedeutete? Wird es Deutschland, das in einem halben Jahrhundert zweimal einen Weltbrand entfacht hat, wieder erlaubt sein, der Grund für eine Welt-Erschütterung zu sein, und diesmal einer unvorstellbaren zerstörerischen Sintflut?

Rom: Berlin-Sperre war vermeidbar

In westlichen diplomatischen Kreisen Roms herrschte am Montag Bestürzung über eine von offiziellen italienischen Regierungsstellen der Presse zur Verfügung gestellte Kommentierung der Berliner Ereignisse. Darin wird den Alliierten in unverhüllter Weise vorgeworfen, sie hätten die von Ministerpräsident Fanfani und Außenminister Segni nach deren Moskau-Reise Anfang August erteilten Ratschläge nicht beherzigt und dadurch die sowjetischen Maßnahmen in Berlin herbeigeführt.

Ausgelöst wurden dieser ernste Vorwurf und die damit verbundenen Reaktionen durch eine persönliche Botschaft Chrustschows an Fanfani. Das sehr lange Dokument „von höchst bedeutsamem Inhalt" war dem italienischen Ministerpräsidenten bereits am Donnerstagabend durch den sowjetischen Botschafter in Rom, Kozirew, überreicht worden. Die Nachricht davon war in Rom durchgesickert, aber offiziell weder dementiert noch bestätigt worden, da sich Fanfani erst in Moskau vergewissern wollte, daß man dort gegen die Weitergabe des Inhaltes der persönlichen Botschaft an die Verbündeten Italiens nichts einzuwenden habe. Die Zustimmung traf erst in der Nacht zum Sonntag ein, und die Alliierten wurden unverzüglich von dem Inhalt in Kenntnis gesetzt.

Einzelheiten darüber sind bisher auch nicht in Form von Indiskretionen bekanntgeworden. Die offiziöse italienische Nachrichtenagentur Ansa verbreitete jedoch in einer offensichtlich von der Regierung inspirierten Verlautbarung, die Botschaft habe „die in Moskau in den Gesprächen zwischen Fanfani, Segni und Chrustschow zutage getretenen Elemente bestätigt". Chrustschow, so heißt es weiter, bekräftige nun neuerlich auch schriftlich, daß er bereit sei, der Aufforderung Fanfanis nachzukommen und Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den alliierten Regierungen über die aktuellen Probleme des gegenwärtigen Augenblicks einzuleiten. „In offiziellen Regierungskreisen drückt man Genugtuung über die Botschaft aus, deren Inhalt die Richtigkeit der Bewertung erweise, die die italienische Regierung den Moskauer Gesprächen gegeben hat und die den Alliierten zeitgerecht mitgeteilt worden sind."

Noch deutlicher drückte sich ein aus Regierungskreisen stammender vollständiger Text aus, der ebenfalls durch die Agentur verbreitet wird: „Die Botschaft des Herrn Chrustschow an Fanfani bestätigt, daß die Ratschläge, die im Verlauf dieser Aktion (die diplomatische Aktion Italiens, durch die Rom seine Ansicht zum Berlin-Problem mitgeteilt hat) von unserer Regierung den Alliierten gegeben wurden, wohl fundiert waren. Wenn diese Ratschläge von dem gleichen Tag an, an dem sie gegeben worden sind, beherzigt worden wären (am 5. und 9. August in Gesprächen mit Rusk und Adenauer), dann hätten die bedauerlichen vollzogenen Tatsachen in Berlin vermieden werden können. Man vertraut jedoch darauf, daß die verlorene Zeit zum Vorteil für den Frieden und den ruhigen Genuß der Freiheit der Berliner Bevölkerung wieder eingeholt werde . . ."

Die kommunistische „Unità" ergänzt diese aufsehenerregenden Sätze noch durch eine zusätzliche „Information" aus dem Ministerpräsidenten nahestehenden Kreisen: Chrustschow habe Fanfani in Moskau zu verstehen gegeben, daß er „Vorsichtsmaßnahmen" in der deutschen Frage ergreifen müsse, falls es nicht sofort zu Verhandlungen mit dem Westen kommen sollte.

Frankfurter Rundschau v. 29. VII. 61

Nehru bezweifelt westliche Berlin-Rechte

Der indische Ministerpräsident Nehru hat gestern die Berlin-Rechte der Westmächte offen in Zweifel gezogen und sich damit dem sowjetischen Standpunkt in der Berlin-Frage genähert.

Zum Abschluß einer zweitägigen außenpolitischen Debatte im indischen Oberhaus sagte Nehru, das Argument der sowjetischen und sowjetzonalen Behörden, sie hätten volles Kontrollrecht über die Bewegung nach Westberlin, sei nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Vereinbarung von 1944 habe den Westmächten nur das Recht zur militärischen Besetzung der Westsektoren gegeben, während die Garantie des Zugangs erst ein Jahr später von den Sowjets mündlich ausgesprochen worden sei. „Dieser Zugang ist also nicht ein Recht, sondern eine Konzession der Sowjets", erklärte Nehru.

Seit 1944 habe sich eine ganze Reihe von Veränderungen ergeben. Dadurch seien „die legalen Rechte in der deutschen Frage unklar" geworden. Eine „Schwächung" der westlichen Zugangsrechte sei ferner eingetreten, als die Viermächteverwaltung Berlins 1949

nach der Blockade beendet wurde. Westberlin sei unter NATO-Verantwortlichkeit gekommen und die Existenz zweier deutscher Staaten sei eine Tatsache und normalerweise hätten souveräne Staten das Recht, alle Bewegungen innerhalb ihrer Grenzen zu kontrollieren. Damit scheint Nehru die Sperrung der Sektorengrenze Ostberlins als berechtigt anzusehen.

Nehru fuhr fort, Indien behandle die Sowjetzone „praktisch als separate Nation", wenn es auch keine diplomatischen Beziehungen mit Pankow unterhalte. Der Ministerpräsident sprach sich erneut für die Anerkennung der Ostgrenzen Deutschlands aus.

Die Berlin-Krise könne nur durch Verhandlungen gelöst werden und nicht dadurch, daß die Großmächte „Truppen in Bewegung setzen und Deklarationen abgeben". Chrustschow habe Garantien für den freien Zugang nach Westberlin angeboten. Dies könne als Verhandlungsbasis dienen.

Die Erklärungen Nehrus lassen erkenen, daß Chrustschow mit seinem 14seitigen Schreiben zur Berlin-Frage bei Nehru offensichtlich mehr Eindruck gemacht hat als der amerikanische stellvertretende Außenminister Chester Bowles, der bei seinem jüngsten Indien-Aufenthalt versucht hatte, Nehru von der Richtigkeit der westlichen Berlin-Position zu überzeugen. Gleichzeitig scheint damit die Marschroute abgesteckt zu sein, die Nehru bei seiner eventuellen Vermittlerrolle in der Berlin-Frage zwischen Ost und West einhalten könnte.

Kölner Stadtanzeiger v. 24. VIII. 61.

Indische Presse spricht von zulässiger Maßnahme der SED

Die vier großen Zeitungen Neu-Delhis befaßten sich am Dienstag in Leitartikeln eingehend mit der Berlin-Krise. Obwohl alle vier Blätter die Lage für gefährlich halten, sehen sie in der Schließung der Sektorengrenze eine zulässige Waffe des Kalten Krieges. Der „Indian Expreß" meint: „Herrn Ulbrichts Regierung ist berechtigt, dem Flüchtlingsstrom aus ihrem Gebiet Einhalt zu gebieten." Die „Hindustan Times" rät Bundeskanzler Adenauer, sich nicht in „die Schlacht der Ostdeutschen gegen ihre Regierung" einzumischen.

Frankfurter Rundschau v. 18. VIII. 61.

Auszüge aus dem Interview, das Ministerpräsident Chrustschow Ende Juli dem amerikanischen Journalisten Pearson gegeben hat

„Ich möchte gern wissen, wie die Westmächte auf folgenden konkreten Vorschlag antworten würden: Mögen die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion gemeinsam das feierliche Gelöbnis ablegen, die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte der Freien Stadt West-Berlin zu respektieren und zu schützen. Ich glaube, sie werden damit einverstanden sein. Wir sind auch einverstanden! Wo sind dann die Gründe für die Entflammung der Leidenschaften und die Aufpeitschung einer militärischen Psychose um die sogenannte Berlin-Frage? Was bleibt, ist die Frage der Freiheit des Zugangs nach West-Berlin. Wie Sie wissen, machen die Gegner der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages wegen dieser Frage einen besonderen Lärm. Es ist um so wichtiger, diese Frage völlig klarzustellen. Wir haben es gesagt und wir wiederholen es, daß niemand in die Freiheit des Zugangs nach West-Berlin eingreift. Im Gegenteil, zu dem Vorschlag des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages erklären wir, daß die Freiheit der Verbindungswege West-Berlins garantiert werden muß. Die West-Berliner Regierung muß wie jede souveräne Regierung das Recht haben, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zu jedem Land auf jedem Kontinent zu unterhalten . . .

Wir sagen: Lassen Sie uns den Friedensvertrag unterzeichnen, lassen Sie uns West-Berlin den Status einer freien Stadt geben, lassen Sie uns alle dazu notwendigen Garantien gewähren. Wir sind außerdem selbst bereit, uns an der Ausübung dieser Garantien zu beteiligen. Wir sind auch damit einverstanden, daß diese Garantien durch die Anwesenheit von symbolischen Truppen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetzone in West-Berlin unterstützt werden. Diese Truppen sollten von geringer Anzahl und buchstäblich symbolisch sein, denn keine große Zahl von Streitkräften wird dort zum Garantieren des Status einer freien Stadt erforderlich sein. In diesem Fall könnte mit der DDR-Regierung eine Einigung über die Freiheit der Verbindungslinien für diese

Militärkontingente erzielt werden. Damit ist praktisch unsere Haltung zur Deutschland-Frage zusammengefaßt. Dies ist es, was wir verlangen . . .

Nach: Deutsche Zeitung v. 30. VIII. 61

Amerikanischer Senator für Deutschland-Kompromiß

Der amerikanische Senator Claiborne Pell (Demokrat), der kürzlich in Berlin war, vertrat vor dem amerikanischen Senat die Ansicht, daß die USA bei Verhandlungen über das Deutschlandproblem die Oder-Neiße-Linie anerkennen könnten. Frankreich habe dies bereits getan, und ihre allgemeine Anerkennung werde den Frieden und die Stabilität in Mitteleuropa beträchtlich festigen. Annehmbar sei ferner eine zeitweilige Anerkennung des Sowjetzonenregimes, falls damit Garantien gegenüber Westberlin verbunden seien. Europa erinnere sich noch immer an drei von den Deutschen innerhalb der letzten 90 Jahre entfesselte Angriffskriege, und der Gedanke an zwei deutsche Staaten beunruhige die meisten Europäer nicht. Zum dritten könnten sich die USA verpflichten, der Bundesrepublik keine Atomwaffen zur Verfügung zu stellen, falls die Sowjetunion die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der Sowjetzone eingehe. Ein solcher Schritt sähe aus propagandistischer Sicht wie ein Opfer des Westens aus, wäre in Wirklichkeit aber keines, da die Westdeutschen auf Grund ihrer technischen Fähigkeiten bald in der Lage wären, ihre eigenen Atomwaffen herzustellen, falls sie dies wünschten.

Süddeutsche Zeitung v. 24. VIII. 61.

Kennedy auf dem Wege zum Realismus?

Chrustschow möchte die Sowjetzone, der Westen möchte hieb- und stichfeste Garantien für die Freiheit Berlins. Das ist sicherlich eine Verhandlungsgrundlage. Es gibt Anzeichen, daß auch Präsident Kennedy anfängt, die Dinge so zu sehen, und bereit ist, Dr. Adenauers Einwände zu übergehen.

Es besteht die Befürchtung, daß die Sowjets ein neues Abkommen nicht einhalten könnten. Sie könnten jedoch schon morgen nach Berlin einmarschieren, wenn sie dies das Risiko eines Atomkrieges für wert hielten. Chrustschow aber ist offensichtlich nicht dieser Ansicht.

Daily Herald v. 10. VIII. 61.

Britische Stimmen für Anerkennung Pankows

Die Diskussion über Berlin in der britischen Presse hat sich in den letzten Tagen immer mehr auf die Frage zugespitzt, ob der Westen die Sowjetzonenrepublik anerkennen sollte, wenn er dafür ein neues, besseres Berlin-Abkommen mit klaren Garantien erhalten könne. Der weitaus überwiegende Teil aller Stimmen spricht sich für eine Anerkennung Pankows in irgendeiner Form aus. Deshalb sieht sich die Regierung in dieser Frage bei kommenden Gesprächen zwischen den Westmächten auch einem deutlichen Druck ihrer öffentlichen Meinung ausgesetzt.

Auch in Regierungskreisen wird zugegeben, daß man dem eigenen Volk oder der Welt eine Anerkennung oder Nichtanerkennung Pankows natürlich niemals als Kriegsgrund plausibel machen könnte. Es sei im übrigen sinnlos, über all diese Dinge öffentlich zu diskutieren und öffentliche Verhandlungspositionen zu umreißen, ehe man Hinweise von sowjetischer Seite habe, daß ernsthafte Verhandlungen überhaupt möglich sind.

Die liberale Zeitung „Guardian" vertrat am Freitag abermals die Ansicht, daß eine gewisse Anerkennung Pankows unweigerlich ein Bestandteil jeder etwaigen Verhandlungsregelung sein werde. Das Blatt schlägt vor, daß der Westen dafür garantierte Verbindungswege nach Berlin, eventuell unter einer Sechsmächtekommission erhalten solle. Nichts lege bisher die Vermutung nahe, daß Chrustschow einen solchen Handel ablehnen würde. Wörtlich schreibt das Blatt: „Präsident Kennedy hat erklärt, die Berlin-Krise sei nur ein Teil der weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. Und wenn der Westen einen Rückzug antrete, werde er eine große psychologische Niederlage erleiden. Das mag der Fall sein. Aber rechtfertigt es, daß wir den Krieg so nahe herankommen lassen? Der Krieg, für den sich der Westen vorbereiten soll, wird nicht ein Krieg um Berlin sein. Es wird ein Krieg um die Nichtanerkennung der Sowjetzone sein — und dies ist kaum eine sehr erhebende Parole, selbst in einem Krieg ohne Atomwaffen."

Die konservative Zeitung „Daily Telegraph" veröffentlichte am Freitag eine Auswahl von Leserbriefen zu diesen Themen, die sich ausnahmslos für Verhandlungen und für eine Anerkennung Pankows einsetzen. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, daß sich der Westen den Wünschen Adenauers in dieser Frage beuge und jede Perspektive verliere."

Die gegenwärtige Diskussion geht weitgehend auf Äußerungen des britischen Außenministers Lord Home vom vergangenen Dienstag zurück, der sich sehr skeptisch über alle Verhandlungen mit Chrustschow geäußert hatte, bei denen nicht vorher eine gewisse Hoffnung auf Übereinkommen bestehe. Die Probleme würden nicht dadurch gelöst, daß man das Wort „Verhandeln" ständig wie eine Beschwörungsformel im Munde führe. Diese Äußerungen haben Lord Home die fast einmütige Kritik der britischen Presse eingetragen.

Stuttgarter Zeitung v. 12. VIII. 61.

London denkt an weitgehende Konzessionen

Aus diplomatischen Kreisen der britischen Hauptstadt verlautete am Wochenende, gewisse Westmächte seien darauf gefaßt, mindestens drei weitere sowjetische Forderungen hinsichtlich einer vorläufigen Deutschland-Regelung akzeptieren zu müssen, und zwar:

1. Irgendeine Art der Anerkennung der Sowjetzone. Das wäre der Fall, wenn die Westmächte mit Pankow über die Zufahrten nach Berlin zu verhandeln hätten.

2. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, die bisher nur als provisorisch angesehen wurde, und

3. den Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und aus der Hand westdeutscher Streitkräfte. Das wäre ein Teil des von Chrustschow für wesentlich gehaltenen Systems zur Sicherung der Stabilität in Mitteleuropa.

Allerdings wird von den Londoner Diplomaten betont, daß derartige sowjetische Forderungen nicht ohne grundsätzliche Veränderungen in der westlichen Deutschland-Politik akzeptiert werden können . . .

Wie unser Ry.-Korrespondent berichtet, zeigt sich London in der augenblicklichen Krise besonders ablehnend gegenüber dem Vorschlag, alle NATO-Staaten sollten die Leipziger Messe boykottieren. London habe sich auch dagegen ausgesprochen, daß die Bundesrepublik das Interzonenhandelsabkommen mit der Zone kündige.

Stuttgarter Zeitung v. 19. VIII. 61.

Crossman zum Berlin-Konflikt

Der prominente Labour-Politiker Richard Crossman hat in der Sonntagszeitung Sunday Telegraph den Vorschlag aufgegriffen, West-Berlin zum Sitz der Vereinten Nationen zu machen. Crossmann spricht zwar von der Notwendigkeit, die Freiheit West-Berlins zu garantieren, bezeichnet es aber gleichzeitig als ein „Propadandazentrum des kalten Krieges". Der Politiker, der jetzt von einer Reise nach Prag und Ost-Berlin zurückkam, übernimmt in erstaunlicher Kritiklosigkeit fast alle Argumente, die man im Osten aufzählte. Obwohl er es besser wissen müßte, schreibt er: „Eine wilde Kampagne ergießt sich in jede Wohnung (der Sowjetzone); Handelsgespräche werden dazu benutzt, um den Fünfjahresplan zu ruinieren; finanziell wird Ostdeutschland durch den Schwarzhandel mit Ost-Mark ausgeblutet. Sobald ein junger Mann als Arzt, Lehrer, Wissenschaftler oder Facharbeiter ausgebildet ist, wird er durch höhere Bezahlung und subversive Angebote in den Westen gelockt."

Deutsche Zeitung v. 22. VIII. 61.

Kopenhagen für Verhandlungen

Bei anhaltender Verbitterung über die Abriegelung der Sektorengrenze in West-Berlin wächst in politischen Kreisen der dänischen Hauptstadt die Auffassung, daß die Westmächte zu Berlin-Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit sein sollten. Man befürchtet, daß eine Beschränkung wie bisher auf Protestnoten, gegebenenfalls ergänzt durch wirtschaftliche Sanktionen gegen die Sowjetzonenrepublik, keine geeigneten Mittel sind, um die Lage zu meistern. In Gesprächen, Zeitungs- und Rundfunkkommentaren ist eine immer stärkere Neigung zu spüren, hervorzuheben, daß sich die Abriegelung gegen die Fluchtbewegung der Sowjetzonen- und Ost-Berliner Bevölkerung richtet, während Chrustschow nach dieser Auffassung Gewicht darauf gelegt hat, den Status der West-Berliner und der westlichen Truppen sowie die Zufahrtswege nicht zu berühren.

Frankfurter Rundschau v. 18. VIII. 61.

Differenz Bonn—Oslo über Franco?

Zwischen Norwegen und der Bundesrepublik sollen Meinungsverschiedenheiten über die Aufnahme Spaniens in die NATO entstanden sein, berichtet das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek. Nach Informationen des Blattes hat Norwegen auf die Unterstützung des spanischen Diktators Franco für Hitler verwiesen und sich der Zulassung Spaniens zur NATO widersetzt. Die Bundesrepublik dagegen wolle die Aufnahme Spaniens in das Bündnis, da sie Platz zur Schulung ihrer Luft- und Bodentruppen benötige. In diesem Zusammenhang zitiert Newsweek eine angebliche Äußerung des deutschen NATO-Botschafters Walther: „Wenn ich zu wählen hätte, würde ich jederzeit Spanien gegenüber Norwegen vorziehen." Das Blatt berichtet, daß die Norweger über diese angebliche deutsche Äußerung „sehr erregt" seien.

Südeutsche Zeitung v. 23. VIII. 61.

Kompromißvorschläge italienischer Publizisten

Einige italienische Publizisten, die als Leitartikler in den wichtigsten Zeitungen der unabhängigen liberalen Presse auftreten, haben eine im Vergleich zu ihren bisherigen Auffassungen überraschende Initiative ergriffen. Sie setzen sich dafür ein, daß die westlichen Verbündeten die Sowjetzone und die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, um auf diese Weise solide Garantien für die Freiheit von Berlin zu erhalten. Berlin (West- und Ost-Berlin zusammen) solle ein dritter deutscher Staat werden, schreibt der Historiker Salvatorelli in der linksliberalen „Stampa", und aus dem rechtsliberalen „Tempo" schallt es zurück: „Sind wir objektiv! Wünscht Adenauer wirklich die Wiedervereinigung?"

FAZ v. 8. VIII. 61.

Kenyatta für Neutralismus

Der in das politische Leben zurückgekehrte Nationalistenführer Jomo Kenyatta lehnte eine Demokratie britischen Musters für ein künftiges unabhängiges Kenia ab. In einem Interview sprach er sich vielmehr für eine Demokratie aus, die „auf das afrikanische Leben aufbaut". In Kenia könne man eine bloße Kopie der britischen Demokratie nicht brauchen. Ein unabhängiges Kenia werde eine neutralistische Politik betreiben, kündigte der Nationalistenführer an.

Mit Nachdruck sprach sich Kenyatta für die Einigkeit seiner Landsleute aus. Was im Kongo geschehen sei, sei nur die Folge der fehlenden Einigkeit des Volkes.

Zu den Chancen einer eventuellen späteren Föderation Kenias mit Uganda und Tanganjika sagte Kenyatta, Schritte könnten erst unternommen werden, wenn diese drei Länder frei seien.

Die Tat (Zürich) v. 21. VIII. 61.

Kennedys militärische Kreditbegehren und die Lobbyisten

Präsident Kennedy unterzeichnete heute die vom Kongreß in der Rekordzeit von einer Woche verabschiedete Vorlage, die ihn ermächtigt, bis zu 250 000 Reservisten einzuberufen und die Aktivdienstzeit um ein Jahr zu verlängern. Die Luftwaffe notifizierte kurz darauf 71 Einheiten der Flieger, der Nationalgarde und der Luftwaffenreserve, daß sie in 30 bis 60 Tagen einberufen werden könnten. Total würden davon 33 000 Mann mit 650 Kampfflugzeugen und 100 Transportflugzeugen betroffen.

Mit großer Eile wird im Kongreß auch die Vorlage über die erhöhten Rüstungskredite behandelt. Die Kreditkommission des Senats verabschiedete heute Rüstungskredite in der Höhe von 46,8 Milliarden, wobei eine Milliarde über Kennedys Forderungen hinaus für die Anschaffung von Langstreckenbombern — welche die Administration gar nicht wünscht — bewilligt wurde. Dies stellt eine Frucht dar der eifrigen Lobbies der Flugwaffe und der Flugzeugindustrie. Eine weitere Milliarde für das sogenannte „Berlinprogramm" Kennedys wurde vom Senat schon verabschiedet.

Neue Zürcher Zeitung v. 2. VIII. 61.

Strauß: Ausbau der Bundeswehr

Strauß deutete an, daß folgende Maßnahmen als Beitrag der Bundesrepublik zur Stärkung der NATO in der Diskussion sind:

1. Die Erhöhung der jetzt nahezu erreichten Friedensstärke; die ersten acht Heeres-Divisionen, die 80 Prozent der Verteidigungsstärke ausmachen, sollen auf die für den Ernstfall vorgesehene Sollstärke gebracht werden, soweit die NATO dies für erforderlich hält.
2. Eine Erhöhung der Zahl der deutschen NATO-Divisionen im Rahmen der Planung nach MC 96 in den nächsten Jahren.
3. Eine weitere Modernisierung der deutschen Streitkräfte mit einem entsprechenden finanziellen Mehraufwand.
4. Eine Verlängerung der Dienstzeit für bestimmte Teilstreitkräfte mit technischen Aufgaben, falls sich nicht genügend länger dienende Freiwillige anwerben lassen. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, daß die Soldaten der Bundeswehr ausreichend Gelegenheit erhalten müssen, ihre Ausbildungskenntnisse im praktischen Dienst zu erproben. Strauß wies ausdrücklich darauf hin, daß die Durchschnittsdienstzeit der NATO 18 Monate beträgt.
5. Die Verstärkung einzelner Divisionen durch eine zusätzliche hochbewegliche Brigade.

Rheinische Post v. 5. VIII. 61.

Mehr als sieben Milliarden für Waffen aus den USA

Bei seinen Gesprächen in den USA hat Verteidigungsminister Strauß zugesagt, daß die Bundeswehr auch weiterhin den größten Teil ihrer Bewaffnung und Ausrüstung in Amerika kaufen werde. Bisher wurden Abschlüsse in Höhe von 6,746 Milliarden Mark getätigt. Über den Kauf von elektronischem Gerät und Pershing-Raketen im Wert von 600 Millionen Mark schweben noch Verhandlungen.

Mit Großbritannien wurden nach den Angaben von Strauß Waffenlieferungen im Wert von 1,5 Milliarden Mark fest abgeschlossen und weitere im Werte von 600 Millionen Mark zugesagt.

Rheinische Post v. 5. VIII. 61.

Rüstungsauftrag nach Athen

Rüstungsaufträge im Werte von 12 Millionen Mark hat die Bundesrepublik nach einer Mitteilung des griechischen Industrieministers Martis einer griechischen Firma erteilt. Wie Martis weiter mitteilte, werden noch zusätzliche deutsche Aufträge in Höhe von 4,2 Millionen Mark erwartet.

FAZ v. 11. VIII. 61.

SPD im Notfall für Einberufung von Reservisten

Eine schnelle Verstärkung der Bundeswehr sei am leichtesten durch die Einberufung von Reservisten zu erreichen, erklärte am Montag der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Hans Merten (SPD) nach einer Besichtigung der Blücher-Kaserne in Hemer. Als größtes Hemmnis für eine generelle Verlängerung der Wehrdienstzeit nannte Merten den Mangel an Ausbildern, Übungsplätzen und Kasernen.

Stuttgarter Zeitung v. 9. VIII. 61.

Schellhaus will „brandmarken"

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien und niedersächsische Vertriebenenminister, Schellhaus (GB/BHE), hat im Wochenende in Traunstein gefordert, im Strafgesetz solle verankert werden, „daß diejenigen als Landesverräter gebrandmarkt und bestraft werden, die auf deutsches Land verzichten wollen".

FAZ v. 28. VIII. 61

Japans öffentliche Meinung gegen „Polaris"

Der Leiter des japanischen Verteidigungsamtes, Fudschijeda, hat am Dienstag bekanntgegeben, daß der amerikanische Staatssekretär Rusk im Juni seinen japanischen Kollegen Kosaka während dessen Besuch in Washington ersucht habe, den amerikanischen „Polaris"-Unterseebooten das Anlaufen japanischer Häfen zu gestatten. Er habe dabei versichert, daß die U-Boote keine Atomwaffen mit sich führten. Kosaka habe jedoch die Bitte Rusks im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Japan abgelehnt.

Neue Zürcher Zeitung v. 4. VIII. 61.

Atomwaffengegner protestieren gegen Wiederaufnahme der Atombombenversuche durch Moskau

Demonstranten vor der Londoner Sowjetbotschaft

Eine Gruppe von britischen Atombombengegnern erschien am Donnerstagabend vor der Londoner Sowjetbotschaft zu einer schweigenden Demonstration gegen die angekündigte Wiederaufnahme von Atombombenversuchen durch die Sowjets. Es war die erste Demonstration dieser Art vor der Sowjetbotschaft überhaupt. Ein Mitglied der Gruppe überreichte einem Botschaftsbeamten einen Protestbrief und sechs Briefe an den Botschafter.

Bertrand Russell bedauert zutiefst

Der britische Philosoph Sir Bertrand Russell, der führend in der Bewegung der britischen Atombombengegner tätig ist, erklärte: „Alle Freunde des Friedens müssen den sowjetischen Entschluß zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche, dem fast mit Sicherheit die Wiederaufnahme der Versuche im Westen folgen wird, zutiefst bedauern. Die langen Konferenzen über das Verbot der Versuche hatten einen großen Teil des Weges zu einem Übereinkommen zurückgelegt, und es ist zutiefst zu bedauern, daß diese neue Politik der sowjetischen Regierung diese ganze Arbeit nutzlos gemacht hat."

Die sozialdemokratische Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" schrieb am Donnerstag: „Der russische Entschluß zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche ist grausam und schwer zu verstehen ... Es scheint ein politischer Mißgriff von gigantischer Größenordnung zu sein, die Versuche in dieser Zeit wieder aufzunehmen. Diese Heuchelei ist grenzenlos."

Japan: Verrat an der Menschheit

In Japan hat die sowjetische Entscheidung besonders heftige Reaktionen ausgelöst. Der stark linksorientierte japanische Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben erklärte, der Beschluß der Sowjetregierung sei außerordentlich bedauerlich, da er zu allem Überfluß mitten in eine bereits gespannte Weltlage hineinplatze. Die japanische Abrüstungsbewegung bezeichnete den Beschluß ebenfalls als „tief bedauerlich".

Größte Anti-Atomdemonstration in Dänemark geplant

Die dänischen Atomwaffengegner haben bekanntgegeben, daß sie aus Protest gegen die sowjetischen Maßnahmen die größte Demonstration veranstalten wollen, die jemals in Dänemark stattgefunden hat. Die Demonstration soll vor der sowjetischen Botschaft in Kopenhagen stattfinden.

Nach: Stuttgarter Zeitung v. 1. IX. 61

Evangelische Pfarrer rufen zur Wahl der DFU auf

Wir Christen stehen vor der Frage: Welche Partei sollen wir am 17. September wählen? Als Christen treten wir für die Erhaltung des Friedens ein, weil das Evangelium von Jesus Christus verkündet: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden.

Die meisten von uns haben zwei Weltkriege miterlebt. Jedesmal führten uns Aufrüstung und militärische Gewaltanwendung tiefer ins Unglück.

Nun stehen wir vor der Frage: Sollen wir diesen Weg zum dritten Male gehen? Unsere Kirche hat mit Recht gesagt: Auf der Gewalt ruht kein Segen. Wir wissen heute, daß der nächste Krieg ein Atomkrieg sein wird. Die Anwendung von Gewalt wird uns diesmal in die letzte Katastrophe stürzen. Wir haben nur noch die Wahl, den Weg des Friedens und der Verständigung zu gehen und so zu überleben oder in dem unvorstellbaren Grauen eines tausendfachen Hiroshima unterzugehen.

Wir unterzeichneten evangelischen Pfarrer haben uns gefragt, welche Partei bei uns heute den Weg der Verständigung vertritt. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, daß alle Parteien im Bundestag die Aufrüstung und die Androhung von Gewalt bejahen. Darum begrüßen wir dankbar, daß eine neue Partei sich zur Wahl stellt: Die Deutsche Friedens-Union (DFU).

Diese neue Partei sieht mit Recht unsere Sicherheit und unsere Freiheit allein durch friedliche Verhandlungen mit allen Ländern in Ost und West garantiert und sagt darum

NEIN zur Aufrüstung und zur militärischen Gewaltanwendung, zur Haßpropaganda und zum Kalten Krieg.

Die Deutsche Friedens-Union scheint uns darum am besten den christlichen Bemühungen um den Frieden zu entsprechen. Obwohl viele von uns nicht Mitglied der DFU sind, geben wir am 17. September unsere Stimme der DFU.

Allen Christen, die fragen: „Welche Partei sollen wir wählen?" geben wir die Antwort: Wer den Frieden will, muß den Frieden wählen!

Darum wählt die Deutsche Friedens-Union.

Pfarrer Andres, Frankfurt/Main, Vikar Bachmann, Eislingen, Pfarrer Dr. Bartsch, Krumbach, Pfarrer Bausch, Ebersbach/Fils, Pfarrer Boos, Niedersaulheim, Pfarrer Christ, Schotten, Pfarrer Conradi, Holzheim, Pfarrer Farr, Frankfurt/Main, Pfarrer Felsch, Hammelbach, Pfarrer Frey, Herborn, Pfarrer Grisshammer, Hitzkirchen, Pfarrerin Küppers, Frankfurt/Main, Pfarrer Lederle, Maximiliansau/Pf., Pfarrer Matthies, Unna, Pfarrer Mochalski, Frankfurt/Main, Pfarrer Schlunk, Dudenrode, Pfarrer Schulte, Boffzen/Weser, Pfarrer Schultz, Oberursel, Pfarrer Stroh, Obersaulheim, Pfarrer Thorwirth, Schwarz, Pfarrer Treblin, Alzey, Pfarrer Vollrath, Gießen, Pfarrer Dr. Walz, Hahnheim, Pfarrer Weber, Eislingen, Pfarrer Weber, Sprendlingen.

Bemerkungen

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough, einer der besten Deutschland-Kenner unter den britischen Historikern, ist, nach einer Lehrtätigkeit an verschiedenen englischen Universitäten, heute am „Royal Institute of International Affairs" in London tätig. 1947 erschienen in deutscher Übersetzung seine „Tatsachen der deutschen Geschichte"; 1953 kam die deutsche Übersetzung seines großen Werkes „Die mittelalterlichen Grundlagen des modernen Deutschland" heraus; unter dem Titel „Geschichte in einer sich wandelnden Welt" veröffentlichte der Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1957 eine Sammlung historischer Aufsätze, die der ECONOMIST anläßlich des Erscheinens der englischen Ausgabe als „den bedeutendsten historischen Essay-Band, der seit 1945 in England erschienen ist" bezeichnet hat.

Dr. Horst Lademacher, geboren 1931, studierte Geschichte, öffentliches Recht und niederländische Philologie an den Universitäten Bonn und Münster, wo er 1957 promovierte. Er ist seit 1958 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. In den letzten Jahren veröffentlichte er mehrere Studien zur Geschichte des deutschen Früh-Sozialismus und der Sozialdemokratie, u. a. über Moses Hess.

Peter J. Loewenberg wurde 1933 geboren. In demselben Jahre hatten seine Eltern, nach der Machtergreifung Hitlers, Deutschland verlassen. Er hat Geschichte und Sozialwissenschaften studiert und ist Mitglied der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Berkeley/Calif. (USA). Gegenwärtig arbeitet er an einer Studie über Walther Rathenau.

Chigozie Njoku ist Nigerianer. Er studiert zur Zeit in der Bundesrepublik. Gleichzeitig ist er Mitarbeiter verschiedener nigerianischer Zeitungen. In Deutschland hat er eine Reihe von Aufsätzen über afrikanische Probleme veröffentlicht.

Stephen Swingler (vgl. auch Heft 10/60) ist Labour-Abgeordneter für Newcastle under Lynn im britischen Unterhaus.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hili
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough, einer der besten Deutschland-Kenner unter den britischen Historikern, ist, nach einer Lehrtätigkeit an verschiedenen englischen Universitäten, heute am „Royal Institute of International Affairs" in London tätig. 1947 erschienen in deutscher Übersetzung seine „Tatsachen der deutschen Geschichte"; 1953 kam die deutsche Übersetzung seines großen Werkes „Die mittelalterlichen Grundlagen des modernen Deutschland" heraus; unter dem Titel „Geschichte in einer sich wandelnden Welt" veröffentlichte der Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1957 eine Sammlung historischer Aufsätze, die der ECONOMIST anläßlich des Erscheinens der englischen Ausgabe als „den bedeutendsten historischen Essay-Band, der seit 1945 in England erschienen ist" bezeichnet hat.

Dr. Horst Lademacher, geboren 1931, studierte Geschichte, öffentliches Recht und niederländische Philologie an den Universitäten Bonn und Münster, wo er 1957 promovierte. Er ist seit 1958 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. In den letzten Jahren veröffentlichte er mehrere Studien zur Geschichte des deutschen Früh-Sozialismus und der Sozialdemokratie, u. a. über Moses Hess.

Peter J. Loewenberg wurde 1933 geboren. In demselben Jahre hatten seine Eltern, nach der Machtergreifung Hitlers, Deutschland verlassen. Er hat Geschichte und Sozialwissenschaften studiert und ist Mitglied der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Berkeley/Calif. (USA). Gegenwärtig arbeitet er an einer Studie über Walther Rathenau.

Chigozie Njoku ist Nigerianer. Er studiert zur Zeit in der Bundesrepublik. Gleichzeitig ist er Mitarbeiter verschiedener nigerianischer Zeitungen. In Deutschland hat er eine Reihe von Aufsätzen über afrikanische Probleme veröffentlicht.

Stephen Swingler (vgl. auch Heft 10/60) ist Labour-Abgeordneter für Newcastle under Lynn im britischen Unterhaus.